

theoriestark.

quadratisch.

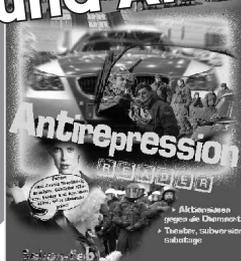
Gewalt

**Spannende Fragen ... oder nur
identitäre Phrasen? Ein kritischer
Blick auf Militanz und Gewaltfreiheit**

praktisch.

Autor: Jörg Bergstedt

Polizei, Justiz, Knast und Antirepression

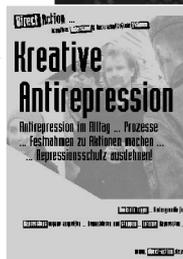


Reader „Antirepression“
Aktionen und Recht zum offensiven Umgang mit Polizei und Justiz. A4, 68 S., 6,- €

Direct-Action-Hefte im A5-Format zu Antirepression, Umgang mit Polizei und Gerichten. Je 1 €.



Strafanstalt
Einblicke in den Knast mit Fotos und Texten, die hinter den Mauern entstanden sind und den Alltag dort zeigen. 110 S., Großformat, 14 €.



Im Namen des Flummiballs
Anekdoten und Berichte aus der Justiz. 3 €.



DVD „Fiese Tricks von Polizei und Justiz“
Die legendäre Ton-Bilder-Schau mit spektakulären Fallbeispielen absurder Repression.



Tatort Gutfleischstraße
Fiese Tricks von Polizei und Justiz in Beispielen – spannend geschrieben und mit Originalakten belegt. Einschließlich der Gießener „Federballnacht“. 196 S. im Großformat, 18 €.



Strafe – Recht auf Gewalt
Ein aufrüttelndes Buch mit Texten und Thesen zur Kritik an Strafe sowie mehreren Interviews mit RechtsanwältInnen, RichterInnen, Gefangenen und

Um was es geht

Die Auseinandersetzung um den Tiefbahnhofbau und Kopfbahnhofabriss in Stuttgart trug bizarre Formen. Heiner Geißler, der Superschlichter und Bahnbauarbeiter von Stuttgart, CDU-Mitglied und erkennbarer Freund geordneter Staatsverhältnisse, machte einige Jahre zuvor einen Satz berühmt, der ihn obwohl damals als Unterstützer von Attac unterwegs wie einen Militanten aussehen ließ: „Wenn mich einer anfasst, dann schlage ich zurück – und wenn es ein Polizist ist, dann schlage ich zurück. Wenn ich demonstriere, dann übe ich ein Grundrecht aus, dann lasse ich mich nicht anfassen, von niemandem. „Er sagte das kurz nach seinem Attac-Beitritt im Juni 2007 mit Bezug auf den damals bevorstehenden G8-Gipfel. Genau dieser Geißler rettete dann das Megaprojekt Stuttgart 21 vor den Protesten.



Demgegenüber der sogenannte „Aktionskonsens“ seiner Gegner_innen, verfasst von den als radikaler oder zumindest aktionistischer Flügel der Proteste wahrgenommenen „Parkschützern“ (warum eigentlich in rein männlicher Schreibweise?), geradezu wie eine gehisste weiße Fahne: „Stuttgart 21 steht dem Willen und dem Interesse der Bevölkerung entgegen. Deshalb sehen wir uns in der Pflicht, alle gewaltfreien Mittel zu nutzen, um dieses Projekt zu stoppen. Gesetze und Vorschriften, die nur den reibungslosen Projektablauf schützen, werden wir nicht beachten. Durch Einschüchterungsversuche, mögliche Demonstrationsverbote und juristische Verfolgungen lassen wir uns nicht abschrecken. Bei unseren Aktionen des Zivilen Ungehorsams sind wir gewaltfrei und achten auf die Verhältnismäßigkeit der Mittel. Unabhängig von Meinung und Funktion respektieren wir unser Gegenüber. Insbesondere ist die Polizei nicht unser Gegner. Bei polizeilichen Maßnahmen werden wir besonnen und ohne Gewalt handeln. Bei Einstellung des Bauvorhabens Stuttgart 21 werden wir unsere Blockade- und Behinderungsaktionen sofort beenden.“

Mit diesem Text soll das Büchlein über die Frage der „Gewalt“ beginnen. Es soll aber die Frage, ob Gewaltfreiheit oder Gewalt sinnvoll sind, gar nicht beantworten, sondern untersuchen, ob diese Frage eigentlich so wichtig ist, wie sie gemacht wird. Und falls nein: Was ist wichtig bei Aktionen?



Bekanntnissache Gewaltfreiheit?

Der Aktionskonsens der Stuttgarter Parkschützer ist bemerkenswert. Denn es war gerade diese Strömung, die Geißlers Integrations- und Befriedungsschau unter Protest verließ, um dort nicht mit weichgespült zu werden. Ein – wie inzwischen auch die wissen, die dabei blieben – weiser Schritt. Doch der Blick auf den Aktionskonsens lässt eher den Verdacht aufkommen, dass selbst die, die Geißlers Integrationsshow nicht mitmachen wollten, ihren Protest auch nur mit angezogener Handbremse fahren wollten.

- ▶ Obwohl nur recht kurz, kommt dreimal die Redewendung „gewaltfrei“ bzw. „ohne Gewalt“ vor. Das ist offenbar die wichtigste Botschaft aller Aktionen und Organisierung.
- ▶ Alle „Gegenüber“ (ob Polizei, Regierung ...) werden respektiert – und zwar „unabhängig von Meinung und Funktion“. Das ist eine bemerkenswerte Aufgabe des Anspruchs, in Verhältnisse und Verhaltensweisen zu intervenieren. Wörtlich genommen heißt die Passage, dass Sexismus, Rassismus usw. zumindest geduldet würden.
- ▶ Gleichzeitig wird nach Innen ein deutlicher Machtanspruch vertreten. Der Rechtshilfefonds, für den die Parkschützer werben, ist kein solidarischer Topf. Geld erhält nur, wer sich dem bedingungslosen Gewaltfreiheitsdogma des Konsens unterwirft: „Der Aktionskonsens ist die Bewilligungsgrundlage für Unterstützung aus dem Rechtshilfefonds“ heißt es auf www.kritisches-stuttgart.de.

4

Der dogmatische Gewaltfreiheitsansatz macht dabei auch vor Unlogiken nicht halt: „Bei unseren Aktionen des Zivilen Ungehorsams sind wir gewaltfrei und achten auf die Verhältnismäßigkeit der Mittel.“ Mit dieser Formulierung vereint der Konsens in einem Satz zwei unvereinbare Prinzipien: Zum einen die dogmatische Festlegung von Aktionsstrategien („gewaltfrei“) und zum anderen der Ruf nach „Verhältnismäßigkeit der Mittel“. Beides zusammen geht schon theoretisch nicht. In der Praxis können zwar im konkreten Fall beide Ansprüche gewahrt sein, aber in anderen eben nicht. „Verhältnismäßigkeit der Mittel“ bedeutet, dass mensch sich je nach Situation entscheidet, was passt und was nicht. Dabei kommen eine Menge Kriterien zum Zuge:

- ▶ Willen, Lust, Bedürfnisse, Ängste und Fähigkeiten der handelnden Person(en)
- ▶ Situation/Rahmenbedingungen vor Ort und verfügbare Mittel
- ▶ Gefahren von Nebenwirkungen oder Kollateralschäden der genutzten Aktionsform(en)

- ▶ Vermittlungsmöglichkeiten von Kritik, Inhalten oder Perspektiven, die hinter einer Aktion stehen
- ▶ Brisanz, Zeitdruck, Erfordernis eines schnellen und wirksamen Einschreitens
- ▶ Abwägung zwischen Schaden und Nutzen der verschiedenen möglichen Aktionsformen
- ▶ ... und sicherlich noch einiges mehr.



Es gibt fraglos viele Fälle, in denen gewaltfreie Mittel dem jeweiligen Aktionsziel, der Lage vor Ort, den Vermittlungsstrategien und den Bedürfnissen der Beteiligten entsprechen. Dann wäre es sinnlos, gewaltförmig vorzugehen. Viele militante Aktionen resultieren bedauerlicherweise eher aus Ohnmacht oder einem inhaltsleeren, dann eher mackerhaften Pro-Gewalt-Fetisch als reflektierter Überlegung. Aber das kann auch anders sein. Nehmen wir zwei Beispiele, in denen recht eindeutig Gewalt gegen Menschen ausgeübt wurde.

- ▶ Es ist schon lange her, als Beate Klarsfeld dem deutschen Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger eine öffentliche Ohrfeige verpasste. Sie war damals schon in antifaschistischen Kreisen aktiv und versuchte – wie andere auch –, den Machterhalt von Altnazis in allen möglichen Führungspositionen der BRD zu thematisieren. Der Erfolg blieb weitgehend versagt, bis diese gezielte, direkte Aktion einen erheblichen öffentlichen

Erregungskorridor schuf, der einen spürbaren Anteil an der später folgenden kritischen Teil-Auseinandersetzung mit der Nazi-Vergangenheit vieler BRD-Kader bewirkte.

Frage: Was an dieser Aktion ist – angesichts des fehlenden Erfolgs vorheriger Bemühungen – unverhältnismäßig? Nach der Doktrin der Gewaltfreiheit hätte sie dennoch nicht stattfinden dürfen (mit allen Folgen für die damalige Zeit). Hier stehen „Verhältnismäßigkeit der Mittel“ und Gewaltfreiheit in einem offensichtlichen Gegensatz.

- ▶ Seit 2004 wurden in Deutschland zum zweiten Mal (nach den 90er Jahren) vermehrt gentechnisch veränderte Pflanzen ausgebracht. Viele fürchteten Folgen für Gesundheit und Umwelt, andere thematisierten die Zuspitzung von Herrschaftsverhältnissen durch Saatgutkontrolle, Patente und die Industrialisierung der Landwirtschaft. Insgesamt lehnten 80 Prozent der Bevölkerung die Gentechnik auf Acker und Teller ab, während nur sechs Prozent sie wünschten. Selbst viele Befürworter_innen der Gentechnik bis hin zu den führenden Konzernen a la Monsanto hielten die Technik für unkontrollierbar und wenig nützlich – verfolgten sie aus kommerziellen Gründen aber dennoch weiter. Seit 2005 mehrten sich direkte Aktionen gegen die Felder, z.B. durch Ge-

gensaat, Besetzungen und sogenannte Feldbefreiungen, bei denen die gentechnisch veränderten Pflanzen herausgerissen wurden. Um die Felder besser zu schützen, wurden diese immer mehr auf gemeinsame Areale zusammengelegt und stärker bewacht. 2011 existierten nur noch zwei Intensivstandorte mit jeweils mehreren Versuchsfeldern auf einer umzäunten und bewachten Fläche. Im Juli 2011 gelang es unbekannt gebliebenen Aktivist_innen, innerhalb von 48 Stunden beide Anlagen zu überfallen und dabei alle Sicherungen auszuschalten. So blieben sie unerkannt, konnten alle Felder zerstören und die Alarmauslösung z.B. der in einem Fall bereitstehenden Polizeihubschrauber verhindern. Dafür aber mussten sie die vor Ort tätigen Bewacher in ihren Wachhäuschen einsperren und sie ihrer Kommunikationsmittel berauben. Das Ergebnis war durchschlagend: Nach der Doppelaktion beschlossen die führenden Gentechnikkonzerne, Deutschland als Feldstandort fortan zu meiden. Der Gentechniklobbyist Uwe Schrader sprach vom „Genickbruch“.

Frage auch hier: Was an dieser Aktion ist unverhältnismäßig? Es gilt das Gleiche wie oben: Wenn die Aktion als verhältnismäßig angesehen wird, steht dieses im Widerspruch zum Dogma

der Gewaltfreiheit. Hätte letzteres gegolten, gäbe es voraussichtlich auch 2012 und die Folgejahre noch gentechnisch veränderte Pflanzen in Deutschland.

Es zeigt sich schnell, dass sich ein dogmatischer Ausschluss von Gewalt mit dem Anspruch an Verhältnismäßigkeit nicht vereinbaren lässt. In Kreisen dogmatischer Gewaltfreiheit führt das zu keinen Problemen. Der Spruch der Verhältnismäßigkeit hat dort nur propagandistische Bedeutung. Es gilt das Primat der Gewaltfreiheit – durchgesetzt oft mit autoritären Mitteln wie Selbstverpflichtungserklärungen, Ausgrenzungen und einer steuernden Strategie von Konsens und Vetoinsatz. Wie sähe demgegenüber eine emanzipatorische Sichtweise zur Gewaltfrage aus? Diese bedeutet, dass die Menschen aus ihrer jeweiligen Position und Überzeugung heraus in freier Kommunikation und Reflexion ihre Wahl der Mittel treffen. Vorgaben, die eine bestimmte Verhaltensweise nahelegen oder oktroyieren wollen, haben keinen höheren Rang als die Vielfalt der Meinungen unter den Beteiligten. Gesetze, religiöse oder sonstige Moralkonzepte stellen solche Vorgaben dar, die über der eigenen Entscheidung bzw. der freien Vereinbarung mehrerer Menschen stehen. In ihnen geht der Anspruch auf Verhältnismäßigkeit verloren, weil die Handlungsvorgaben unabhängig von der konkreten Situation und den kon-

kreten Personen, ihren Interessen oder Bedürfnissen erfolgen. Eine Handlungsvorgabe aber, die unabhängig von Menschen und Situation gelten soll, ist ein autoritäres Dogma. Es entmündigt die Menschen, weil diese nach dem Dogma handeln sollen und nicht nach eigenen Wünschen, den Wünschen Anderer und der jeweiligen Situation.

Unbedingte Gewaltfreiheit ist ein solches Dogma. Es soll immer gelten: Beate Klarsfeld, die unbekanntem Feldbefreier_innen oder der Hitlerattentäter Georg Elser – sie alle handelten zwar ersichtlich verhältnismäßig, aber doch moralisch falsch. Weil gewaltsam. So jedenfalls wertet das Dogma der Gewaltfreiheit.

Geißlers Satz, er würde zurückschlagen, sagt viel und wenig. Wenig deshalb, weil sein Motiv im Dunkeln blieb. Viel aber auch, weil hier etwas in Frage gestellt wurde: was meist wie ein Heiligtum behandelt wird: Das Gewaltmonopol des Staates in Einheit mit dem freiwilligen oder erzwungenen Gewaltverzicht der Untertanen. Daher hätte der Satz durchaus ein kleines Beben bei denen auslösen können, für die Geißler auftrat und warb: Attac – neben Bionade die damals fast offizielle Marke für eine bessere, aber geordnete und eigentlich auch gar nicht so viel andere Welt. Zwar war die Organisation wegen ihrer offenen Strukturen ein Sammelbecken für viele Richtungen, aber die von den zentralen Perso-

nen und Gremien verkörperte und verkündete Hauptlinie richtete sich doch ziemlich eindeutig auf eine nur mäßig reformierte Welt aus.

Dass das mentale Beben ausblieb, war ungewöhnlich. Meistens nämlich hat die Gewaltfrage eine paralyisierende Wirkung auf politische Zusammenhänge. Kein anderes Thema führt so schnell zu erbitterten Streitdebatten, zu Ab- und Ausgrenzungen oder sogar zu Phantasien, sich mit der anderen Seite (z.B. der Polizei) zu verbünden, um die eigene Position durchzusetzen. Warum erregt Gewalt die Gemüter, während Debatten um Inhalte und Aktionsformen nur selten intensiv diskutiert werden oder schlicht gar nicht interessieren?

Anhänger_innen der Gewaltfreiheit führen verschiedene Argumente für ihre Position ins Feld. Danach soll eine gewaltfreie Welt nicht mit Gewalt erreichbar sein, d.h. „der Zweck heilige nicht die Mittel“. Es sei deshalb auch so wichtig, diese Frage tatsächlich in den Mittelpunkt zu stellen, weil es kein Mit- oder Nebeneinander von Gewaltfreiheit und Militanz geben könne. Letzteres würde ersteres immer kaputt machen. Andere halten Gewaltfreiheit schlicht für die wirksamste Strategie. Solche Gründe kann mensch teilen oder nicht. Auffällig und einmalig unter den vielen Streitthemen der Politszene aber ist die Vehemenz, mit der die Gewaltfrage Emotionen weckt und spaltet, ohne jemals näher be-

gründet zu werden. Meist steht sie wie ein Lehrsatz im Raum.

Aus einem offenen Brief von Wolfgang Sternstein („Friedens- und Konfliktforscher mit dem Schwerpunkt Theorie und Praxis der gewaltfreien Aktion“, so im Brief selbst benannt) an den Stuttgart21-Widerstand (ZU=Ziviler Ungehorsam):

... weil die Bereitschaft, die staatlichen Sanktionen (zumindest in letzter Instanz) klaglos hinzunehmen für mich zum ZU dazugehört ... Er sollte gewaltfrei sein im Sinne des Verzichts auf Menschen verletzende oder gar tötende Handlungen. Dazu gehört auch der Verzicht auf psychische Verletzungen in Form von Beschimpfungen, Beleidigungen oder Verunglimpfungen von Gegnern oder Polizisten. Zivile Ungehorsame sollten stets höflich auftreten und gesprächsbereit sein, und zwar gleichermaßen gegenüber GegnerInnen, Polizisten, RichterInnen und Unbeteiligten. ...

Zum ZU gehört auch die Bereitschaft, das (letztinstanzliche) Urteil klaglos hinzunehmen. ... Es scheint mir aber falsch, im Fall von Verurteilungen aufgrund einer Gesetzesübertretung von „Kriminalisierung,, zu sprechen. Wer dazu nicht bereit ist, sollte meiner Meinung nach die Finger vom ZU lassen. ... Zum Ethos des ZU gehört schließlich, dass die Ungehorsamen gerechte Gesetze, die dem Gemeinwohl dienen, freiwillig und ohne den Zwang der Strafandrohung beachten.

Was unter die Räder der Gewalt(freiheits)debatte kommt ...

Der Streit um die Frage von Gewaltanwendung prägt viele Diskussionen und zerstört oft Willen und Chancen zur Gemeinsamkeit. Selten wird die Frage gestellt, ob ein Ausschluss jeglicher Gewalt ohne die Orientierung an Verhältnismäßigkeit überhaupt ein so wichtiger Knackpunkt ist, dass er zum Scheidepunkt werden muss. Meist geraten Gewaltfreiheit oder Militanz – je nach Blickwinkel – zum Inbegriff von richtig und falsch und steigen so zur identitätsstiftenden Kraft von Strömungen auf. Beide Auffassungen, pro oder contra Gewalt, werden dann oft zum Ausschlusskriterium. Wenn es gut läuft, gehen sich die Lager aus dem Weg. Sonst kann es zu erbitterten Auseinandersetzungen kommen – zumindest als Zerfleischung durch und via Medien vor, während und nach Aktionen.

Derartige Abgrenzungen und Glaubenskampf-ähnliche Debatten wären nur begründet, wenn Militanz oder Gewaltfreiheit der vorrangige Grundsatz aller politischen Arbeit wäre – also sich qualitativ von anderen Fragen, die nicht zu Abgrenzungen führen, unterscheiden würde. Fände sich kein Grund für diese Sonderstellung, wäre es nicht nur willkürlich, die Gewaltfrage immer wieder zum Knackpunkt zu erheben, sondern auch gefährlich. Denn die erzwungene Dominanz dieser Debatte lenkt von anderem ab, das min-

destens ebenso nötig zu diskutieren wäre, aber oft hinten runterfällt. Sowohl bei vielen gewaltfreien und militanten als auch bei anderen Aktivist_innen fehlen Fragen nach der Qualität von Aktionsformen und -vermittlung.

- ▶ Wie sehen die Dominanzverhalten und Hierarchien in Gruppen aus, u.a. die Hauptamtlichen-, „Checker_innen“- , Männer- oder Erwachsenen dominanz innerhalb von Aktionsstrategien oder Bündnissen?
- ▶ Fördern politische Positionen die Zwangsverhältnisse durch Staat oder Markt?
- ▶ Werden Kritiken oder Forderungen so stark populistisch verkürzt, dass sie falsche Auslegungen hervorrufen, für rechte Gruppen anknüpfungsfähig sind o.ä.?
- ▶ Inwieweit reproduzieren Aktionen mit ihrem Hang zu prominenten Redner_innen, Aufrufen im Namen labeltragender Gruppen usw. die Normen und Zurichtungen in der Gesellschaft?
- ▶ Welche Außenvermittlung hat eine Aktion? Wen erreicht sie wie und mit welchen Positionen?
- ▶ Sind die Eingriffe in den Alltag von Menschen, die jede Aktion (auch die gewaltfreie!) mit sich bringt, angemessen und sichtbar begründet?

- ▶ Wie können Vielfalt und Qualität von Aktionen verbessert werden, sowohl von der Aktionsmethode her wie auch bei der Vermittlung?

Um solche Fragen wird selten gestritten, zumindest nicht mit der Inbrunst, wie um die Gewalt. Das gilt für gewaltfreie wie für militante Gruppen gleichermaßen und trägt zu einem verheerenden Ergebnis bei: Die meisten militanten wie auch die meisten gewaltfreien Aktionen sind platt, inhaltsleer und methodisch langweilig. Militante Aktionen misslingen seltener wegen ihrer Gewalt, sondern weil die meiste Gewalt niveaulos ist und eine Vermittlung fehlt. Das aber gilt auch für Mahnwachen, Latschdemos und Postkartenaktionen. Offensichtlich verdrängt die Fetischisierung von Militanz bzw. Gewaltfreiheit eine Debatte um die Qualität von Aktionen.

Notwendig wäre stattdessen eine deutliche Weiterentwicklung von Zielen, Visionen, Gesellschaftskritiken und Methoden von Aktionen einschließlich ihrer Außenvermittlung. Wenn dann im Zuge politischer

Kämpfe kreative, vermittlungsstarke militante und gewaltfreie Aktionen nebeneinander geschehen – wer wollte sich darüber ärgern?



Was ist eigentlich Gewalt?

Die Definition ist bereits eine schwierige Sache. Was Gewalt ist, wird von Seiten gewaltfreier Aktionsgruppen auch kaum geklärt. Schlimmer: Das ist kein Versehen, sondern hat Methode. Gewaltfreiheit ist (wie Militanz auch) nämlich kein Ideal, sondern eine Imagefrage und identitätsstiftend für das „Wir“ der Zusammenhänge. Daher wird Gewaltfreiheit auch „verkauft“. Aktionsformen werden je nach öffentlicher Beliebtheit als gewaltfrei eingemeindet oder eben ausgegrenzt. Öffentliche Distanzierungen von militanten Aktionen sind häufig, meist bekanntgemacht über die bürgerliche Presse oder sogar gegenüber dem Staat (Polizei, Gerichte usw.), denen damit ein erheblicher Vorteil in der öffentlichen Interpretation verschafft wird.

Dieser Zusammenhang zwischen Gewaltfrage und PR-Aspekten ist auffällig. So werden Aktionsformen gegen Atomkraft oder Gentechnik, die noch vor einigen Jahren von gewaltfreien Gruppen abgelehnt wurden, heute als gewaltfrei bezeichnet – und zwar deshalb, weil sie in der Öffentlichkeit positiv rüberkamen und sich so imagegemäß gut nutzen ließen. Das gilt z.B. für Gleissabotage oder Genfeldzerstörung. Solche seltsamen Uminterpretationen machen deutlich, dass eine besondere Rolle der Gewaltfrage schon wegen des steten Definitionswandels kaum umsetzbar wäre.

Selbst die Gewalt gegen Menschen unterliegt Veränderungen in der Wahrnehmung. Der Antrieb auch dieser Wandlungen ist propagandistischer Art: Wahlweise als militant oder gewaltfrei werden Ereignisse dargestellt, wenn mit ihnen geworben oder durch sie abgeschreckt werden soll. Der Aufstand der Zapatistas ab 1994 in Mexiko, die Blockade der WTO-Sitzung 1999 in Seattle oder die Vertreibungen nordafrikanischer Diktatoren durch ihre protestierende Bevölkerung – im Lichte dieser epochalen Ereignisse sonnt sich jede_r gern. Entsprechend werden die gleichen Ereignisse mal als gewaltfrei und mal als gewalttätig dargestellt. Tatsächlich waren sie Mischungen, und die Akteur_innen veränderten ihre Handlungsformen auch im Laufe der Auseinandersetzungen und je nach Notwendigkeit.

Die Debatte um Gewalt klärt den Begriff selten oder nie. Stattdessen erscheinen Gewaltfreiheit und Militanz als Modewörter und Label, wobei Aktionsformen je nach öffentlicher Reaktion eingemeindet oder ausgegrenzt werden. Die weitergehende Differenzierung zwischen verschiedenen Typen und Qualitäten von Gewalt ist dann gar nicht mehr vorgesehen. Wer darauf aber verzichtet, blendet einerseits Motive und Ziele aus dem Handeln aus. Auch geht dann der Unterschied zwischen strukturel-

ler Gewalt bzw. Gewalt „von oben“ sowie der Gewalt, die befreiende Ziele hat und sich gegen strukturelle Gewalt richtet (soziale Notwehr), verloren. Das macht politische Akteur_innen zu ideologischen Hilstruppen des Staates, der nicht um die Legitimation seiner Gewalt kämpfen muss – er hat das Gewaltmonopol. Wenn Gewalt in jeder Form gleich bewertet wird, gibt es auch keine Unterscheidung mehr zwischen Angriff und Verteidigung, Aggression und Notwehr, Übergriff und Selbstverteidigung.

Aus der Seite der Bundeszentrale für politische Bildung zu „Gewalt“

Allg.: G. bezeichnet den Einsatz von physischem oder psychischem Zwang gegenüber Menschen sowie die physische Einwirkung auf Tiere oder Sachen.

Soziolog.: G. bedeutet den Einsatz physischer oder psychischer Mittel, um einer anderen Person gegen ihren Willen a) Schaden zuzufügen, b) sie dem eigenen Willen zu unterwerfen (sie zu beherrschen) oder c) der solchermaßen ausgeübten G. durch Gegen-G. zu begegnen.

Pol.: Mit dem Begriff Staats-G. werden die (legitim angewandten) Mittel zur Durchsetzung der herrschenden Rechtsordnung bezeichnet. Es wird zwischen Gebietshoheit (Herrschaftsmacht über ein Gebiet und dort lebende Menschen) und Personalhoheit (alle Angehörigen dieses Staates) unterschieden.

Gewalt bei Wikipedia

Unter den Begriff Gewalt (von althochdeutsch waltan – stark sein, beherrschen) fallen Handlungen, Vorgänge und Szenarien, in denen

bzw. durch die auf Menschen, Tiere oder Gegenstände beeinflussend, verändernd und/oder schädigend eingewirkt wird. Gemeint ist das Vermögen zur Durchführung einer Handlung, die den inneren bzw. wesentlichen Kern einer Angelegenheit oder Struktur (be)trifft.

Der Begriff der Gewalt und die Bewertung von Gewalt ändert sich im historischen und sozialen Kontext. Auch wird er je nach Zusammenhang (etwa Soziologie, Rechtswissenschaft, Politikwissenschaft u.a.) in unterschiedlicher Weise definiert und differenziert. Im soziologischen Sinn ist Gewalt eine Quelle der Macht. Im engeren Sinn wird darunter häufig eine illegitime Ausübung von Zwang verstanden. Im Sinne der Rechtsphilosophie ist Gewalt gleichbedeutend mit Macht (englisch power, lateinisch potentia) oder Herrschaft (lateinisch potestas). Zivilrecht und Strafrecht basieren auf dem allgemeinen Gewaltverbot. ...

Die Definition des Begriffs variiert stark in Abhängigkeit von dem jeweiligen Erkenntnisinteresse.

Eine ursprünglich positive Begrifflichkeit ist bei „gewaltige Wirkung“ oder „gewaltige Leistung“ erkennbar, wenn eine über das übliche Maß hinausgehende Leistung anerkennend beschrieben werden soll.

In Begriffen wie Gewaltmonopol des Staates oder Gewaltenteilung wird der Terminus Gewalt neutral verwendet.

Die im heutigen Sprachgebrauch verbreitete negative Belegung ist in Begriffen wie Gewalttat, Gewaltverbrechen, Gewaltverherrlichung, Vergewaltigung wie auch im Distanz schaffenden Begriff Gewaltlosigkeit enthalten.

Ein engerer Gewaltbegriff, auch als „materielle Gewalt“ bezeichnet, beschränkt sich auf die zielgerichtete physische Schädigung einer Person. Der weiter gefasste Gewaltbegriff bezeichnet zusätzlich die psychische Gewalt (etwa in Form von Deprivation, emotionaler Vernachlässigung, „Weißer Folter“, verbaler Gewalt, Emotionaler Gewalt) und in seinem weitesten Sinne die „strukturelle Gewalt“. Zudem fällt Vandalismus unter diesen Gewaltbegriff, wengleich sich die Einwirkung nicht direkt gegen Personen richtet.

Aus den Definitionen ergeben sich bereits mehrere Schwierigkeiten für eine Praxis von Protest. Wenn alle Zwangsmomente, also auch jeder psychische Druck, als Gewalt gewertet würden, bliebe gar keine Handlungsoption mehr offen außer solcher verbalen oder schriftlichen Überzeugung von Menschen, bei der auch keinerlei Dominanzen auftreten dürfen. Das ist weitgehend unmöglich. Es würde zudem jedes bestehende soziale Machtgefälle akzeptieren, dürfte also in Richtung der Privilegierten und Machtinhaber_innen nur als Bittstellung auftreten. Ein politischer Erfolg von Protest wäre dann kaum noch möglich. Denn wenn kein weitergehender Handlungsdruck aufgebaut werden könnte und das der Person, die für eigene Ideen gewonnen werden soll, auch bekannt ist, gibt es für Politiker_innen, die vor allem Opportunist_innen der auf sie einwirkenden Kräfte sind, keinen Grund, auf die Bittstellung zu

reagieren. Fraglich wäre schon, ob unter solchen Prämissen der direkte Kontakt überhaupt hergestellt werden könnte. Politischer Protest vermittelt sich meist über öffentliche Wirkung, mediale Berichterstattung und mitunter auch direkte Einwirkung, selten aber als Überzeugungsarbeit im netten Gesprächsrahmen. Ob gewollt oder nicht: Politiker_innen, Firmenleitungen und Verbandsführungen vollziehen öffentlichen Druck in ihrem Verhalten nach, wenn sie das für opportun halten. Dafür bedarf es keines direkten Kontaktes. Öffentlicher Druck aber wäre nach der erweiterten Definition schon Gewalt, psychische Gewalt eben.

Ein zweiter Problempunkt ist die Frage von Gewalt gegen Sachen. Es ist noch nicht lange her, da war diese in vielen gewaltfreien Kreisen auch verpönt. Heute ist sie in vielen Kreisen akzeptiert, obwohl jeder Angriff auf Sachen einen psychischen Druck auf die dahinterstehenden Menschen, z.B. deren Eigentümer_innen, ausübt. Das ist in der Regel auch gewollt. Somit lässt sich sagen: Im erweiterten Sinne des Gewaltbegriffs ist jede politische Aktion Gewalt. Das gilt auch umgekehrt: Ob eine Polizeieinheit nun prügelt, in der verschleiern Frage „Gehen Sie freiwillig?“ die Androhung von Gewalt unübersehbar enthalten ist oder das Wissen um die Existenz und das mögliche Eingreifen der Ordnungstruppen besteht, spielt beim erweiterten Gewaltbegriff

keine Rolle. Alles ist eine Beeinflussung, die das Gegenüber zu einem Handeln bringen will, das es nicht freiwillig zeigt.

Insofern bleibt zumindest in der politischen Debatte meist recht unklar, was denn eigentlich Gewalt bedeutet. Dann aber ist auch nicht durch-

Verwirrung hoch zehn: 20. Juli 1944

Nicht einfacher wird all das durch Fälle, in denen zwar völlig klar ist, dass blanke Gewalt im Spiel ist, aber trotzdem genau diese Jahr für Jahr von Teilenderer, die den Verzicht von Gewalt predigen, zum Musterbeispiel politischen Protestes hochstilisiert werden. Gemeint sind diesmal nicht die dogmatisch Gewaltfreien, sondern die Inhaber_innen politischer Autorität. Sie haben ihre eigenen Interessen, für Gewaltfreiheit zu streiten – sind sie doch im Besitz des sogenannten Gewaltmonopols, d.h. des Rechts auf Gewalt. Von ihren Gegner_innen verlangen sie Gelübde zur Gewaltfreiheit, während sie selbst ihre Truppen bis an die Zähne bewaffnen – ein durchsichtiges Spiel. Dennoch wäre aus diesem Blickwinkel überraschend, wenn sie politische Widerstandskämpfer_innen loben, die bei einem Bombenattentat viele Menschen töten – einschließlich vieler, die gar nicht das Ziel solcher Attentate waren.

schaubar, welche Protestform gewaltfrei ist und welche nicht mehr.

- Vergleich Gewaltfreie Aktion und Direct Action: www.projektwerkstatt.de/debatte/kritikanlinks/gewaltfreieaktion.html



Aber genau so geschieht es,

jedes Jahr von Neuem. Von Regierung bis zu konservativen Medien werden die Attentäter des 20. Juli 1944 jedes Jahr aufwendig gefeiert. Nicht Georg Elser, der vor (!) dem Krieg versuchte, Hitler zu töten, um unter anderem den Krieg zu verhindern. Auch nicht andere Widerstandskämpfer_innen, die mutig, aber gewaltfrei, jedoch auch wirkungslos protestierten und bei Entdeckung schnell einen Kopf kürzer gemacht wurden. Nein, abgefeiert werden ausgerechnet die, die erst einschrritten, als aller Greuel schon geschehen war oder auf Hochtouren lief. Die das Deutsche Reich retten statt stoppen wollten und die bis Mitte 1944 die ganze Scheiße mitmachten, d.h. Gewalt auch in ihrer brutallsten Form akzeptierten. Schon diese Auswahl macht fassungslos, denn viele andere Widerstandskämpfer_innen sind vergessen oder wurden noch nach 1945 von den

neuen Regierenden malträtiert. Die Gedenkstätte für die „guten“ Gewalttäter und das deutsche Verteidigungsministerium liegen am gleichen Ort. Dort fand viele Jahre das wichtigste öffentliche Gelöbnis der Berufsgewalttäter_innen heutiger Zeit, nämlich von Soldat_innen, statt. Völlig frei irgendwelcher kritischen Töne feiert das offizielle Deutschland jedes Jahr ausgerechnet die Menschen, die Eroberungen, Vernichtungskriege, Holocaust und vieles mehr gebilligt oder sogar mitentwickelt und angezettelt hatten – und kassiert dafür kaum Kritik der überfallenen Länder oder Nachfragen der wenigen Überlebenden.

Der Gipfel des Absonderlichen aber ist, dass fast alle derer, die jährlich den Attentätern des 20. Juli huldigen, gleichzeitig fanatische Propagandist_innen des Verzichts auf Gewalt in der politischen Auseinandersetzung sind. Der treu ergebene Faschist Stauffenberg hingegen legte 1944 eine Bombe, die Menschen tötete (nur nicht den, für den sie bestimmt war). Die Kreise, für die Sitzblockaden, das Ausreißen gentechnisch veränderter Pflanzen oder zumindest ein Steinwurf schon Terrorismus sind, machen Stauffenberg zum Helden. Welch seltsame Welt, mag manche_r denken. Doch unlogisch ist diese Wertung nicht. Denn der Gewaltbegriff ist einfach nur freijeglichen Inhaltes – wie sonst auch. Tatsächlich kommt es darauf an, welchen Zweck die Tat verfolgt. Der deutschnatio-

nale, zur Rettung von Reich und Faschismus durchgeführte Bombenanschlag war gut, ein staatskritischer wie der seitens Georg Elzers hingegen schlecht (mit leichten Veränderungen in den letzten Jahren). Unter solchen Realpolitiken ist die Geißelung von Gewalt nur vorgeschoben. Das Problem für diejenigen, die aus der Position der Herrschenden heraus die Gewalt kritisieren, meinen nicht die Gewalt als solches, sondern nur diejenige, die ihnen schadet. Was ihnen nützt, nehmen sie gerne in Kauf – einschließlich Polizei- und militärischer Gewalt, für die sie oder ihnen Gleichgesinnte das Personal der Ausführung bezahlen und befehligen.

Aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage im Bundestag (Bundestags-Drucksache 16/2178), zitiert in: Junge Welt, 5.8.2006 (S. 10)

Im militärischen Widerstand gegen Hitler und das verbrecherische NS-Regime dokumentiert sich in besonderer Weise vorbildhaftes und wer-tegebundenes Verhalten. Aus dem Handeln der Soldaten des 20. Juli 1944 lassen sich an unveräußerlichen Menschenrechten und dem eigenen Gewissen orientiertes Handeln, Opferbereitschaft und die Grenzen der Gehorsampfl-icht ableiten.

Aus Wikipedia

Graf von Stauffenberg verübte das misslungene Attentat auf Adolf Hitler vom 20. Juli 1944 und war als Stabschef beim Befehlshaber des Ersatzheeres entscheidend an der daran anschlie-

Benden „Operation Walküre“ beteiligt, dem Versuch eines Staatsstreiches. Am 21. Juli wurde er hingerichtet. Stauffenberg war „ein glühender Patriot, ein leidenschaftlicher deutscher Nationalist“ und sympathisierte zunächst mit den nationalistischen und revisionistischen Aspekten des Nationalsozialismus, bevor er den verbrecherischen Charakter des nationalsozialistischen Regimes erkannte und auch wegen

der Aussichtslosigkeit der militärischen Gesamtlage der Wehrmacht zum aktiven Widerstand fand.

Distanzierungen von diesem peinlichen Ehrenkult sind selten. Aber es gibt sie. So benannte sich eine Schule um. Sie wollte die Täter des 20. Juli 1944 und des faschistischen Terrors davor nicht länger ehren (Junge Welt, 23.7.2008, S. 15).

Gewalt als zentraler Punkt – pro & contra

Es gibt viele Gründe, in den Debatten über passende oder gewollte Aktionsformen auch alle Aspekte der Wirkung von Gewalt zu diskutieren und zu berücksichtigen. In einer emanzipatorischen Aktionskultur ist es zudem selbstverständlich, dass Menschen für sich Grenzen ziehen, die ihren Überzeugungen, Bedenken oder vorhandenen Ängsten entsprechen. Doch aus dem Nichts leitet sich die seltsame Überhöhung der Gewaltfrage gegenüber allen anderen Fragen von Organisation ab. Trotzdem bildet sie für viele politisch Aktive, ganze Strömungen und Verbände den zentralen Orientierungspunkt – und zwar nicht nur, wie vielleicht manche beim Lesen dieser Sätze denken mögen, auf Seiten der Gewaltfreien. Nein, auch der Militanzfetisch auf Seiten gewaltbereiter Gruppen schiebt die gleiche Frage (wenn auch mit entgegengesetzter Antwort) in den Mittelpunkt, und zwar ebenfalls identitätsstiftend. Im Folgenden sollen die Argumentationsmuster und die mit der Gewaltfrage verbundenen Hegemonialansprüche dieser zwei Strömungen aufzeigen, dass und wie beide aus der Gewaltfrage einen Fetisch machen.

Die Argumente pro Gewaltfreiheit – und was davon zu halten ist 15

Ohne Kenntnis der jeweiligen Situation und Rahmenbedingungen über konkrete Aktionsstrategien zu diskutieren, ist per se absurd. Denn vielen wichtigen Kriterien wie dem der Angemessenheit oder des kreati-

ven Umgangs mit den Gegebenheiten fehlt dann der Maßstab. Auch Reaktionen der von Aktionen Betroffenen wären nicht abschätzbar. Das Ergebnis situationsunabhängig festgelegter Verhaltensweisen wä-

ren pauschale, nicht konkret begründete Einschränkungen eigener Handlungsfähigkeit oder dogmatische Kriterien und Grenzen der Tätigkeit. Das gilt immer – nicht nur für die Frage, welche Mittel angewendet werden bzw., weiter verengt, welchen Grad an Gewalt diese erreichen dürfen. Je nach Situation kann sehr viel dafür sprechen, den Angriff auf Personen oder sogar auf Sachen für unangemessen, inhaltsleer, falsche Ziele vermittelnd oder zu gefährlich zu verwerfen. Es kann aber auch etliche Gründe geben, in anderen Situation anders zu entscheiden. Schon von daher kann dieses Büchlein keine Entscheidungshilfe für ein Pro oder Contra von Gewaltfreiheit bzw. Militanz sein. Denn der grundlegende Fehler würde dann nur wiederholt: Wertungen ohne Wissen um die Lage.

Denkbar wäre, alle vielleicht irgendwann mal geltenden Punkte aufzuzählen, die für oder gegen Gewaltanwendung sprechen – je nach Situation. Das aber scheint unmöglich – es sind zu viele. Niemand kennt alle Aspekte, die jemals irgendwo aufkommen sind und der Wahl von Aktionsmitteln zugrundelagen. Letztlich ist all das auch egal. Denn hier geht es ja um die Frage, ob die Gewaltfrage so bedeutend ist, dass sie zu der oder einer der grundlegenden Fragen gemacht wird, an denen sich die Strategie von Aktionen oder Bündnissen entscheidet.

Aus einem Interview mit dem geschäftsführenden Vorstand der Bewegungsstiftung, Matthias Fiedler, in: Die Stiftung 2/2014 (S. 46)
Nur wer Gewalt ausübt oder die Würde anderer Menschen verletzt, fliegt für mich aus diesem Diskurs.

Zunächst sollen die Argumente überprüft werden, die diejenigen vorbringen, die Gewalt immer, überall und unabhängig von den vorgefundenen Bedingungen und sonstigen Handlungsmöglichkeiten ausschließen wollen. Also von denen, die auch dann (wie oft auch immer das vorkommen mag), wenn nicht anderes mehr bliebe als die Wahl zwischen Feigheit (Wegsehen/Verdrängen) und Gewalt, die Gewalt ablehnen würden. Die vermeintliche Gewaltfreiheits-Ikone Gandhi hätte an dieser Stelle, wie noch genauer dargestellt wird, anders entschieden.

Argument pro Gewaltfreiheit, zum ersten: Der Weg muss dem Ziel entsprechen

„Wir können eine gewaltfreie Welt nicht mit Gewalt erreichen“. Damit wird die Forderung nach gewaltfreier Aktion oft begründet. Gleichbedeutend sind ähnliche Formulierungen wie „Kein Zweck heiligt die Mittel“ oder „Wer gegen Gewalt ist, darf sie nicht anwenden“.

Aus „Gewaltfreie Aktion“, in: „Hilfreiches für Aktive“ zur Aktion 2008 in Büchel
Die Gewaltfreie Aktion zeigt sich dadurch, dass Druckmittel (Kräfte) eingesetzt werden, ohne physische Gewalt anzuwenden oder anzudrohen. ...Es müssen objektiv nachweisbar Grundrechte der Menschen verletzt sein. ... Grundhaltung ist die absolute Achtung der menschlichen Person. Die angewendeten Methoden müssen mit der Grundhaltung und dem Ziel übereinstimmen. Das bedeutet sowohl den Ausschluss personenbezogener Gewalt als auch den Verzicht, den/die GegnerIn abwertend oder diskriminierend zu behandeln.

Aus Ralf Burnicki, „Die anarchistische Konsensdemokratie“, Transkription eines Videos von O. Ressler (aufgenommen in Bielefeld, Deutschland, 29 Min., 2005)

Auch in anarchosyndikalistischen Zusammenhängen wie in gewaltfreien Zusammenhängen gilt der Satz, dass das Ziel der Revolution, nämlich Freiheit und Gleichberechtigung, auch in den Mitteln dieser Revolution sich wieder finden sollen. Diese Mittel können also nicht auf Gewalt beruhen, weil Gewalt kein Ziel in einer anarchistischen Gesellschaft darstellt.

Aus Dreis, Ralf: „Anarchistische Bombenleger?!“, in: Graswurzelrevolution 3/2011 (S. 17)
Wer die Mittel der Bestie, gegen die er kämpft, übernimmt, wird ein Teil von ihr.

Dieses Argument mit der Zweck-Mittel-Relation (wie auch immer genau formuliert) klingt zunächst plausibel. Bei näherer Betrachtung ist es aber wenig gehaltvoll. Zum

einen fehlt eine Begründung der Behauptung, dass Weg und Ziel übereinstimmen müssten. Meist wird sie als sich selbst begründendes Axiom hingestellt, das so glatt überkommt, dass es keiner zusätzlichen Begründung bedarf. Doch genau das ist gefährlich. Immer wenn im politischen Raum Selbstverständlichkeiten formuliert werden, die gedanklichen Assoziationen wie „ja klar“, „ist doch logisch“ oder „weiß doch jede_r“ agieren, lohnt sich das Nachdenken. Die Durchsetzung herrschaftsförmiger Politiken arbeitet gern damit. Aus emanzipatorischer Sicht muss aber jede strategische Position hinterfragbar und zu diesem Zweck überhaupt erstmal begründet sein. Sonst wird sie zum reinen Bekenntnis, also einer religiösen Überzeugung ähnlich. Insofern ist „Der Zweck heiligt keine Mittel“ nicht per se schon ein Argument.

Zweitens würde die Gleichschaltung zwischen Strategien im Hier und Jetzt mit dem Verhalten in einer zukünftigen Gesellschaft zu einer seltsamen Erstarrung führen. Taktische, kreative und subversive Mittel würden weitgehend wegfallen. Eine herrschaftsfreie Welt wird vor allem eine kommunikative sein, also eine des Austauschs, der Begegnung, des Streitens und Klärens, des Vereinbarens und Trennens. Aber warum muss schon der heutige Protest auf Dialoge begrenzt sein, auch wenn von den Herrschenden niemand zuhört? Ein Blick auf die

Praxis der Gewaltfreien zeigt, dass sie (zum Glück) ihr Axiom von Weg und Ziel selbst nicht ernst nehmen. Sie machen häufig Aktionen, die in ihrer Utopie nicht nötig, passend oder möglich wären. Die Grundaussage, Ziel und Mittel müssten immer im Einklang stehen, führt sich nämlich schnell selbst ad absurdum, wenn sie mit anderen Inhalten gefüllt würde: Darf Umweltschutz nur auf umweltgerechte Art und Weise durchgesetzt werden? Dann dürfte es schwierig sein, überhaupt noch zu agieren, denn jeder Verbrauch von Ressourcen ist eine Umweltbeeinträchtigung. Kann eine herrschaftsfreie Welt nur erreicht werden über Strukturen, die herrschaftsfrei sind? Der Wille und Versuch dazu sind durchaus wichtig, aber ihre vorherige und vollständige Erfüllung als Voraussetzung zu nehmen für politische Aktion hieße, nicht mehr agieren zu können, da es etwas Richtiges im Falschen nie so einfach geben kann. „Der Zweck heiligt keine Mittel“ ist folglich unerfüllbar und einfach nur dumm. Die Mittel müssen zum Ziel führen (können), wäre die sinnvolle strategische Vorgabe.

18 Zum dritten widerspricht, wie schon gezeigt, eine dogmatische Gewaltfreiheit dem Ruf nach der Angemessenheit von Aktionen. Dabei soll gar nicht widersprochen werden, dass das Ziel sich in den Aktionsformen widerspiegeln muss. Emanzipatorische Positionen zu verwirklichen, ist überall wichtig – in jeder politischen Aktion, in

Gruppen und im Alltag. Die Aktion muss diesem Anspruch genügen. Ihre Verwirklichung aber bereits als Voraussetzung einzufordern, macht politisch handlungsunfähig. Letztlich fordern gewaltfreie Gruppen das auch gar nicht. Sie wollen allein, dass die Gewaltfreiheit als Dogma bewertet wird. Alle anderen Ziele sind ihnen auch deutlich mehr egal.

Dabei hat der Bezug auf eine Ziel-Mittel-Relation gar keine eindeutige Auslegung. Es wäre ebenso denkbar, daraus abzuleiten, dass das Mittel dem Ziel entsprechen muss, also geeignet sein muss, das Ziel zu erreichen. Das wäre dann die Grundlogik emanzipatorischer Widerstandsstrategien, bei der Menschen selbst denken, d.h. eigene Abwägungen vornehmen statt sich einem Dogma zu unterwerfen (so z.B. im Konzept von „Direct Action“, siehe unter www.direct-action.de.vu).

Argumente Nr. 2: Gewaltfreiheit ist die wirksamste Strategie

Mit dieser oder ähnlich formulierten Aussagen wird behauptet, dass politische Wirkung durch Gewaltfreiheit ausgelöst oder verstärkt wird. Als Beispiel wird oft M. Gandhi angeführt, ansonsten ist die Liste der benannten Beispiele eher kurz.

Aus Wolfgang Sternstein (2013): „Atomkraft – nein danke!“ (S. 166 und S. 225f)

Letztendlich erwies sich das gewaltfreie und de-

zentrale Aktionskonzept als das Ei des Kolumbus, denn es verband die machtvolle legale Massendemonstration, wie sie schließlich im Gorleben Treck Gestalt annahm, mit den illegalen Aktionen des zivilen Ungehorsams im Landkreis, die ihren Ausdruck in unzähligen Blockadeaktionen und im Anti Atomdorf der »Republik Freies Wendland« fanden. Die Wiedergeburt des Widerstandes im Jahr 1995 nach einer mehrjährigen Pause konnte an diese Tradition anknüpfen. ... eine Bewegung kann nicht gleichzeitig heiß und kalt, laut und leise, militant und gewaltfrei sein. Wer beides zu vereinigen sucht wird scheitern. Es ist notwendig, sich auf eine gemeinsame Zielsetzung, Methodenwahl und Strategie zu einigen. Einigt man sich im Konsens auf ein gewaltfreies Konzept, so ist selbstverständlich niemand ausgeschlossen, der bereit ist, diesen Konsens zu akzeptieren, selbstverständlich auch kein Militanter. ... Zwei strategische Konzepte standen somit von Anfang an unvereinbar einander gegenüber. Daraus folgt, wir müssen uns als Einzelne, als Gruppen und als Bewegung entscheiden, welche dieser Grundsätze und Strategien wir wählen wollen. Der Versuch, alle Formen des Widerstands zu kombinieren, ist zum Scheitern verurteilt. ... Man ist entweder Erbe Gandhis oder Guevaras!

Alle Lobeshymnen und auch der Bezug auf Gandhi schauen nicht auf die konkreten historischen Umstände und sich nicht automatisch wiederholende Vorgänge (z.B. die Berichterstattung der Massenmedien damals). Tatsächlich spricht wenig dafür, dass

Einzelereignisse wie der Proteste von Gandhi und seinem Umfeld beliebig verallgemeinerbar sind. Gewaltfreie Bewegungen werden heute eher marginalisiert. Das gilt für gewaltfreie Gruppen in Diktaturen oder Bürger_innenkriegsgebieten. Dominant agieren die verschiedenen gewaltorientierten Gruppen (NATO, Regierung, terroristische Gruppen mit oder ohne Anbindung an Regierungen usw.). Ähnliches gilt auch für den bewaffneten Widerstand international, z.B. der Zapatistas in Chiapas, die gegenüber nichtbewaffneten Aufständen wesentlich mehr Aufmerksamkeit erhielten.

Die politischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre zeigen jedoch auch keine besonders günstigen Resultate für verengt militante Konzepte. Vielmehr ist erkennbar, dass vielfältige Aktionskonzepte die höchste Aufmerksamkeit und Mobilisierungswirkung erreichen, während sie gleichzeitig emanzipatorischen Charakter behalten. Allein die Mobilisierung ist höher, weil sich dann viele Menschen ihren passenden Bezug zur Aktion suchen. Die rein militante, aber inhaltslose Aktion (ob im Rahmen vieler Bürger_innenkriege oder am 1. Mai in Berlin) ist genausowenig geeignet, politische Wirkung zu erzeugen und wird eher als Randalie dargestellt, ohne politische Ziele transportieren zu können.

Drittes Argument: Mit der Gewaltfreiheit drücken wir unsere demokratische/rechtskonforme Gesinnung aus

Es soll hier nicht spekuliert werden, ob solche Aussagen oftmals auch einen finanztaktischen Hintergrund haben können, um z.B. die Konten des reichen Bildungsbürger_innentums für Spenden oder des Staates für Förderungen zu öffnen. Denn selbst wenn ein solcher Satz ernst gemeint ist, kommen einige Zweifel auf: Lässt sich durch einen Verzicht auf bestimmte Protestformen eine ideelle Position ausdrücken? Was bedeutet es, wenn diese Ideale sich positiv auf das herrschende System (Rechtsstaat und Demokratie) beziehen? Wird damit nicht just das abgefeiert, welches die Missstände produziert, gegen den sich der Protest richtet?

Da dieses Argument nicht so häufig genannt wird wie die vorherigen, seien zunächst einige Zitate als Beleg angebracht.

20

Aus Wolfgang Hertle, „Plädoyer für zivilen Ungehorsam“, in: Friedensforum 2/2008 (S. 43)

Gewalt macht blind, ihr autoritärer Charakter steht in völligem Gegensatz zum demokratisch-gewaltfreien Ziel der Selbstbestimmung. ... Wir haben nichts zu verbergen, wollen bewusst weder Konspiration noch

Vermummung. Wir stehen zu unseren Aktionen, wir wollen überzeugen und uns notfalls mit unserer ganzen Person gegen die organisierte Gewalt stellen.

Bundjugend-Hessen-Vorständler Adrian im AktivInfo Febr./März 2001

Wenn wir unterstellen, die Castor-Transporte seien unsicher – und sie sind es –, müssen wir das Risiko, das mit ihnen verbunden ist, nicht noch dadurch steigern, dass wir Terroristen und Systemfeinden die Möglichkeit geben, unter dem Deckmäntelchen unserer Aktionen diese Gefahr noch zu steigern. ... Jeder Widerstand, den Umweltschutz und Terroristen – Systemfeinde, die dies lediglich als Scheinlegitimation nutzen – gegen die Castor Transporte leisten, führt einen Bedarf an staatlichem Aufwand zum Schutze dieser Transporte mit sich. Dies kostet Geld, und zwar das Geld aller Bürger, auch unseres.

Dieter Rucht im Film „Gipfelstürmer und Straßenkämpfer“ (Laika-Verlag, 2011)
Gewalt in unserem demokratischen Rahmen ist kontraproduktiv.

Eine pauschal legalistische Argumentation ist aus ethischen Gründen abwegig.

Recht und die Rechtsordnung sind keine aus höheren Quellen stammenden und damit übergeordnet gültigen Setzungen. Vielmehr sind sie Ausdruck der politischen Auffassung derer, die sich durchzusetzen vermochten. „Die Rechtsordnung gilt, die sich faktisch Wirksamkeit zu schaffen vermag [...] Wer Recht durchzusetzen vermag, be-

weist damit, daß er Recht zu setzen berufen ist“, formulierte es einer der wichtigsten Rechtsphilosophen in Deutschland, Gustav Radbruch. Recht ist also immer das Recht der Stärkeren. Die lebten zudem in der Vergangenheit, denn die meisten Gesetze sind recht alt. Sich auf eine solche Rechtsordnung positiv zu beziehen und eigene Handlungen diesen zu unterwerfen, bedeutet eine bedingungslose Akzeptanz der Gestaltungskraft von Eliten im Kaiserreich, im Nationalsozialismus und in den anderen Phasen deutscher Staatlichkeit. Die Unterwerfung akzeptiert also genau die als Rahmensetzer des eigenen Protestes, gegen die sich (direkt oder indirekt) der Protest eigentlich richtet.

Zudem wäre eine allgemeine Akzeptanz des Rechts so pauschal, dass sie selbst solche Gesetze zur Grundlage erklärt, die heute Nichtdeutsche drangsaliieren, Polizeigewalt legitimieren, Frauen unterdrücken usw. Ja noch schlimmer: Selbst solche Gesetze, die im Dritten Reich geschaffen wurden, um die Juden aus der Gesellschaft zu drängen, und noch immer gelten, würden dann zum Leitstern politischen Protestes. Wer Recht prinzipiell als Handlungsgrundlage setzt, spricht es heilig.

Für Gewaltfreie macht der Bezug auf Recht und Demokratie eigentlich keinen Sinn. Denn keine auf der Welt gültige Rechtsordnung und kein demokratischer Staat spre-

chen sich gegen Gewalt aus. Vielmehr teilen sie in legale und nicht legale Gewalt. Wer eine Person umbringt und dabei nicht als Scherge des Staates handelt, wird eingesperrt – nach aktuellem Zeitgeist gleich mehrere Jahrzehnte und oft mit anschließender Sicherungsverwahrung, also praktisch lebenslang. Wer hundert Menschen tötet und das in Uniform vollbringt, erhält Orden. Recht und Gewaltfreiheit haben wenig miteinander zu tun. Sie sind eher das Gegenteil, denn Recht legitimiert Gewalt.

Ähnlich verhält es sich mit der Demokratie. Es sind die demokratischen Staaten, die große Teile der Erde per wirtschaftlicher Ausbeutung oder schlichtem Bombenwerfen unterworfen haben. Fast eine Milliarde hungernde Menschen oder Millionen Hungertoter sind nicht die Wirkung undemokratischen, sondern demokratischen Regierungshandelns. Es ist Propaganda, dass Demokratie als Staats- oder Gesellschaftsform etwas mit der Selbstbestimmung der Bevölkerung zu tun hätte. Das ist weder im Begriff noch im Wesen oder in der Praxis der Demokratie so angelegt. Das wird im positiven Bezug politischer Aktionen auf die Demokratie übersehen. Besonders absurd wird es, wenn Anarchist_innen sich auf demokratische Protestformen festlegen und das auch noch ideologisch begründen (Extra-Seite unter www.anarchie-debatte.de.vu).

Aus der Jugendzeitung „Utopia“,
Ausgabe Nr. 1 / Herbst 2007

(Download über www.jugendzeitung.net)

Die Gewalt wurde von den Organisator/innen sowie von der überwältigenden Mehrheit der Anwesenden abgelehnt. Doch die Gewaltszenen beherrschten die Wahrnehmung in den Medien. Somit wurde der Protest für eine friedlichere, demokratischere, sozialere und ökologischere Welt von einigen wenigen Militanten und den Medien weniger glaubwürdig gemacht. Zudem wurde den Repressionen und Sicherheitsmaßnahmen im Vorfeld ein Rechtfertigungsgrund gegeben.

Dahinter steht eine naive Herrschaftsanalyse. Die Macht werde gut, wenn sie demokratisch ausgeübt wird. Oder eben, selten synonym gebracht: gewaltfrei. Damit wird ausgeblendet, dass in einer herrschaftsförmigen Welt nicht nur die Gewalt monopolisiert ist, sondern auch der Diskurs darüber, was als Gewalt gilt und welche Gewalt legitim ist. In Praxis fallen Gewaltanwendung und -interpretation auch stets zusammen, was das naive Bekenntnis an die gute, weil gewaltfreie Macht ignoriert: „Kein Gewaltmonopol, sondern gewaltfreie, soziale Machtausübung“, phantasierte 1995 der gewaltfreie Jan Stehn in seiner romantischen Anarchiewelt „Eine Struktur für die Freiheit“.



Kommen wir zum 4. Argument: Gewalt & Militanz beeinflussen das Image politischer Aktionen

Das ist kaum zu bestreiten. Allerdings gibt es zwei gewichtige Aspekte, die dem Argument seine Relevanz nehmen. Der erste ist, dass Militanz oft das öffentliche Interesse und damit eine Imagebildung überhaupt erst schafft – wenn auch meist negativ. In einigen Fällen aber konnte diese öffentliche Aufmerksamkeit anschließend für eine inhaltliche Debatte genutzt werden. Dass das nicht häufiger geschieht, liegt nicht an der Gewaltanwendung als solcher, sondern an Inhaltslosigkeit und Unorganisiertheit so agierender Gruppen. Die Qualität der Militanz ist das Problem (siehe nächstes Hauptkapitel). Eine weitere Ursache bildet die Tatenlosigkeit Anderer, die öffentliche Debatten in der Folge von Militanz nicht für die Vermittlung von Inhalten nutzen. Nur der Protest, der dem bürgerlichen Mainstream entspricht, kann auf positives Image hoffen. Doch soll sich politisches Engagement dann auf Atom- und Gentechnik oder die inhaltsleeren Forderungen nach Gerechtigkeit oder Nachhaltigkeit beschränken? Für alle anderen Themen gilt zunächst immer nur die Wahl zwischen keiner oder negativer Aufmerksamkeit. Bei näherem Hinsehen trägt dieser Schein aber, denn die negative Reaktion erfolgt aus den Kreisen der Herrschenden und von denen, die sich deren Diskursen

unterwerfen. Das ist wenig überraschend – angesichts der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse trifft Widerstand auf die Abwehr der dort zur Zeit Mächtigen. Bis auf einige Heißsporne haben die längst gelernt, dass die wirksamsten Waffen gegen Protest deren Verschweigen und, falls das nicht reicht, ihre Assimilierung (Tot-loben oder -fördern) sind. Dem kann öffentliche Erregung, auch negative, entgegenwirken. Dennoch hetzte z.B. der meist als „Wissenschaftler“ auftretende Verbandsfunktionär Dieter Rucht gegen die Globalisierungskämpfe des Jahres 2001, die immerhin den Beginn der massiven Proteste auch in Europa darstellten und Kapitalismuskritik aus der Versenkung holten, alles sei „vom Auftreten gewalttätiger Demonstranten und/oder der Polizeigewalt überschattet“ worden. Dem widersprach Markus Wissen, der den Gründungshype z.B. um Attac gerade mit der Militanz von Göteborg und Genua begründete: „Das weniger radikale globalisierungskritische Spektrum wurde nicht zuletzt durch eine praktisch gewordene radikale Kritik in das Wahrnehmungsfeld bürgerlicher Öffentlichkeit gespült.“

Der zweite Aspekt besagt, dass das öffentliche Image nicht das entscheidende Ziel politischer Arbeit darstellt. Denn dieses macht sich an Gruppen oder Verbänden fest, nicht an der Aktion selbst. Das Image einer Gleisdemontage verändert sich näm-

lich nicht durch die Durchführung derselben. Die damit transportierte Forderung z.B. nach Abschaltung der Atomanlagen oder Stopp der Atommülltransporte wird nicht verdeckt. Imageverluste müssen, wenn überhaupt, die beteiligten Personen oder Gruppen in Kauf nehmen. Sie, nicht ihre Forderungen, laufen Gefahr, öffentlich kritisiert und eventuell diskreditiert zu werden. Das kann bedauerlich sein. Es kann aber auch zeigen, dass Nutznießer getroffen wurden – was ja auch der Zweck war. In jedem Fall eröffnet es Korridore für Debatte. Ein positives Image für Gruppen oder Verbände hingegen darf ebenso wenig Selbstzweck von politischer Aktion sein wie Ehre für die Mitwirkenden.

Hinzu kommt, dass schon die Grundannahme, Gewalt/Militanz könnte imageschädigend sein, sehr fragwürdig ist. Wer macht Image? Wenn sich eine Gruppe z.B. durch Mitwirkung bei Anti-Kriegs- oder Anti-Castor-Aktionen bei den Herrschenden (Regierungen, Medien, Konzerne usw.) unbeliebt macht, so wäre das nur dann bedauerlich, wenn die Gruppe es als Ziel hat, dort beliebt zu sein. Das, nicht die militante Aktionsform, wäre dann zu hinterfragen. **23** Gewaltfreie Vordenker aber sehen in der Militanz selbst das Problem.

Aus Dieter Rucht: „Zwischen Strukturlosigkeit und Strategiefähigkeit – Herausforderungen für die globalisierungskritischen Bewegungen“, in: E+Z – Entwicklung und Zusammenarbeit

(Nr. 12, Dezember 2001, S. 358-360)
... wurden vom Auftreten gewalttätiger Demonstranten und/oder der Polizeigewalt überschattet (Göteborg, Prag und Genua) ...

Aus dem Text „Attac! Attac?“ von „fang“ in Graswurzelrevolution März 2002 (S. 2)
... nach dem militanten Desaster von Genua ...

Graswurzelrevolution-Autor Wolfgang Sternstein am 3.5.2011 über den S21-Protest
Ich war am 3. Mai bei der Verhandlung vor dem Amtsgericht Stuttgart gegen zwei Aktivistinnen ... Ich war vom Verhalten der angeklagten Aktivistin und einiger Zuhörer derart angewidert, dass ich nach einer Stunde den Gerichtssaal verließ. ... Die Aktivistin, eine junge Französin, fiel der RichterIn ständig ins Wort und versuchte, die Gerichtsverhandlung in ein Kasperletheater umzufunktionieren. Einige Personen unter den Zuhörern störten die Verhandlung durch Zwischenrufe sowie durch Missfallens- und Beifallsbekundungen. ... Da die RichterIn aber offenbar der Meinung war, sie müsse die Gerichtsverhandlung durchziehen, hätte ich sie gewähren lassen, denn zum gewaltfreien Widerstand gehört der Respekt vor dem politischen Gegner, den Gerichten und der Polizei selbst dann, wenn wir uns weigern, den Anweisungen von Polizeibeamten Folge zu leisten.

Auch sollte die Strafe, sofern sie nicht ganz unverhältnismäßig ist, klaglos hingenommen werden. Ungebührliches Betragen, Beleidigungen, Beschimpfungen, ganz zu schweigen von Gewalthandlungen gehören aber mit Sicherheit nicht zum gewaltfreien Widerstand. Sie schwächen unsere Widerstandsbewegung.

Aus Wolfgang Sternstein (2013): „Atomkraft – nein danke!“ (S. 128ff und S. 190ff)
Die Anti AKW Bewegung hat in Brokdorf eine Niederlage erlitten. ... Den Hauptgrund für das Scheitern des Widerstands sehe ich in der Ausweitung des Ziels und der Methoden des Kampfes durch linksradikale Gruppen. ... Den militanten Linken ging es von Anfang an nicht nur um den Bau und Betrieb eines Atomkraftwerks, sondern um das »System« Bundesrepublik. ...

Vor allem wird der politische Schaden, den Sabotageakte anrichteten, überhaupt nicht gesehen. In den Jahren 1980 bis 1990 fanden im gesamten Bundesgebiet zahlreiche Sabotageakte statt: Hochspannungsmasten wurden umgesägt, Brandanschläge auf Polizeifahrzeuge und Baufahrzeuge beteiligter Firmen begangen und Anschläge auf Bahnlinien durch auf Oberleitungen geworfene Hakenkrallen verübt. Sie haben dem Widerstand in den Medien und in der Bevölkerung massiv geschadet.

Ein bekanntes Beispiel für die Frage, ob Militanz andere Protestformen beeinträchtigt, bot die große G8-Auftaktdemo am 2. Juni 2007 in Rostock. Machte hier das – fraglos ziemlich strategielose und blindwütige – Steinewerfen eine ansonsten tolle Demo kaputt? „Am 2. Juni abends hätten wir Protestierer die Fernsehschirme der Welt für uns gehabt. Statt aber über Schuldenerlass, eine gerechtere Nord/Süd-Politik bei Handel, Finanzen, Umwelt oder Ressourcennutzung zu informieren, haben die Me-

dien Bilder von der Gewalt in Rostock um die Welt geschickt.“ So steht es im Entschuldungs-Kurier Extra 1/2007. Doch stimmt das? Ein Blick acht Jahre zurück zeigt anderes. Damals war der G8-Gipfel auch in Deutschland, ausgerichtet in Köln. Keine Randalen, aber auch – typisch für deutsche soziale Bewegung – keine kreativen Aktionen. Latschen, wichtigen Leuten zuhören entsprechend organisations-quotierter Redelisten, Werbeschilder für eigene Verbände hochhalten. Resonanz: Null. Die Randalen am 2.6.2007 war inhaltsleer und langweilig. Der Rest der Demo auch. Ohne die Randalen wäre auch kein Inhalt in die Medien gekommen. Weil sie auf allen Seiten ebenso fehlte wie interessante Aktionen!

Etwas anderes ist noch wichtig: Alles beeinflusst sich. Das Argument zieht deshalb grundsätzlich nicht. Nicht allzu selten ist es sogar genau umgekehrt: Die zähe Debatte um Gewaltfreiheit, verbunden mit einem Hegemonieanspruch der Gewaltfreien, bremst Kreativität und Handlungsfähigkeit aus. So gab es in der Vorphase der Zuspitzung um den Konflikt von „Stuttgart 21“ an vielen Orten Debatten, wie sich Militanz verhindern ließe. Statt Aktionsmethoden zu entwickeln, die Vielfalt erlauben würden (Vorbild: Streckenkonzept beim Castor), ging die Angst um. Der Anspruch der Gewaltfreien, ihre Position zur Dominanten zu machen, lastete permanent wie Blei auf

der Bewegung. Ohne die Entschlossenheit vieler Demonstrant_innen hier herabwürdigen zu wollen: Ein Feuerwerk an Unberechenbarkeit und Kreativität war der Protest nicht.

Und zum Fünften: Wie es hineinruft, so schallt es heraus

Bleibt noch ein weiteres, häufig vorgebrachtes Argument: Gewalt erzeuge Gegengewalt. Auch das ist in vielen Fällen zutreffend. Aber ist es deshalb ein Argument? Nein, sondern in voller Pauschalität ist es sogar reaktionär. Was denken Kleinbäuer_innen, die von bewaffneten Milizen von ihrem Land vertrieben wurden, über solch eine Parole? Oder Betroffene rassistischer oder sexistischer Gewalt? Sollen sie, um Schlimmeres zu verhüten, passiv oder nur mit gewaltfreiem Protest die Übergriffe erleiden?

Das wird (hoffentlich) niemand verlangen. In der dogmatischen Gewaltfreiheit steckt diese Forderung aber drin.

Armin Torbecke, früherer Aktivist in der Jugendumweltbewegung, später im esoterischen Lebensgarten Steyerberg, in: GrünDerZeit Februar 2002 (S.14)

Um zu erreichen, dass die eigenen Interessen erfüllt werden, ist es nicht sehr hilfreich, anderen Vorwürfe zu machen. Meist erreicht man damit das genaue Gegenteil, nämlich Ablehnung und Widerstand, statt Entgegenkommen

und bereitwilliger Unterstützung. ... Auf Gewalt mit Gewalt zu reagieren, führt nur zu noch mehr Gewalt! Das Lehren die Menschheitsgeschichte und die Weisen aus allen Kulturen. Und das ist nicht der Weg der Mediation. Mediation ist meines Erachtens die tiefste Form von Demokratie und die radikalste Anarchie.

Selbst in einer differenzierten Form hat das Argument keine pauschale Kraft. Vielmehr muss je nach Situation und Zielrichtung abgewogen werden, was wann passend ist. Schließlich wäre nicht einmal die Position, auf keinen Fall die Gewalt der anderen Seite zu provozieren, ideologisch begründbar. Es wird meist sinnvoll sein, aber es kann auch andere Situationen geben. Gewalt, gerade wenn sie von den Herrschenden ausgeht, hat nämlich etwas Demaskierendes, welches in besonderen Situationen

erwünscht sein kann. Ein_e Richter_in, der/die um sich schlägt, wäre schließlich eine bemerkenswerte Ausdrucksform „sitzungspolizeilicher“ Alleinherrschaft, die er/sie im Gerichtssaal beansprucht.

Es gilt also das Gleiche wie auch bei allen anderen Punkten: Die pauschale Ablehnung von Gewalt ist ein Bekenntnis und hat wenig emanzipatorischen Gehalt, weil sie den Menschen Handlungsmöglichkeiten und eigenständige Entscheidung nimmt. Es geht immer um Abwägung – und die verträgt keine Vorab-Festlegungen. Abwägung folgt aus der Analyse der Situation, den angestrebten Zielen und den Bedürfnissen der handelnden Person. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Denn Abwägen ist deutlich anspruchsvoller als eine schematische Vorab-Festlegung.

Das Tagungshaus für kreative Gruppen

Seminarräume

Arbeitsräume

Bibliotheken

Umweltgerechtes Haus

Die Besonderheiten

- ★ Nutzung aller Werkstätten
- ★ Direct-Action-Plattformen
- ★ Open-Space-Ausstattung
- ★ ReferentInnenangebote
- ★ Preise nach Selbsteinschätzung
- ★ Bahnanschluss und gute
- ★ Trampverbindungen

Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen (bei Gießen)

06401/903283, tagungshaus@projektwerkstatt.de, www.projektwerkstatt.de/seminarhaus



2

Offene Fragen & blinde Flecken der dogmatischen Gewaltfreiheit

Mit fast allen Menschen, die strikte Gewaltfreiheit bei politischen Aktionen für richtig halten oder der Parole anhängen, dass eine gewaltfreie Gesellschaft nur unter Gewaltverzicht entstehen kann, lässt sich dasselbe Gespräch führen: „Was haben Sie gegen Beate Klarsfeld und Georg Elser?“ Wahrscheinliche Reaktion: Schweigen. Je nach Mut vergeht mehr oder weniger Zeit bis zur zweiten Antwort: „Kenne ich nicht.“ Nun zeigt das schon ein Desaster an, nämlich dass die Entscheidung für eine dogmatische Gewaltfreiheit offensichtlich ohne eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema erfolgte. Kennen Gewaltfreie nur die militanten Aktionen der Bildzeitungs-Schlagzeilen? Aber lassen wir etwaige Unhöflichkeiten mal beiseite und berichten freundlich, um wen es sich handelt.

Aus Wikipedia zu Beate Klarsfeld
Um auf die Vergangenheit des damaligen Bundeskanzlers Kiesinger als NSDAP-Mitglied (PG 2633930) hinzuweisen, initiierte Beate Klarsfeld verschiedene öffentliche Aktionen. So rief sie ihm 1968 im Bonner Bundestag „Nazi, tritt zurück!“ zu und wurde abgeführt, aber alsbald freigelassen. Während des CDU-Parteitags in Berlin am 7. November 1968 bestieg sie das Podium, ohrfeigte Kiesinger und rief: „Nazi, Nazi!“ Sie wurde daraufhin noch an demselben Tag in einem beschleunigten Verfahren zu ei-

nem Jahr Gefängnis verurteilt. Ihre Gefängnisstrafe wurde 1969 zu vier Monaten auf Bewährung umgewandelt.

Aus Wikipedia zu Georg Elser
Elser war früh entschiedener Gegner des Nationalsozialismus. Er verweigerte nach 1933 den Hitlergruß und beachtete Hitlers Auftritte und zahlreiche Reden über den Volksempfänger nicht. In der frühen Phase war der Hauptgrund seiner Abneigung, wie er in einem späteren Gestapo-Verhör angab, die Verschlechterung der Lebensbedingungen nach 1933 ... Etwa ab 1937 prägte ein anderes Motiv seine Abneigung. Elser erkannte die Kriegsvorbereitungen und das Nachgeben der Westmächte bezüglich territorialer Forderungen des Deutschen Reichs: „Die von mir angestellten Betrachtungen zeitigten das Ergebnis, dass die Verhältnisse in Deutschland nur durch eine Beseitigung der augenblicklichen Führung geändert werden könnten. Unter der Führung verstand ich die ‚Obersten‘, ich meine damit Hitler, Göring und Goebbels. ...“

Nun begann er, einen Bombenanschlag zu planen. Da Hitler bekanntlich abends vor jedem Jahrestag seines gescheiterten Putschversuchs vom 9. November 1923 im Münchner Bürgerbräukeller eine Rede hielt, beschloss Elser, in die Säule direkt hinter dem Rednerpult eine Zeitbombe einzubauen. ... Am 8. November 1939 explodierte die Bombe exakt zu der von Elser vorgesehenen Zeit um 21:20 Uhr. Das Attentat misslang jedoch, da Hitler wegen

schlechten Wetters nicht mit dem Flugzeug, sondern mit der Reichsbahn zurück nach Berlin fahren musste.

Ab diesem Punkt ist nicht mehr ganz einheitlich, wie die Reaktionen im Gespräch ausfallen. Was so gut wie nie vorkommt ist, dass jemand die Aktionen für falsch erklärt. Aber sie stellen beide Gewalt gegen Menschen dar. Vielfach folgt wieder Schweigen – und dann eine Reaktion ähnlich wie bei Menschen, deren religiöses Bekenntnis in Frage gestellt wird. Argumente fehlen. Das von den Fakten (Beispielen) irritierte Innere wird zur Ordnung gerufen. Das geht zum Beispiel mit dem Satz: „Naja, das ist ja was Anderes“ oder „Das sind aber jetzt Ausnahmen“ oder „Extremsituationen“. So formuliert, schwingt bereits eine Anerkennung mit, dass es ganz dogmatisch wohl nicht sinnvoll ist. Beeindruckender ist schon eine andere, ziemlich häufige Antwort: „Naja, eine Ohrfeige ist ja noch keine Gewalt!“ Wer das hört, reibt sich vielleicht ungläubig die Augen. Bitte was? Die ohnehin vorhandene Inhaltsleere des Gewaltfreiheitsbegriffs wird innerhalb von Sekunden, durch eine einzige harmlose Frage, vollends ad absurdum geführt. Eben noch gegen jede Gewalt, sind plötzlich tätliche Angriffe auf Menschen keine Gewalt mehr. Dieses völlig absurde Ausweichmanöver dient weiterhin dazu, das Dogma zu bestätigen, für das es keine rationale Bestätigung gibt. Im Grunde genommen folgt das

Gespräch dem Schema, welches die Satire auf alle Dogmen ist:

§ 1: Gewaltfreiheit ist immer richtig

§ 2: Ist Gewaltfreiheit mal nicht passend, tritt automatisch § 1 in Kraft.

Dabei wäre die Intervention gegen Gewalt durchaus hilfreich, wenn sie zum analytischen Ringen um sinnvolle, wirksame und angemessene Aktionsformen beitragen könnte. Das aber tut sie regelmäßig nicht. Stattdessen wird sie dogmatisch geführt, d.h. es geht um Grenzziehung und Bekenntnis: Dafür oder dagegen, ohne Wissen um die Situation, ohne Graustufen und vor allem ohne Begründung.

Ist Gewalt gleich Gewalt?

Ein politisch inakzeptabler Fehler vieler gewaltfreier Gruppen ist ihre völlige Undifferenziertheit gegenüber verschiedenen Ausgangspunkten von Gewalt. Hier führt die Fixierung auf diesen für sie wichtigsten Punkt zu einer Betriebsblindheit. Sie liegt ähnlich bei vielen anderen Zusammenhängen vor, wenn z.B. Ökos, Eine-Welt-Gruppen, Fraueninitiativen u.a. alles nur an ihrem Thema festmachen und dabei andere politische Ziele ausblenden. Von Seiten gewaltfreier Gruppen ist die Lösung oft: Gewaltfrei = gut, militant = schlecht. Bei vielen Militanten ist es umgekehrt, was genauso plump ist. Die Ziele, die mit gewalt-

freier oder militanter Aktion verfolgt werden, geraten in den Hintergrund.

Zudem wird nicht zwischen struktureller Gewalt bzw. Gewalt „von oben“ und der Gewalt, die befreiende Ziele hat und sich gegen strukturelle Gewalt richtet (soziale Notwehr), unterschieden. Die Positionen mitteleuropäischer gewaltfreier Ideologien wären z.B. in Diktaturen oder im Fall von Krieg oder ähnlich krasser, direkter Unterdrückung völlig abwegig. Schon im Kleinen haben sie keinen Bestand, wenn es z.B. um das Abwehren sexistischer oder rassistischer Gewalt geht. Viele gewaltfreie Gruppen verteufeln Gewalt als solches. Damit machen sie sich zu ideologischen Hilfstruppen des Staates, der nicht um die Legitimation seiner Gewalt kämpfen muss – er hat das Gewaltmonopol. Wenn Gewalt in jeder Form gleich bewertet wird, gibt es auch keine Grundlage mehr zwischen Angriff und Verteidigung, Aggression und Notwehr, Übergriff und Selbstverteidigung, Unterdrückung und Aufstand.

Rundbrief der Kurve Wustrow, eingegangen
4.10.2001

Die Terroranschläge auf das World Trade Center und andere Einrichtungen in den USA haben vielen Menschen auf schreckliche Weise bewußt gemacht, dass Gewalt keine Antwort auf Gewalt und Ungerechtigkeit sein darf.

Aus: Pressemitteilung von Greenpeace am
10.4.2001

Greenpeace weist die heutige Darstellung ..., wonach Greenpeace-Aktivist:innen in Göttingen einen ICE-Zug an der Ausfahrt gehindert hätten, entschieden zurück. ... Zu dieser Aktion hätte offenbar ein „Anti-Atom-Plenum“ in Göttingen aufgerufen. Möglicherweise haben die Demonstranten behauptet, sie seien Greenpeace-Aktivist:innen oder Sympathisanten. Greenpeace hat mit diesen Demonstranten nichts zu tun. Greenpeace protestiert nur gezielt gewaltfrei gegen Atommüll-Transporte. Aktionen dieser Art, die gezielt Behinderungen im Personenverkehr verursachen, sind sinnlos und schaden den friedlichen Protesten ... Der Bundesgrenzschutz hatte heute nachmittag in Hannover mitgeteilt, dass sich rund 30 Greenpeace-Aktivist:innen an einen haltenden ICE gelehnt und den Zug rund 10 Minuten lang an der Ausfahrt gehindert hätten.

Das lässt sich steigern: Plötzlich, ausgerechnet wenn es um die Frage von Legalität oder Akzeptanz der herrschenden Ordnung geht, unterscheiden einige Gewaltfreie doch. Hat dann Gewalt, die den Herrschenden dient, mehr Legitimität als die, die sich im Protest zeigt?

Aus der Einleitung zum Schwerpunkt „Gewaltfreie Kommunikation“ von Heinz Weinhausen, in: *Contraste* Nov. 2008 (S. 1)

Gewaltfreie Kommunikation steht in der politischen Tradition der Gewaltfreiheit im Sinne von Mahatma Gandhi und Martin Luther King. Diese Tradition meint mehr, als keine Gewalt gegen Menschen anzuwenden, und seien es auch Besatzungssoldaten. Diese meint auch

mehr, als keine Gewalt gegen Sachen anzuwenden, und seien es auch Polizeiautos, mit denen der Weg des Castors nach Gorleben gesichert wird. Gewaltfreiheit geht vielmehr im Kern davon aus, dass der Mensch in der Uniform beispielweise ein Offizier, auch ein Mensch ohne Uniform ist, dass er ansprechbar ist, dass er bereit ist, Verantwortung für sein Tun zu übernehmen.

Liegt diese seltsame, herrschaftsstützende Akzeptanz der Ordnungsgewalt daran, dass politischer Protest und selbst große Teile anarchistischer Bewegung im deutschsprachigen Raum zutiefst bürgerlich sind und den Staat im Normalfall als Garanten ihrer Privilegien wahrnehmen? Dann wäre weniger überraschend, dass das Schwert des Staates mehr Rechtfertigung erfährt als das Aufbegehren der Unterprivilegierten.

Erich Fried in „Die Gewalt“
*Die Gewalt herrscht dort, wo der Staat sagt:
Um die Gewalt zu bekämpfen darf es keine
Gewalt mehr geben außer meiner Gewalt.*

Georg Orwell, zitiert nach: Freitag Nr. 41,
5.10.2001

*Leute, die durch Geld und Kanonen geschützt
sind, lassen die Gewalt zu Recht und wollen
nicht einsehen, dass sie Bestandteil der
modernen Gesellschaft ist und ihre eigenen
zarten Gefühle und edlen Ansichten nur das
Ergebnis sind von Ungerechtigkeit, gestützt
durch Macht.*



PR ist alles: Gewalt ist nur Gewalt, wenn die Aktion negative Schlagzeilen macht

Irritierend ist eine seltsame Unschärfe in der Definition von Gewalt, abhängig vom Erfolg einer Aktion. Was in die eigene Selbstdarstellung passt, wird als gewaltfrei verinnahmt. Was schief geht oder schlecht ankommt, gilt schnell als gewalttätig. Offenbar geht es mehr um plumpe Werbung, Mitglieder- und Spendensammeln als um eine analytische Position.

Ein absurdes Beispiel lieferte der September 2009: In einer Phase mit mehreren Prozessen und Verurteilungen gegen Feldbefreier_innen auf Genmais-Feldern (Aktion von Gendreck-weg 2008 bei Kitzingen) wurde das zuständige Amtsgericht mit Parolen besprüht. Vorher waren bei mehreren Prozessen krasse Rechtsbrüche von Seiten des Richters erfolgt, z.B. die härtere Bestrafung wegen fehlender Unterwürfigkeit im Prozess oder sogar die Aussperrung zweier Angeklagter von deren eigenem Prozess. Bemerkenswert war schon, dass etliche der Rechtsstaatstreuen unter den Feldbefreier_innen den so Ausgegrenzten kaum bis keine Solidarität entgegenbrachten. Das ähnelt der klassisch bürgerlichen Meinung: Wer angreift, muss sich nicht wundern ...

Unbekannte besprühten dann die Gerichtswand. Was von solchen Aktionen zu halten ist, ist eine Frage. Hier

interessiert die Gewaltfrage. Das Unglaubliche geschah: Diese Farbveränderung einer Wand titulierte einige Feldbefreier_innen nun als Gewalt, die das Image der gewaltfreien Feldbefreier_innen kaputt mache. Moment mal ... Pflanzen ausreißen ist gewaltfrei, gewaltsame Rauswürfe sind egal, aber das Übermalen einer toten Mauer Gewalt?

Wenn nötig, sind sogar heftige Aufstände zumindest „überwiegend gewaltfrei“.

Aus „Die Revolte hat den Diktator vertrieben“, in: GWR, 2/2011 (S. 1)

Am 14.01.2011 ist der u.a. von den EU-Staaten gepöppelte tunesische Diktator Ben Ali nach 23jähriger Alleinherrschaft durch eine überwiegend gewaltfreie Massenbewegung von Frauen und Männern aus dem Land getrieben worden.

Gewalt und Berechenbarkeit

Der Verzicht auf Gewalt ist ein Verzicht auf eine bestimmte Form der Gegenwehr. Ihn dogmatisch zu verkünden, macht berechenbarer und vermittelt den Inhaber_innen des Gewaltmonopols, Gewalt ausüben zu können, ohne Auflehnung in Form von Gegengewalt befürchten zu müssen. Das erleichtert Unterdrückungsstrategien, weil bestimmte Szenarios von vornherein ausscheiden. Das spitzt sich zu, wenn die Gewaltfreiheits-Ideologie bis in die verbale Ebene hinein reicht, d.h. Gewaltverzicht bereits auf der verbalen Ebene gilt.

Aus Johann Bauer, „Von der Konfrontation zurück zum Bitten?“, in: GWR Januar 2010 (S. 20 f.) zur gewaltfreien Kommunikation (GFK) *Die GFK sucht Lösungen, die allen gerecht werden. Das kann nur bedeuten: Den Rahmen anerkennen, die Grundstrukturen nicht in Frage stellen, in diesem Rahmen Kompromisse und Verständnis füreinander fördern.*

Das kann bizarre Formen annehmen: Ein Projekt zur gewaltfreien Kommunikation im Gefängnis wird vom Verein Achtsamkeit und Verständigung mit der Kommune Niederkaufungen vorangetrieben. Strukturelle Herrschafts- und Gewaltverhältnisse werden ausgeblendet. Es geht immer nur um den Menschen, die Kommunikation zwischen den Menschen. Gefangene und Vollzugs-Abteilungsleiter_in zu Freund_innen. Das Gefälle zwischen ihnen findet sich in den Texten gar nicht mehr (Quellen unter www.gewaltfrei-niederkaufungen.de). In Feedbacks schildern so „behandelte“ Gefangene: „so hab ich vorher noch nie über mich nachgedacht“ und „ich konnte meinen Vollzugs-Abteilungsleiter das erste Mal als Mensch sehen. Das Gespräch lief ganz anders und es gab Ergebnisse, die ich nicht im Traum erwarte habe“³¹ Das Gefängnisregime wirds freuen (und die gewaltfreien Kommunikationskünstler_innen bezahlen).

Selbstdarstellung der Veranstalter_innen:
Wir sehen eine Strafanstalt als ein System, in der alles aufeinander einwirkt. Wir möchten

mehr und mehr dazu beitragen, dass dort, wo Menschen zusammen wirken, zufriedenstellende Verbindungen zu sich und untereinander entstehen. ...

Wir werden die Justizministerien aller Länder sowie alle Justizvollzugsanstalten in Niedersachsen und Hessen über diese Veranstaltung informieren. Damit wollen wir unsere Arbeit den entscheidungsbefugten Organen bekannt machen und Kontakte knüpfen.

Verfälschte Leitfiguren: Gandhi, Jesus & Co.

Gewaltfreie beziehen sich vielfach auf Vorbilder und Vordenker. Ganz vorn als Leuchttürme: Gandhi und Jesus. Wehren können die sich nicht. Vielleicht würden sie das aber gerne. Denn ihre Worte und Taten zeigen, dass Gewaltfreiheit für sie kein Dogma war, sondern in der konkreten Situation das passende Mittel – wenn sie es wählten. Jesus, zumindest nach der christlichen Überlieferung, wusste da schon zu unterscheiden und griff, wenn nötig, auch zur blanken Gewalt. Und Gandhi wusste immer, dass Gewaltfreiheit Grenzen hatte und er auch Mut zur Gewalt haben müsste, wenn andere Mittel versagen würden.

Zitate, die Mahatma Gandhi zugeschrieben werden:

Satz 15 der Satyagraha-Normen
Wähle Gewalt vor Feigheit! Du sollst immer bestrebt sein, Ahimsa zu folgen in der Bedeutung 1 – 14, aber in einer Lage, wo du es nicht fer-

tig bringst, ist ein gewaltsames Verhalten mit einem von Ahimsa erfüllten Sinn einem nichtgewaltsamen, aber aus Feigheit entstandenen Verhalten vorzuziehen.

„Gandhi heute – aktuell oder unzeitgemäß?“
in: HFSK-Standpunkte 4/2006
Bei einer Wahl nur zwischen Feigheit und Gewalt riet Gandhi zur Gewalt.

„Gandhi und der Kampf gegen den Imperialismus“ auf: www.lebenshaus-alb.de/magazin/004677.html

Für Gandhi bedeutete Konflikt eine Herausforderung: sich kennenlernen, Gemeinsamkeiten finden, füreinander Bedeutung haben. Lasst uns darüber reden! Ihm war die Gewalt lieber als die Feigheit, der Konflikt, die Disharmonie lieber als gar keine Beziehung zueinander.

„Der Mythos Gandhi“, auf: www.sozialismus.net/zeitung/mr15/gandi.html
Als Hindu lehnte Gandhi Gewalt sogar gegen Tiere ab und war darum Vegetarier. Gewaltlosigkeit war für ihn dennoch nur Mittel zum Zweck und kein Selbstzweck. „Wenn nur die Wahl zwischen Feigheit und Gewalt besteht, dann bin ich für Gewalt“.

Aus „Für Pazifisten“, Lit-Verlag (S. 42)
Ich glaube, dass ich da, wo es nur die Wahl zwischen Feigheit und Gewalt gibt, zur Gewalt raten würde.

Aus Marshall B. Rosenberg (9. Auflage 2007):
„Konflikte lösen durch Gewaltfreie Kommunikation“, Herder in Freiburg (S. 60f.)
Sollte ich jemals nur zwei Alternativen sehen: Passivität oder Gewalt, dann würde ich Gewalt

wählen. ... Gandhi sah es ungern, wenn man ihm nachsagte, er predige die absolute Gewaltfreiheit.

Jesus mit der Peitsche (aus dem Evangelium nach Johannes Vers 2 der Einheitsübersetzung)

13 Das Paschafest der Juden war nahe und Jesus zog nach Jerusalem hinauf.

14 Im Tempel fand er die Verkäufer von Rindern, Schafen und Tauben und die Geldwechsler, die dort saßen.

15 Er machte eine Geißel aus Stricken und trieb sie alle aus dem Tempel hinaus, dazu die Schafe und Rinder; das Geld der Wechsler schüttete er aus und ihre Tische stieß er um.

16 Zu den Taubenhändlern sagte er: Schafft das hier weg, macht das Haus meines Vaters nicht zu einer Markthalle!



Ist die Gewaltfrage wichtiger als andere?

Doch selbst wenn, was mit obigen Ausführungen widerlegt werden sollte, die Gewaltfrage eine besonders große Bedeutung hätte, wäre noch ein weiterer Punkt zu untersuchen. Sie müsste wichtiger sein als alle oder zumindest die meisten anderen Fragen. Solche anderen Punkte innerhalb von Aktionsstrategien könnten sein:

- ▶ Dominanzverhalten, u.a. die Männer- oder Erwachsenendominanz innerhalb von Aktionsstrategien oder Bündnissen.
- ▶ Radikalität von Zielen, Verbindung von Ein-Punkt-Aussagen mit grundlegenden gesellschaftspolitischen Zielen, utopischer Gehalt der Forderungen.
- ▶ Taktische bzw. strategische Überlegungen wie Durchführungsformen, die zu den Zielen der Aktion passen, und deren Vermittlung nach außen.
- ▶ Und vieles mehr.

Die Motivation des Staates, die Gewaltfrage zur zentralen Frage zu machen, ist

Trotzdem brachte der Verlag der Graswurzelrevolution ein wohlwollendes Buch über den „Christlichen Anarchismus“ heraus. Dort werden christliche Urgemeinden in die Nähe der Anarchie gerückt, Jesus mutiert zum „Vorbild für radikale politische Aktion“ und „wahren Begründer der Anarchie“. Auch das Gewaltfreiheitsklichee wird bedient: „Jesus strebte eine völlige Umwälzung der herrschenden Verhältnisse und eine egalitäre Gesellschaftsordnung an und versuchte, dies ausschließlich mit dem Mittel radikaler und konsequenter Gewaltfreiheit zu erreichen.“ (Quelle: Auszüge in „Junge Welt“ am 7.9.2013)

einfach zu erklären. Das Gewaltmonopol ist sein Vorteil. Darum will er es aufrecht erhalten. Spaltungen im Protest sind in seinem Interesse. Was aber treibt gewaltfreie Gruppen an, den Begriff der Gewaltfreiheit im Titel zu führen und zur Hauptsache zu erklären? Was legitimiert sie, daraus den Anspruch zu ziehen, alle Anderen auf ihr Hauptthema einzuschwören? Viele bringen diese Position mit dogmatischem Anspruch in Bündnisaktionen ein – ein klarer Fall von Hegemonialstreben.

Letztlich bieten gewaltfreie Gruppen damit aber die gesteigerte Variante dessen, was die meisten anderen politischen Gruppen auch tun: Sie konzentrieren sich im Kern auf eine, nämlich ihre eigene Fragestellung.

Gut und Böse: Identitätsstiftende Kraft der Gewaltfreiheit

Wie schlecht auch immer Gewaltfreiheit begründet wird, die Verbindung des Heilsversprechens (politischer Erfolg durch Gewaltfreiheit) mit der als Verteufelung aufgelegenen Kritik der Gewalt reicht, um dem Dogma eine identitätsstiftende Kraft zu verleihen. Gelübde in Form von Selbstverpflichtungserklärungen und einprägsame Botschaften gehören zum Kanon der Selbstvergewisserung. Wie bei anderen Identitäten auch, geschieht dieses zusammen mit der stabilen Bildung von Innen und Außen, also der Abgrenzung vom Andersartigen. Das freut dann den Staat.

Das wäre zwar schade bis politisch dumm, aber akzeptabel, wenn daraus kein Machtanspruch erwächst. Auch Öko-, Frauen-, Eine-Welt-Gruppen oder Gewerkschaften fordern in Bündnissen manchmal, dass ihr Thema für alle das Wichtigste sein soll. Vielleicht hätten ihre Positionen sogar mehr Berechtigung als die Gewaltfrage, z.B. die feministische Kritik an den patriarchalen Strukturen in politischen Zusammenhängen oder die Forderung nach umweltgerechter Durchführung von Aktionen. Doch wenn jede Gruppe ihr Hauptanliegen zum Knackpunkt über Sein und Nichtsein von Kooperationen machen würde, wären Bündnis-Aktionen nicht mehr möglich.

Erklärung der War Resisters' International, in: Graswurzelrevolution Oktober 2001 (S. 17)
Wir sind uns bewusst, dass unsere Gewaltfreiheit beinhalten muss, sich der Gewalt von Polizei und Staaten zu stellen, Gewalt gewaltfrei zu widerstehen, und Gewalt durch eine kleine Minderheit von BewegungsaktivistInnen zu verhindern.

Schweizer Bundesamt für Polizei im Juli 2001 in der Studie „Gewaltpotenzial in der Antiglobalisierungsbewegung“
Den Anliegen und der Dialogbereitschaft der erklärten gewaltlosen Akteure innerhalb der Antiglobalisierungsbewegung muss mehr Beach-

tung geschenkt werden. Sie sollten in ihrer Abgrenzung gegen die gewaltbereiten Gruppen aktiver unterstützt werden.

Aus: Pressemitteilung von Greenpeace am 2.4.2001

Die friedlichen Anti-Castor-Demonstranten im Wendland – und das waren 95 Prozent – haben mit der kleinen, gewaltbereiten Minderheit von Protestierenden nichts zu tun.

Wuppertaler Rundschau, 28. August 2002

Die Initiatoren des „Wuppertaler Bündnisses gegen Krieg“ legen Wert darauf, den feierlichen Rahmen der Gelöbnisveranstaltung nicht durch Trillerpfeifen oder Wurfgeschosse stören zu wollen. Allerdings wolle man sehr deutlich sichtbar gegen die Unsinnigkeit einer solchen Bundeswehr-Aktion protestieren. Falls „Autonome“ oder andere Gruppen den Boden des friedlichen Protestes verlassen wollten, werde man „sehr massiv versuchen, auf diese Demonstranten einzuwirken“.

Über Peter Wahl im Film „Gipfelstürmer und Straßenkämpfer“ (Laika-Verlag, 2011)

Er dringt deshalb stets auf strikt gewaltfreie Aktionsformen. Wenn einzelne Gruppen Gewaltaktionen nicht ausschließen wollen, erzwingt er eine offizielle Distanzierung. ... „Wir wollen das nicht ... man muss sich dagegen schützen ... Spinner, die so etwas machen“

Anzeige des AK Vorratsdatenspeicherung zur Demo „Freiheit statt Angst“ in Berlin am 11.10.2008, in: Junge Welt, 10.10.2008 (S. 4)
Jeder von uns fordert mit seinem Erscheinen auf der Demo den Erhalt demokratischer

Grundrechte ein, die er oder sie in konkreter Gefahr sieht. Da die Freiheit des Einzelnen die Freiheit der gesamten Gesellschaft definiert, muss der politische Dialog und die Zusammenkunft auf einer Demonstration friedlich verlaufen. Wir, die beteiligten Organisationen und einzelnen UnterstützerInnen der Demonstration „Freiheit statt Angst“ stehen für den konstruktiven politischen Dialog. Jede Form von Gewalt erzeugt Angst, Angst verhindert Freiheit ... Um unser politisches Ansinnen möglichst nachhaltig zu vermitteln, wünschen wir uns die unbedingte Einhaltung der Friedenspflicht aller beteiligten Institutionen, Organisationen und Personen.

Aus Mathias Edler (2001): „Demonstranten als „Staatsfeinde“ – „Staat“ als Feindbild?“, Alte Jeetzel-Buchhandlung (S. 119). Edler war bei Erscheinen des Buches Sprecher der BI Lüchow-Dannenberg

Die im Vorfeld schon ausgiebig praktizierte Betonung des eigentlich selbstverständlichen „gewaltfreien“ Aktionsverhaltens hat diese trennende Wahrnehmung zur Folge. Indem die AktivistInnen von „x-tausendmal-quer“ die Anlaufstelle für die meisten Gorleben-Demonstranten, den symbolträchtigen Ort vor dem Dannenberger Verladekran für sich reklamieren und damit zur „gewaltfreien Zone“ erklären, werden die anderen Aktionsorte an der Strecke automatisch zu „Gewaltzonen“ abgestempelt. Die Ursache liegt in dem Versuch, das den Atomkraftgegnern zugeordnete Feindbild nicht als solches ad absurdum zu führen, wie dies die Bauern mit der Kampagne „Wir sind die Chaoten!“ ge-

tan haben, sondern beweisen zu wollen, dass die Teilnehmer der Aktion diesem Feindbild nicht entsprechen. Dabei wird das Feindbild aber grundsätzlich angenommen, man reagiert hier nur mit dem Reflex „Ja, aber wir sind anders!“. Dadurch begünstigt „x-tausendmal-quer“ unbeabsichtigt die von Politiker-, Polizei- und Medienseite vorgenommene Spaltung in „gute“ und „böse“ Demonstranten, in „gewaltfreie Bürgerinitiativler“ und „militante Autonomie“. Der in den Medien und den Parlamenten erreichte politische Raum wird hier auf Kosten anderer Atomkraftgegner erreicht, die nicht automatisch weniger „gewaltfrei“ sein müssen als die „x-tausender“.

Wie eine Religion: Gewaltfreiheit als Gesamtideologie

Mit ihrem umfassenden Anspruch trägt die Ideologie der Gewaltfreiheit religiöse Züge. Sie walzt mit getrübtetem Blick über Widersprüche und offene Fragen hinweg. Sie denunziert Andersdenkende und hält den eigenen Anspruch für höherwertiger als abweichende Vorlieben, Konzepte und Strategien.

36 Aus Gernot Jochheim, 1984: „Die gewaltfreie Aktion“. Rasch & Röhling, Hamburg.
Die Träger von gewaltfreien Aktionen halten Personen nicht fest und verletzen niemanden, zerstören in der Regel keine Sachen, die nicht ihr Eigentum sind ... (S. 23)
Wo immer Menschen auf der Welt bewußt und aktiv auf gewaltfreiem Weg gesellschaftliche

und politische Veränderungen erkämpfen wollen oder gewaltfreien Widerstand leisten, tun (oder taten) sie dies auf der Grundlage eines Gewaltfreiheitsverständnisses, dessen Grundsätze nicht voneinander abweichen. (S. 288f.)
Was bringt ein Sabotageanschlag, selbst wenn er erfolgreich ist und großen Schaden anrichtet? Im Grunde nichts, jedenfalls nichts Gutes. ... Der Terror liegt, darüber sind sich viele Saboteure nicht im klaren, in der Konsequenz der Sabotage. (S. 113)

Je mehr Gewalt, desto weniger Revolution.

(S. 121)

Jede Gewaltanwendung durch die Opponenten bietet den Herrschenden ein Alibi bei der Praktizierung von Unterdrückungsmaßnahmen und vermindert die Sympathie der Öffentlichkeit.

(S. 287)

Zu dieser Haltung gehört als Wesensmerkmal die Bereitschaft, lieber Leiden auf sich zu nehmen, als Gewalt anzuwenden. ... In keinem Fall – und mag er von der Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit seines Anliegens noch so überzeugt sein – fügt der Gewaltfreie jenen, die der Verwirklichung seines Ziels entgegenstehen, Schaden zu. (S. 25)

Aus Günther Gugel: „Wir werden nicht weichen“. Erfahrungen mit Gewaltfreiheit. Eine praxisorientierte Einführung. Tübingen 1996 (S. 12-22)

Grundlegend ist die Erkenntnis, dass in unserer Zeit und in unserer Gesellschaft mit Gewalt oder mit der Androhung von Gewalt keine Konflikte wirklich gelöst werden können, keine Ungerechtigkeiten beseitigt und keine Unter-

drückung aufgehoben werden können. ...
Die wesentlichen Kennzeichen der Gewaltfreien Aktion sind: der bewußte Verzicht auf den Einsatz von Gewalt gegen Personen oder Sachen; die enge Verknüpfung von Ziel (dem Abbau von Gewalt) und Mittel (dem Einsatz gewaltfreier Mittel); ...

die zuverlässige Mitteilung an den Gegner, dass ausschließlich gewaltfreie Mittel angewendet werden;

der Verzicht auf Geheimhaltung. Also die öffentliche Ankündigung der geplanten Aktion; die eigene Bereitschaft „zum Leiden“; d.h. Sanktionsmaßnahmen hinzunehmen; ...

Martin Luther King (1964): „Freiheit“, Kassel (S. 174)

Für die Legitimation des zivilen Ungehorsams spielt die Berufung auf ein höheres, vorstaatliches Recht, eine wichtige Rolle. ...

Wolfgang Sternstein: „Von Wyhl nach Brokdorf“, o.O., o.J. (S. 15)

Gewaltfreiheit ist etwas anderes als Verzicht auf physische Gewaltanwendung. Ich kann einem Menschen mit haßerfülltem Herzen begegnen, ohne ihm ein Haar zu krümmen, aber gerade dann tue ich ihm Gewalt an! ... Das entscheidende Motiv der gewaltfreien Aktion ist die Nächstenliebe oder Feindesliebe. Ohne Feindesliebe kann es überhaupt keine gewaltfreie Aktion geben, die diesen Namen verdient.

Aus den Satyagraha-Normen (zusammengestellt von Johan Galtung und Arne Næss, oftmals Mahatma Gandhi zugeschrieben)

8. Zwinge den Gegner nicht – wandle seinen Sinn!

Du sollst in einer Konfliktsituation so handeln, dass du den Gegner nicht in eine Lage bringst, wo dein persönliches Furchtmotiv seinen Handlungen zu Grunde liegen wird, sondern versuche, auf ihn so einzuwirken, dass ein Verhalten der Satyagraha-Gruppe für ihn ein annehmbares Verhalten werden kann. ...

8b. Nütze nicht die Schwächen des Gegners aus!

Du sollst aus schwierigen Lagen des Gegners keine Vorteile ziehen, wenn die Lagen Ursachen haben, die außerhalb des Konfliktes liegen. Lasse den Gegner fühlen, dass der Druck, dem er sich ausgesetzt hat, nur eine Folge des Unrechts ist, das er deiner Gruppe antut.

8c. Provoziere den Gegner nicht!

Du sollst Handlungen vermeiden, die dadurch eine Ausdehnung des ursprünglichen Konfliktstoffes zur Folge haben, dass der Gegner in Situationen gebracht wird, in denen er voraussichtlich besonders herabwürdigende Handlungen begehen wird. Sondern du sollst so handeln, dass die Situation, in die du den Gegner bringst, direkte Folge der ursprünglichen Konfliktlage und der Ahimsa-Norm ist. ...

10. Sei opferbereit!

Du sollst bereit sein, alle deine physischen und geistigen Kräfte einzusetzen im Kampf für die eine Sache, an die du glaubst, und um deiner Mitmenschen dienen zu können, wenn nötig mit deinem eigenen Leben als Einsatz. Du sollst es aber um der Sache und deiner Mitmenschen selbst Willen tun, nicht um des Opfers Willen. ...

11b. Verbirg deine Pläne nicht!

Du sollst ehrlich und offen handeln und deine Pläne dem Gegner darlegen, so dass er zu jeder Zeit wissen kann, was du zu tun beabsichtigst, und sich danach richten kann. ...

13. Mache keine Sabotage!

Du sollst dem Eigentum anderer keinen direkten, aktiven Schaden zufügen mit der Absicht, dem Gegner Schwierigkeiten zu bereiten oder auf ihn Druck auszuüben, sondern nur einen passiven Schaden, der eine Folge davon ist, dass du ihm eventuell Zusammenarbeit verweigern wirst.

14. Sei, wo immer möglich, loyal!

Du sollst ein loyaler, gesetzestreuer und pflichtbewusster Bürger der Gesellschaft sein, von der du Mitglied bist, solange sie von dir nicht verlangt, dass du gegen dein Gewissen handelst, und der Widerstand soll erst bei einem ernstem Konflikt geleistet werden, auch dann, wenn er zu einem Kampf gegen die Mehrheit führen sollte.

Renate Wanie: „Neun Thesen für die Weiterarbeit nach Straßburg“, in: Friedensforum 3/09, zitiert im Buch „Gewaltfreie Aktion“

Renate Wanie ist seit 1987 hauptamtliche Mitarbeiterin der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden. ... Ihre Thesen sind eine Reaktion auf die miterlebten Proteste gegen den 60. NATO-Gipfel im April 2009 in Straßburg, die z.T. in unkalkulierbare und gewaltvolle Angriffe eskalierten.

1. Die Zeit der Formelkompromisse ist nach Straßburg vorbei. Die Friedensbewegung ist gewaltfrei oder sie ist nicht. Ziviler Ungehorsam ist eine gewaltfreie Strategie und kein Slogan,

hinter dem sich RandaliererInnen verbergen können.

2. Randalie ist keine Politik, Randalie ist Randalie. Gesellschaftliche Veränderungen in Richtung Emanzipation und Freiheit werden in hochentwickelten Gesellschaften nicht über Gewalt eskalationen herbeigeführt.

3. Gewaltfreiheit greift den staatlichen Gegner nicht dort an, wo er am stärksten ist: beim Monopol der Gewalt. Sondern dort, wo er am schwächsten ist: bei der Legitimation seiner kriegerischen Aktivitäten.

4. Gewaltrituale wie in Straßburg seitens der Polizei und seitens der RandaliererInnen sind Ausdruck eines männlich-chauvinistischen Handelns. Die Friedens- und Antikriegsbewegung muss diese patriarchal-militaristischen Handlungen überwinden und offen kritisieren.

5. Die Kritik an RandaliererInnen aus Demonstrationen heraus spaltet die Friedensbewegung nicht. Steine werfen spaltet die Friedens- und Antikriegsbewegung. Wer Gewalt zulässt, zerstört die Glaubwürdigkeit der Bewegung und erleichtert ProvokateurInnen der Polizei, ihr friedloses Handwerk zu betreiben.

6. Die Friedensbewegung wird nicht erfolgreich durch Gewalt, sondern durch kreative und beharrliche Kritik an Gewalt und Gewaltorganisationen wie der NATO.

Leidensbereitschaft

Zum bekenntnishaften Gewaltverzicht gehört die Hingabe an das Gute, also eine Leidensbereitschaft in Folge der eigenen

Überzeugung. Damit werden Bilder an die großen Vorbilder wie Jesus und Gandhi verbunden – unter pragmatischer Umdichtung derer tatsächlichen Positionen.

Umgesetzt wird diese verbalradikale Leidensbereitschaft jedoch nur selten. Viele Anhänger_innen der Gewaltfreiheit sind gut situierte Bürgerliche, die – ob nun mit gewaltfrei-anarchischen Hobbyideologien oder brav-rechtstaatlich – niemals ihren hohen Lebensstandard riskieren würden. Gewaltfreiheit hat bei vielen (wenn auch nicht allen) viel mit Selbstbelügung zu tun. Sie verdeckt eine Feigheit, die Handlungsbremsen als ideologisches Konzept verkauft. Bewegungsführer_innen und – immer häufiger – hauptamtliche Apparate, die ih-

nen die Ideologie eintrichtern, gewinnen Anhänger_innen und Geldgeber_innen. Auch darin ähnelt das Konzept einer Religion.

Aus Sternstein, Wolfgang: „Die gewaltfreie Revolte gegen 'Stuttgart 21'“, in: GWR Dez. 2010 (S. 7)

Ziviler Ungehorsam in diesem Sinne sollte „zivil“, also offen, dialogbereit und gewaltfrei sein. Dazu gehört auch die Bereitschaft, die für die Gesetzesübertretung oder die Gehorsamsverweigerung verhängte Sanktion klaglos hinzunehmen.



Gewalt: Notwendig oder Fetisch?

Gäbe es eine Skala der Militanz, so ständen den Gewaltfreien solche Gruppen und Strömungen gegenüber, die – wie die Gewaltfreien ihre Gewaltfreiheit – ihre Militanz als Selbstzweck sehen und ohne weitere Abwägungen und Überlegungen zu Zielen und Vermittlung von Aktionen ausleben. Militanz wird bei ihnen zum identitätsstiftenden Kristallisationspunkt der eigenen Aktivität.

Das ist kein Kriterium des Militanten. Es gibt viele Menschen, die (auch) gewaltfreie Aktionen machen, aber deshalb nicht der Auffassung sind, diese sei allein zulässig oder seligmachend. Genauso gibt es auch viele Aktivist_innen, die bei passender Gelegenheit politische Außenwirkung zu erreichen oder etwas aufzuhalten versuchen mit Sabotage oder gar Angriffen auf Menschen, ohne gleich die Überzeugung zu vertreten, nur der militante Kampf sei der richtige und gute.

Fetisch Militanz

In der Praxis vieler militanter Gruppen zeigt sich allerdings ein bemerkenswert unreflektierter und identitärer Umgang mit Gewalt. Sie wird durch sprachliche Überhöhung, Kleidung und plakative Außendarstellung zum Symbol von Potenz. Zwar nicht bei den verwendeten Codes, aber schon von der Einseitigkeit und Dogmatik her ähnelt solcher Militanzkult eher dem, was auch bei gewaltfreien Strömungen dominiert: Die Aktionsmethode wird zum eigentlich Wichtigen, das Mittel heiligt die Zwecke nicht – es ersetzt sie! Wöchentlich bis monatlich lässt sich diese Orientierung im Sprachrohr militanter Aktivist_innen, der in Berlin erscheinenden Zeitung „Interim“ bewundern. Dort werden anonyme Bekenner_innenschreiben abgedruckt, bei denen eine inhaltliche Vermittlung fast immer fehlt. Der Abdruck in der Szenezeitung würde ohnehin keine weitere Öffentlichkeit erreichen (vom VS einmal abgesehen). Fast legendär sind die selbst verfassten Helden-geschichten von zusammengetretenen Fahrkartenautomaten an irgendwelchen dunklen Vor-Ort-Bahnhöfen, die sich für die späteren Betrachter_innen kaum von platem Vandalismus unterscheiden dürften (falls sie nicht sogar zur Akzeptanz der als Reaktion angebrachten Überwachungskamera führen). Fast Kultstatus hat(te) die „radikal“, die auch in ihren späten Jahren mit

– oft fehlerhaften oder veralteten – Bastelanleitungen für Bomben und Brandsätze daherkam, d.h. für Aktionen, die in der Praxis des überwiegend bürgerlichen oder verbalradikalen Protests im deutschsprachigen Raum so gut wie nie vorkommen. Ihr Status wird noch erhöht durch die absurd aufwändige Jagd von Staatsorganen nach Heften oder Nachdrucken der Anleitungen. Das Gewaltmonopol des Staates mit seinen uniformierten Truppen und der Militanzfetisch vieler Aktivist_innen passen ohnehin gut zusammen. Der Staat legitimiert seine autoritäre Gewalt mit Bildern geworfener Steine, die angesichts der Panzerungen von aufstandsbekämpfender Polizei die fast nur auf der eigenen Seite Verletzte hinterlassen. Die Militanten prahlen in ihren Geschichten – Welch absurde Win-win-Situation – über diese Begegnungen mit „Bullen“ und inszenieren sich als x-fach überwachte Person. Das gibt Selbstwertgefühl in politischen Strömungen, deren besondere Bedeutungslosigkeit in einer ohnehin marginalisierten Protestszene sonst stets fühlbar wäre.

Gewalt ersetzt Sinn und Vermittlung, sie wird zur Qualität an sich. Vieles spricht dafür, dass militante Aktionen eher Ohnmachtsgefühle kompensieren als Angriff bedeuten. Die emanzipatorische Alternative wäre, mehr Handlungskompetenz zu erwerben, um durch Widerständigkeit im Alltag die permanente Unterlegenheit zu

überwinden. Gewalt sollte, wenn sie als notwendig angesehen, bewusst und überlegt angewendet wird – nicht aus Hilflosigkeit oder Mangel an Alternativen.

Doch leider geht es nicht nur selten darum, im Ergebnis eines abwägenden Strategiefindungsprozesses den Entschluss zu fassen, mit einem Angriff auf Material oder sogar Menschen ein bestimmtes Ziel zu erreichen, was anders nicht zu erreichen ist. Handlungsführend ist die Illusion, brennende Mülleimer, Barrikaden oder Flaschenwürfe auf Polizist_innen könnten die Befreiung bringen oder zumindest Ausdruck einer dafür werbenden, politischen Botschaft sein.

Entgegnung von John Doe auf den Gewaltfreiheits-Vordenker Jochen Stay in: Jungle World, 13.6.2007 (S. 19):

Der Autonome Werbeblock zur Prime Time hat

allen anderen die Show gestohlen. Der von der Bild-Zeitung zum »Bürgerkrieg« geadelte Kra-wall legt sich wie ein Tränengasnebel über die Inhalte der Demonstration. Und das ist auch gut so, denn der staatsfetischistische Quark von Attac und der antiimperialistische Firlefanz aus dem gleichnamigen Block verdienen es, ohne Gehör zu bleiben. Dabei ist der Schwarze Block im doppelten Sinne aufregend. Er hebt sich nicht nur durch seine ebenso bizarre und unterhaltsame Selbstinszenierung angenehm vom Rest ab. ...

Ach, es lässt sich nur schwer abstrakt über Militanz reden. In ein paar Minuten auf der Straße kann man manchmal mehr über die Verhältnisse lernen als beim jahrelangen Sitzen im Lesekreis. Da stellt man etwa schnell fest, dass ein rot-grüner Polizeiknüppel genauso wehtut wie ein schwarz-gelber. Wer nie das erotische Kribbeln beim Flambieren einer Wanne erfahren hat, wird es nie verstehen.

Jammern auf hohem Niveau: Militante Macker jammern über militante Fascho-Macker

Manchmal geschieht etwas Seltsames. Zwischen die selbstkreierten Held_innengeschichten mehr oder weniger sinnfreier Militanz mischt sich ein Jammern, wenn es um die Gewalt der Falschen geht. Dann setzt bei denen, die manch Hooligan sonst die Show stehlen könnten, plötzlich ein Jammern ein, dass Gewalt so schlimm sei. Das

tritt regelmäßig auf, wenn Faschos oder die Polizei gewalttätig werden. Dabei wäre eine analytische Kritik der Form und Ziele solcher Gewalt, die bei Uniformierten selten und bei Faschist_innen nie befreienden, sondern einen unterdrückenden Charakter hat, für eine emanzipatorische Militanzkultur wertvoll. So könnte



deutlich sichtbar gemacht werden, was der Unterschied zwischen einem entschlossenen Entgegenstemmen gegen ausländ_innenfreie Zonen und dem Verprügeln Nichtdeutscher ist.

Stattdessen wird aber selbst dann gejammert, wenn Rechte exakt die gleichen Makersymbole wie ihre linken Pendanten benutzen, wie z.B. der Spruch „Good night left

side“ als phantasieloses Plagiat einer in gleichem Design und stylischer Männlichkeits-Kämpfersymbolik vorhandenen Antifavorlorge. Lustigerweise regte sich die marxistisch-dogmatische Tageszeitung Junge Welt am 7.7.2007 (S. 5) just über das hier gezeigte Bild auf: „Gewaltaufruf als rechtes Modeaccessoire“. Gewalt ist also per se schlimm, wenn sie von der anderen Seite kommt.

Zur Bedeutung von Militanz als Protestform

Nun sind nicht alle militanten Aktionen, bei denen Sachen oder, hierzulande ja äußerst selten, Menschen zu Schaden kommen, von Ohnmacht oder einem Selbstzweck der Gewalt angetrieben. Manche dienen gezielt der direkten Beendigung unerwünschter Verhältnisse und/oder der nachdrücklich-symbolischen Vermittlung von politischen Positionen oder Forderungen. Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit:

42

- Das Abfackeln von Bundeswehrfahrzeugen behinderte nicht nur ganz praktisch die militärische Tätigkeit. Wahrscheinlich war den Täter_innen selbst klar, dass der Staat mit seinen Ressourcen die Fahrzeugflotte schnell würde ersetzen können. Die militanten Angriffe waren aber mit einer intensiven Kampagne gegen die Bundeswehr verbunden, so dass jedes brennende Fahr-

zeug ein Symbol für die Kritik an Militär und Kriegsführung schuf.

- Das Zerstören von Genversuchsfeldern bereitete, da eine Neuanlage in der laufenden Vegetationsperiode nicht so einfach möglich war wie die Neubeschaffung eines Militär-LKWs, das tatsächliche Ende des Unerwünschten. Gleichzeitig schuf sie in vielen Fällen den Anlass für eine intensive Vermittlung inhaltlicher Kritik an der Technik. „Gen“felddesetzungen und -befreiungen sind, zusammen mit begleitenden Kampagnen zu Risiken, Herrschaftsfragen und Enthüllungen über Seilschaften, eine der politisch und praktisch erfolgreichsten militanten Kampagnen der letzten Jahre gewesen. Das Ergebnis konnte sich sehen lassen: 2013 gab es kein Feld mit gentechnisch veränderten Pflanzen mehr in Deutschland.

- ▶ Sabotageaktionen an Schienen, Straßen und Bahneinrichtungen begleiten jeden größeren Castortransport. Sie sind in vielen Fällen mit inhaltlicher Kritik an der Atomkraft oder Energiepolitik verbunden.
- ▶ Feministische Tomatenwürfe erzwangen wichtige Debatten über Mackermentalität und patriarchale Rollenverteilungen in den 68er-Protesten und im damals federführenden Sozialistischen SDS. Ähnlich bekannt wurden Eierwürfe z.B. gegen Helmut Kohl oder Berlins Bürgermeister Eberhard Diepgen.
- ▶ Torten- und Pudding-„attentate“ oder Stinkbomben sind Angriffe auf Personen, die ihren Sinn nur in der Symbolik, d.h. mit einer intensiven Vermittlung von Inhalten entwickeln können. Die dazu passenden „Tatwerkzeuge“ wie Torte, Eier oder Pudding haben durch ihre Anwendung in der Geschichte bereits eine selbsterklärende Funktion.
- ▶ Noch mehr gilt das für Aktionen, bei denen das im Vordergrund stehende Symbolhafte fehlt, sondern die als inhaltsschwerer Gewaltakt gegen Ausführende der Macht für sich stehen: Die Ohrfeige von Beate Klarsfeld gegen den Bundeskanzler und Ex-Nazi Kurt-Georg Kiesinger, der Farbbeutelwurf auf Joschka Fischer oder die Krückenattacke gegen Bundespräsident Karl Carstens.

Alle Beispiele zeigen, dass eine besonders starke Vermittlung möglich ist, wenn militante Aktionen ein Teil von umfangreicheren Kampagnen sind oder zumindest mit anderen Aktionen gemischt werden. Denn dann kann die militante Attacke ihre Wirkung als Aufreger, Interessenwecker und damit Rahmen für eine inhaltliche Füllung mittels anderer Aktivitäten voll entfalten.

Aus dem Interview mit Günther Anders, erstveröffentlicht in „natur“ (Interviewer: Manfred Bissinger)

A.: Also, ich will erst einmal – und das mag Sie vielleicht erschrecken oder auch nicht – gestehen: Obwohl ich sehr häufig als Pazifist angesehen werde, bin ich inzwischen zu der Überzeugung gekommen, daß mit Gewaltlosigkeit nicht mehr zu erreichen ist. Verzicht auf Tun reicht nicht als Tun. ...

Ziel darf Gewalt für uns niemals sein. Aber daß Gewalt – wenn mit ihrer Hilfe Gewaltlosigkeit durchgesetzt werden soll und nur mit ihrer Hilfe durchgesetzt werden kann – unsere Methode sein muß, das ist wohl nicht abstreitbar.

Aus dem selbstgeführten Interview von und mit Günther Anders im gleichen Buch *Gewaltlose Widerstandsaktionen ähneln nicht nur Happenings. Sie sind Happenings. Und warum sind sie das?*

Deshalb, weil Happenings verspielte Scheinakte sind und Als-Obs, die so tun, als seien sie mehr: nämlich wirkliche Aktionen oder mindestens Bastarde von Sein und Schein, von Ernst und Spiel. (S. 98)

... die Als-Ob-Täter prahlen ja noch mit ihrem Als-Ob. Sie geben ja ihre Harmlosigkeit pompös als „Humanität“ oder als Ehrfurcht oder gar als „Geist der Bergpredigt“ aus. Nichts schrecklicher übrigens, als wenn sich solche Bravheit und solcher „Mut zur Feigheit“ auf Jesus zu berufen wagt. (S. 99)

Unsere Gewaltausübung darf immer nur als Verzweigungsmittel, immer nur als Gegengewalt, immer nur als Provisorium eingesetzt werden. (S. 102)

Gewaltlosigkeit gegen Gewalt taugt nichts. Diejenigen, die die Vernichtung von Millionen Heutiger und Morgiger, also unsere endgültige Vernichtung vorbereiten oder mindestens in Kauf nehmen, die müssen verschwinden, die darf es nicht mehr geben. (S. 104)

(Fragender:) Auf Sie als Pazifisten kann man also nicht mehr rechnen.

Doch. Aber Frieden ist mir nicht Mittel, sondern Ziel. Und deshalb kein Mittel, weil Frieden das Ziel ist. (S. 108)

Ist Gewalt bei Aktionen ersetzbar?

Diese Frage ist von Bedeutung, weil eine Kritik des Militanten anders ausfallen wür-

4 **d**e, wenn solche Aktionsformen immer ersetzbar wären. Das würde zwar noch nicht automatisch zu einer Befürwortung der durchgehenden Gewaltfreiheit führen, weil immer noch die Wirkung, Reichweite, Vermittlung und Effizienz von Aktionen reflektiert werden müsste. Aber wenn Fälle for-

mulierbar sind, in denen die Wirkung von Militanz nicht durch andere Formen erreicht werden kann, stellt sich die Frage, ob ein dogmatischer Verzicht auf Gewalt überhaupt bedenkenswert ist. Vollständig ersetzbar wäre Militanz, wenn stets mit anderen Mitteln bessere, gleiche oder zumindest ausreichende Ergebnisse erzielt werden könnten. Nicht emanzipatorisch wäre, das ist bereits in der Kritik der Gewaltfreiheit erörtert worden, eine dogmatische Position, die die Aktionsmethode über die Ziele stellt. Wenn also, nur um gewaltfrei zu bleiben, auf politische Wirkung verzichtet würde. Das Motto „Das Mittel heiligt die Zwecke“ in Umkehrung des ursprünglichen Satzes überzeugt dann nicht: Hauptsache gewaltfrei, egal wofür und mit welchem Ergebnis.

Eine Antwort liefern die gewaltfreien Zusammenhänge selbst: Ihnen fehlen für viele Situationen schlichtweg die Ideen. Sie bleiben dann meist weg oder organisieren nur symbolische Einmalaktionen. Die können ergänzenden Nutzen haben, signalisieren oft aber als Begleitfolklore des Kritisierten nur eigene Ohnmacht.

Eine völlige Leerstelle zeigt der Umgang mit bewaffneter Unterdrückung durch Regierungen, Milizen, Einzelpersonen oder Clans. Zwar gibt es Versuche, die Widerstandspotentiale gegen Regimes wie den Nationalsozialismus aus gewaltfreier Sicht zu beschreiben, doch diese Texte zeigen

vor allem Hilflosigkeit. Die konkrete Entwicklung zum Dritten Reich zeigt eher, wie schnell Handlungsunfähigkeit entsteht, wenn politischer Protest nicht in selbstorganisiert-unberechenbaren Bahnen verläuft. Zentral gesteuerte Opposition kann über die Zerschlagung ihrer Zentren lahmgelegt werden. Es ist nicht nur im Bezug auf die Phase von 1933 bis 1945 bedauerlich, dass entschlossene Menschen wie Georg Elser sehr selten waren, sondern es spricht auch für sich, dass gerade diese erst seit wenigen Jahren in der Geschichtsschreibung überhaupt wahrgenommen werden: Geehrt werden die gewalt- (und weitgehend wirkungs-)losen und die nicht herrschaftskritischen Oppositionellen, bevorzugt mit christlichem Hintergrund. Mehr Ruhm wird aber gewalttätigen, deutsch-nationalen bis faschistischen Kreisen zuteil.

Nur selten finden sich positive Bezüge auf amanzipatorische Formen der Gewalt. Aber es gibt sie:

Aus Agnoli, Johannes/Brückner, Peter (1967), „Die Transformation der Demokratie“, Voltaire Verlag in Berlin (S. 30)

Nicht Brot und Spiele noch Wahlzettel, sondern die Gewalt hat im Laufe der bisherigen Geschichte soziale Kälte der Manipulation entzogen und Freiheit verwirklicht.

Aus Christoph Spehr (2003): „Gleicher als andere“, Karl Dietz Verlag in Berlin (S. 35)
Aufgrund der Komplexität von Herrschaftsinstrumenten ist das Gewaltmonopol übergeord-

netter Strukturen keine Lösung; es dient denen, die auf den anderen Ebenen (denen außer der »militärischen«) Vorteile haben und zur Anwendung bringen. Auch auf den anderen Ebenen von Herrschaftsinstrumenten bringt eine Politik, die der des Gewaltmonopols entspricht, keine Lösung – wir wissen heute, dass die Verstaatlichung von produktivem Eigentum und ökonomischer Verfügung an sich keineswegs bewirkt, dass strukturelle Unterordnung verschwindet. Die Politik der »Zivilisierung«, typisch für das demokratische Zeitalter, ist entsprechend ambivalent: Sie mag positive Elemente einer Abwicklung von Herrschaftsinstrumenten enthalten, zumeist wirkt sie jedoch negativ im Sinne einer Entwaffnung der Beherrschten, um sie desto reibungsloser den anderen Instrumenten und Ebenen von Herrschaft auszuliefern.

Aus „Thesen zur Autonomie“, in: Interim, Februar 2011

16. Mit Militanz meint Autonomie kein bestimmtes Verhältnis zur Gewalt, schon gar nicht militaristisches oder militärisches Handeln, deren blinden Kaderegehorsam, Allmachts- und Unterdrückungsphantasien sie verachtet. Unter Militanz versteht sie vielmehr eine Haltung, bei der die Einzelnen trotz des Risikos persönlicher Konsequenzen entschlossen danach streben, zu einer Übereinstimmung ihrer Überzeugungen und ihres Handelns zu gelangen. So verstanden bedeutet Militanz das Gegenteil von Opportunismus und Karrierismus – sie bedeutet selbstverantwortliches, reflektiertes, entschlossenes und offensives Handeln.

17. Autonomie strebt weder Zwangs- noch Ge-

waltausübung an. Die gemeinsame Gestaltung selbstbestimmter und emanzipatorischer Verhältnisse ist mit Mitteln der Gewalt nicht zu haben. Doch sie weiß, dass sich ihr Kampf nicht auf Appelle und Dialoge beschränken kann, dass die Vertreter_innen des Faustrechts und der Gewalt oft keine andere Sprache verstehen als eben jene der Gewalt und es notwendig sein kann, sich ihrer zu bedienen. Dabei ist klar, dass Gewalt zur Ausübung physischen oder psychischen Zwangs, unter Verletzung des gleichen Freiheitsspielraums Aller von augenfällig anderer Qualität ist als Gewalt, die zur Selbstverteidigung und Abwehr solchen Zwangs eingesetzt wird. Die Autonomie verweigert sich dem einseitigen und undifferenzierten Gewaltbegriff der Herrschaft, der tatsächliche Gewaltverhältnisse verschleiert. Sie sucht die Ursprünge und Strukturen der Gewalt, wo diese im Verborgenen oder in institutionalisierter Form existieren, macht sie sichtbar, benennt sie und greift sie an – dabei zieht sie Sachbeschädigungen und Sabotage vor. Autonomie betreibt keinen Fetisch der Gewalt; sie erwägt jedesmal von neuem, ob Gewalt geeignet ist, eine bestehende Unterdrückung zu thematisieren, skandalisieren oder zu beenden und ob vielleicht eine andere Handlungsmöglichkeit, z.B. eine List, nicht eine ebenso gute oder bessere Wahl wäre. Sie trachtet nicht nach der Verletzung von Menschen; sucht umsichtig auszuschießen, dass Unbeteiligte in Mitleidenschaft gezogen werden. Und wie jeder Mensch, der halbwegs bei Sinnen ist, weiß sie, dass zwischen Sachbeschädigung und einem Angriff auf Menschen Welten liegen.

46

Gewalt und Medien

Ein Motiv sowohl überlegt eingesetzter wie auch der – leider dominierenden – platten Gewalt ist das Spektakuläre. Das gilt insbesondere in solchen Regionen der Welt, in denen Gewalt selten ist und zwecks Unterhaltung oder künstlich erschaffener, dann politisch missbrauchter Ängste völlig übertrieben auf Bildschirme oder in auflagengeile Zeitungen gebracht wird. Nicht selten sind es staatlich-repressive Kreise selbst, die spontane Gewaltausbrüche anzetteln – gekleidet in den uniformähnlichen Dress identitärer Militanzfetischist_innen. Gewaltfreie klagen zu Recht immer wieder darüber, dass Medien bevorzugt über gewaltförmige Protestaktionen berichten. Allerdings benennen sie damit selbst einen wichtigen Grund für Militanz: Das dadurch entfachte Spektakel. Mensch mag das als Argument nicht befriedigend finden, aber das ändert an seiner Wirkung nichts. Beispiele gibt es genug: Gerade die Krawalle im Vorfeld des G8-Gipfels von Heiligendamm haben den Fokus aller Öffentlichkeit auf die Ereignisse gelenkt und damit auch den nachfolgenden, überwiegend gewaltfreien Aktionen den Raum eröffnet. Die eher bürgerliche Organisation Attac verstand es in Deutschland, die Erregung angesichts der Gewalt bei den Protesten im Sommer 2001 (Göteborg und Genua) geschickt für sich zu nutzen. Es ist auch für den Protest in und um Rostock 2007 mehr

als zweifelhaft, ob die am Ende erzielte Wirkung ohne die (äußerst platte und katastrophal durchgeführte!) Militanz einschließlich der dadurch ausgelösten Hetze und Debatte erreicht worden wäre. Eher ist wahrscheinlich, dass nicht, wie es Bewegungseliten nach den Geschehnissen behaupteten, die Militanz die anderen Aktionen kaputt machte, sondern deren große Wahrnehmung erst herbeiführte.

Daher sei die mediale Hetze im zeitlichen Ablauf noch einmal dokumentiert.

Am 2.6.2007 lief die „Groß“-demo in Rostock. Die gesamte Zeit über berichtete der Spiegel-Online-Ticker nur von Krawallmachern, verletzten Polizisten, Messerattacken auf die Polizei und Distanzierungen friedlicher Demonstrant_innen. Das ganze war klar erkennbar als Herbeischreiben des Bösen und führte zu absurden Ablaufbeschreibungen, die sich schon auf den ersten Blick widersprechen:
[20:29] *Die Atmosphäre bei der Abschlusskundgebung in Rostock ist weiter ruhig. Die Polizei ist noch präsent, hält sich aber am Rand der Veranstaltung auf. ...*

[19:44] *Die friedlichen Demonstranten zeigen sich enttäuscht vom Ausgang des Tages. „Wir haben uns so lange vorbereitet, und nun haben ein paar Krawallmacher alles kaputt gemacht“, sagt eine ältere Frau mit Tränen in den Augen.*
[19:40] *Vor der Bühne, auf der kurz zuvor noch bekannte Bands wie „Wir sind Helden“ und „Juli“ gespielt haben, stehen Wasserwerfer und Räumfahrzeuge.*

Höhepunkt war die Formulierung um 23 Uhr: *Autonome verwüsten Rostock. Bilder oder auch nur Informationen von zerstörten Häusern, verwüsteten Straßen u.ä. wurden nicht geliefert.*

Aus der Report-Sendung vom 4.6.2007 zu Positionen bei Attac in Rostock zur Gewaltfrage *Noch sind Attac und die Steinewerfer unter einem Dach, in einem Camp, gehen gemeinsam auf Demos. Doch inzwischen fragt sich Erasmus, ob das bis zum G8-Gipfel so bleiben kann. Späte Einsicht. ... Und: lassen sich die Gewalttäter überhaupt ausschließen? Noch hat Attac keinen Plan. ... Rostock lehrt heute schon: der bunte Protest braucht Zivilcourage. Nicht nur gegen Politiker und Polizei, sondern auch gegen militante Steinewerfer.*

Aus dem Kommentar „Erfolg in kleinen Dosen“ von Uwe Vorkötter, in: FR, 9.6.2007 (S.11) *Bemerkenswert, dass der Schwarze Block der Gewalttäter nur einen Tag lang das Geschehen beherrschen konnte. Danach hat die klare Distanzierung der friedlichen G8-Kritiker gewirkt. Nur so konnte es Attac und Greenpeace, den Veranstaltern des Gegengipfels und dem Netzwerk der Protest-Organisatoren, gelingen, Heiligendamm ihrerseits zu einem Erfolg zu machen.*

- ▶ Zusammenstellung auf Indymedia zur Hetze in Medien beim G8 2007: <http://de.indymedia.org/2007/06/185734.html>
- ▶ Extra-Seite zu Polizeigewalt, Diskurststeuerung und Medienhetze rund um

den G8-Gipfel von Heiligendamm:
[www.projektwerkstatt.de/polizeidoku/
beispiele/heiligendamm.html](http://www.projektwerkstatt.de/polizeidoku/beispiele/heiligendamm.html)

Kann zwischen verschiedenen Formen von Gewalt unterschieden werden?

Anders als viele Anhänger_innen von Gewaltfreiheits- oder Militanzfetisch glauben, unterliegen Sachbeschädigung und Angriffe auf Menschen aus emanzipatorischer Sicht den gleichen Kriterien, nach denen alle Aktionsformen überlegt, geplant, durchgeführt und reflektiert werden sollten. Das reicht von Fragen zur Methodik wie Angemessenheit, inhaltlicher Vermittlung, Zielgenauigkeit und Wirksamkeit über Strategien der Kooperation und Integration in Konzepte vielfältigen Nebeneinanders verschiedener Aktionsformen bis zu Überlegungen hinsichtlich möglicher Folgen durch Repression und politische Reaktionen. Unter diesen Gesichtspunkten gilt für alle Angriffe auf unbelebte oder belebte Materie die gesamte Spannbreite von „völlig daneben“ bis zu „sehr passend“. Ein objektives Urteil gibt es nicht, es gelten stets mehrere den voneinander abweichenden, subjektiven Sichtweisen der konkreten Akteur_innen. Weder Gewalt noch Gewaltfreiheit genießen einen Sonderstatus. Beide lassen sich pauschal und unabhängig von der Situation weder als schlecht noch als gut hinstellen.

Gewalt muss hinsichtlich einiger Aspekte aber besonders intensiv dieser abwägenden, hinterfragenden Betrachtung unterworfen werden. Sie hat nämlich, das liegt in der Natur dieser Aktionsmethode, regelmäßig nicht oder nur schwer wieder rückholbare Folgen. Das ist kein Gegenargument als solches, sondern ein besonderes Signal, Militanz klug zu planen und immer kritisch zu hinterfragen. Die aktuelle Praxis militanter Aktionen erfüllt diesen Anspruch regelmäßig nicht. Das Zerstören von Fensterscheiben, das Abfackeln von Autos oder das Werfen von Steinen dokumentiert eher meist eine beeindruckende Gedankenlosigkeit. Offenbar liegt den meisten gewaltförmigen Aktionen überhaupt keine Planung und keine Vermittlungsidee zugrunde. Sie entsteht vielmehr höchstens aus einer bloßen Laune zur Militanz heraus oder, noch schlimmer, aus einem, aus schlechter Vorbereitung folgenden, spontanen Bedürfnis heraus, die eigene Ohnmacht in Gewalthandlungen zu kompensieren. Gewalt folgt dann eher aus fehlender Strategie politischer Bewegung als aus bewusstem Entschluss und ist dann nicht besser als die für massenhafte Teilnahme gedachten, platten bis bevormundenden Aktionen der Gewaltfreien. Der Reiz gewaltfreier und militanter Aktion entsteht aus ziemlich ähnlichen Quellen.

Wo aber Angriffe auf Material oder Menschen Ergebnis eines Prozesses von Pla-

nung, Abwägung und Aneignung von Handlungskompetenz sind, kann sich Gewalt als adäquates und zielführendes Mittel etablieren. Sie muss es sogar sein, wenn gar keine anderen Mittel zur Verfügung stehen, Untätigkeit aber eine wesentliche Beeinträchtigung der eigenen Handlungsfähigkeit und der erwünschten Wirkung darstellen würde. Sie ist es aber auch, wenn der Gewaltverzicht eine erhebliche Verminderung der erwünschten Wirkung bedeuten würde.

Ein praktisches Beispiel auch hierfür: Im Protest gegen die Agro-Gentechnik haben gewaltfreie Zusammenhänge von 2005 bis 2008 zu großen, symbolisch-praktischen Attacken auf Felder mit gentechnisch veränderten Pflanzen aufgerufen. Gegenüber den Umwelt-NGOs, die sich zum Teil davon lieber distanzieren statt mitzumachen, um am Gesprächstisch mit Mächtigen über politische Rahmenbedingungen (und ihre eigenen Fördergelder) zu verhandeln, war das schon mutig. Doch „Gendreck weg“, das sich aus den klassischen gewaltfreien Zusammenhängen bildete, griff nur Felder an, die Bauern gehörten. Die konnten sich kaum wehren. Als MON810 verboten wurde, beendete „Gendreck weg!“ seine großen Aktionen. Für die hochbewachten Versuchsanlagen deutscher Agro-Gentechnik fehlte ihnen der Mut oder die Angst vor den Kosten war zu hoch. Wahrscheinlich hätten ihre für die jährlichen „Feldbefreiun-

gen“ zusammengetrommelten Bürger_innen eine Aktion, bei der erwartbar eine deutlich massivere Auseinandersetzung mit Bewachungspersonal oder Polizei entstanden wäre, auch nicht mitgemacht. Von den finanziellen Folgen für die zu guten Teilen finanziell potenten Unterstützer_innen einmal abgesehen ...

Wer dann immer wieder die hochgesicherten Felder umgelegt hat oder in anderen Fällen die notwendigerweise gut durchdachten Sabotageakte gegen Symbole oder Infrastruktur von Ausbeutung, Krieg oder Macht zerstörten, ist unbekannt. Es spricht aber einiges dafür, dass es weder die Anhänger_innen der sich nur im Harmlosen aufhaltenden Gewaltfreiheit noch die der blanken und stumpfen Militanz waren. Die Serie der Attacken, die 2012 zum vorläufigen Aus der Agrogentechnik in Deutschland führten, zeigte ein interessantes Stufenkonzept der eingesetzten Gewalt. An den besonders stark gesicherten Standorten kam es in zwei Fällen laut Polizeiprotokollen sogar zum zeitweisen Einsperren des Bewachungspersonals und der Verhinderung von Telefonaten.

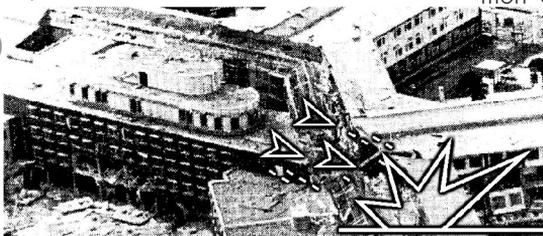
Es ist ein riesiger Unterschied, wie eine militante Gruppe agiert. Dabei kann es sogar die gleiche sein: Wenn eine als „terroristisch“ diffamierte, aber auch selbst ihre Gewalttätigkeit überhöhende Gruppe einen Arbeitsgeberpräsidenten entführt, bereits da aus Desinteresse oder mangels Willen

zu besserer Planung schnell mal ein paar Menschen als Kollateralschaden abknallt, um schließlich auch nichts Besseres zu wissen, als das Entführungsoffer zu erschießen (wobei die stärkere Trauer um den erst am Ende Erschossenen gegenüber den weiteren Toten die peinliche Neigung zur Verehrung deutsch-nationaler bis faschistischer Männer zeigt), dann ist das aus emanzipatorischer Sicht nicht hinnehmbar. Wenn sie aber als bewaffnetes Kommando (sorgsam im Vergleich zu den Kollaterelopfern vorhergehender Anschläge) zunächst einen Gefängnisbau durchkämmt, alle Menschen heraus treibt und dann, verbunden mit intensiver inhaltlicher Kritik, den Bau in die Luft sprengt, kann die Bewertung anders ausfallen. Es ist aus der prinzipiellen Befürwortung von Meinungsvielfalt und Streitkultur weiterhin zulässig, beide Aktionen abzulehnen oder gut zu finden. Aber zwischen diesen keinen Unterschied zu sehen, würde eine bemerkenswerte Betriebsblindheit zeigen. Gewalt kann, wie jede andere Aktionsform auch, schlau oder stumpf sein.

Das Nicht-Argument der Spielregeln

Angriffe auf Material oder Menschen sind, wenn sie mit emanzipatorischen Zielen erfolgen, so gut wie immer Verstöße gegen geltende Gesetze. Das Gesetz legitimiert neben dem auf seltene, meist persönliche Betroffenheitsfälle begrenzten Notwehr- und Notstandsrecht ausschließlich Gewalt von oben, also durch Vollstecker_innen der sich offiziell aus der bestehenden Herrschaft ableitenden Gewalt. Diese fußt auf dem sogenannten Gewaltmonopol, welches festlegt, dass die im offiziellen System verankerten Institutionen zusätzlich zu ihren sonstigen Privilegien auch direkte Gewalt ausüben dürfen – und nur sie. Die ohnehin vorhandene Überlegenheit entspringt dem Zugriff auf fast unendliche personelle, materielle und finanzielle Ressourcen, dem dominanten Einfluss auf Diskurse und der Vereinnahmung als Sprecher_innen des konstruierten Gemeinwillens. Zudem setzen sie die Regeln. Gesetze, Normen, Verordnungen, Auflagen und Anweisungen stammen also aus der Feder derer, die auch über das Macht- und Gewaltmonopol verfügen. Zwar bilden diese Eliten angesichts ihrer Größe und Einbettung in die Gesellschaft zumindest in den modernen Demokratien keine Einheit, sondern sind von internen Konkurrenzen durchzogen. Dennoch bleibt festzustellen, dass

50



die Regeln der Gewalt von denen gesetzt werden, die den Ausführenden der Gewalt die Befehle erteilen. Das Recht ist das Recht der Stärkeren.

Daraus ergibt sich, dass die bestehenden Regeln aus emanzipatorischer Sicht, die ja die Befreiung aus der Fremdbestimmung will, keinen Eigenwert haben. Dass sie dennoch in einer Aktionsstrategie bedacht werden müssen, folgt dem Argument des abwägenden Vorgehens, in das auch mögliche Reaktionen der Machthaber_innen und Repression einfließen. Darüber hinaus können sie aber keine Bedeutung haben. Es wäre also angemessen, wenn in autonomen oder Ungehorsams-Konzepten die Selbstbestimmung bei der Wahl der Aktionsform über den rechtlichen Rahmen gestellt wird.

Perspektiven

Im Folgenden soll es um die Perspektiven gehen, die aus der Sackgasse herausführen, die mit dem Hegemonialanspruch der Gewaltfrage verbunden ist. Denn wer bestimmte Verhaltensnormierungen durchsetzen will, will Macht über die Menschen ausüben. Wenn der Staat dazu aufruft, auf Gewalt zu verzichten, dann wissen seine Vollstrecker_innen, dass sie selbst darauf nicht verzichten. Das zeigt bereits die Propaganda: Der Staat predigt Gewaltfreiheit

Aus Jutta Ditfurth/Rose Glaser (1987): „Die tägliche legale Verseuchung unserer Flüsse und wie wir uns dagegen wehren können“, Rasch und Röhring in Hamburg (S. 283 f.)
Ein Staat neigt dazu, immer mehr Macht anzuhäufen und einen immer größeren Gewaltapparat zu schaffen, um seine Herrschaft abzuschern. Das Gewaltmonopol des Staates zu akzeptieren heißt, ein Monopol der Gewalt zu akzeptieren, und bedeutet den Verzicht auf Widerstand, der mehr sein kann, als Protestbriefe zu schreiben oder mal was anderes zu wählen. Staatliche (Entscheidungs-)Gewalt zu dezentralisieren, an die Menschen zurückzugeben, heißt nicht, das Chaos ausbrechen zu lassen, sondern die ökologische Zerstörung und die soziale Verelendung um uns herum Schritt für Schritt zu beenden.



und feiert Bombenattentäter, weil und auch nur wenn sie der Nation dienen – ob in Afghanistan oder zum 20. Juli 1944. Gewaltfreiheitsdogma heißt hier schlicht Herrschaftssicherung.

In politischen Bewegungen ist die Debatte um Gewalt fast immer mit Hegemonialkämpfen verbunden. Es geht um die Dominanz über die Köpfe, die Medien und die praktische Organisation von Protest.

Aus „Das Selbstbewusstsein der Gewaltfreien“, in: Neues Deutschland (25.7.2008)
Seit den erfolgreichen Sitzblockaden von Heiligendamm sieht sich die Gewaltfreienszene im Aufwind. Immerhin kann sie darauf verweisen, dass die »Fünf-Finger-Taktik«, mit der man die Polizeiketten durchbrechen kann, ohne auch nur einen Stein geworfen zu haben, auf ihrem Mist gewachsen ist. Jochen Stay, einer der Köpfe der Gewaltfreien, ist optimistisch, dass

das Konzept nun auch Spektren überzeugt hat, die bislang eher auf Militanz gesetzt haben. Das »Drängeln und Schubsen«, das vorher als Aktionskonsens ausgehandelt wurde, habe praktisch nicht stattgefunden. »Es kann gut sein, dass ›Block G8‹ aus einer ganzen Reihe ›Postautonomer‹ nun zumindest ›Prägewaltfreie‹ gemacht hat«, frohlockte der langjährige Sprecher von »X-tausendmal quer« in der Zeitschrift »Graswurzelrevolution«.

Vorschläge und Positionen



52 Gewalt wird fast überall schlecht geredet – auch und gerade in politischen Gruppen. Das ist einer der Gründe, warum Gewalt als negativ gilt. Gründe brauchen nie genannt zu werden. Es ist ein Dogma. Auf Aussagen wie „Keine Gewalt“ oder „Ich distanziere mich von Gewalt“ folgt regelmäßig nicht die Frage nach „Warum?“. Der Staat und die herrschenden Eliten haben dabei ein durchschaubares Interesse: Sie lehnen Gewalt nämlich nur bei denen ab, über die sie herrschen (wollen), sind aber selbst Inhaber_innen des Gewaltmonopols. Um ihre Interessen durchzusetzen, prügeln sie sich regelmäßig mittels ihrer uniformierten Truppen den Weg frei, stecken Menschen in Gefängnisse oder Psychiatrien, schieben sie ab oder zerfetzen sie mittels demokratisch legitimierter Kugeln, Gran-

aten und Bomben. Wer so agiert, redet der Gewaltlosigkeit das Wort, um unangefochten zu sein.

Politische Gruppen hingegen, die Gesellschaft verändern wollen und nicht zu den Eliten zählen, verteufeln die Gewalt, ohne dass richtig klar ist, warum das geschieht. Ein offensichtlicher Grund ist der Versuch, sich an herrschende Klassen anzubiedern, indem mensch ihnen signalisiert, dass deren Gewaltmonopol nicht angetastet wird. Das ist oft lukrativ und wird mit einem Plus an Spenden, Förderungen und medialer Aufmerksamkeit entlohnt. Doch in der Sache bringt es nichts. Stattdessen macht es berechenbar und schränkt Handlungsoptionen ein. Es ist auch historisch unsinnig, der Gewalt abzuschwören. Ob Georg Elser oder Beate Klarsfeld – es gibt selbst

im protestschwachen Deutschland Beispiele brillanter und wichtiger Gewalt gegen Menschen.

Dass die Gewalt hierzulande ein so schlechtes Image hat, liegt nicht nur an staatlichen, wirtschaftlichen und medialen Eliten. Die politische Bewegung im deutschsprachigen Raum trägt eine erhebliche Mitschuld. Sie ist vor allem eine Sache bürgerlicher Kreise und steht unter der Führung von Apparaten in NGOs, Parteien und Bewegungsagenturen. Das schafft eine negative Rückkopplung. Vielen in bürgerlichen Kreisen fehlen Zeit, Lust und Impuls für eine selbstorganisierte Widerstandskultur. Aber sie haben das Geld, um über ihre gigantischen Spendenflüsse die Apparate zu finanzieren, die ihnen Instanztaktionen von der „Fertig-Mail“ über „Aktivisten-Kits“ bis zur Mitlauf-Demo mit Laola-Wellen anbieten. Hinzu kommen staatliche Förderungen. Bei Radikalität, so vermuten die Leitungsgremien, könnten diese Quellen gefährdet werden.

Möglicherweise liegt die weit verbreitete, dogmatische Abneigung gegen Gewalt (statt einer differenzierten – und fast immer notwendigen! – Kritik konkreter Anwendungen) auch daran, dass in Deutschland und in ganz Mitteleuropa nie eine Revolution gelungen ist. Es gibt gar keine Tradition der Auflehnung, keine positiven Bezugsgrößen. So schauen linke Gruppen, Anar-

chist_innen oder liberal gesinnte Bürger_innen regelmäßig mit glasigen Augen den Aufständen in fernen Ländern zu. Vietnam, Kuba, Südafrika, Chiapas, zuletzt im arabischen Raum. Immer waren es Mischungen aus militanten und gewaltfreien Aktionsformen. Niemand konnte sich vorstellen, dass so etwas mal im eigenen Land passieren könnte. Aber die Menschen in Tunesien, Ägypten, Libyen und anderen Ländern, die bis kurz vorher noch als im üblichen europäischen Überlegenheitsdenken als unterentwickelte, weil fundamentalistisch islamische Welt angesehen wurden – die machten es plötzlich. Die von europäischen Regierungen gestützten Führer ließen ihr „Volk“ niederschließen – wahrscheinlich mit Waffen und Munition aus Deutschland und anderen Demokratien, zudem ausgebildet von Polizeiführer_innen gleicher Herkunft. Als die Sache kippte, stopften die – ach so gewaltfreien – Regierungen der NATO-Länder die Oppositionsführungen voller Waffen – aber nur, wenn diese selbst Eliten entstammten und wieder geordnete Hierarchien aufbauen wollten. Mitunter schossen sie sogar selbst, um zu erreichen, dass auch die nächste Diktatur oder Demokratie ihnen zugewandt war.



Für qualitativ hochwertige und passende Aktionen statt freiwilliger Selbstbeschränkung

Das Ergebnis einer emanzipatorischen Betrachtung lautet: Weder Gewalt noch Gewaltfreiheit sind per se gut oder schlecht. Sondern es kommt darauf an, die eigenen Aktionsformen frei und passend zur Situation, zu den Zielen und zu den eigenen Bedürfnissen zu wählen. Statt ständiger Distanzierung von Gewalt wäre eher eine Debatte um deren Qualitäten und die mitunter wichtige Bedeutung in der Geschichtsschreibung hervorzuheben. Sowohl hinsichtlich militanter wie auch gewaltfreier Aktionsmethoden geht es um die Aneignung emanzipatorischer und einfach kluger Formen ohne prinzipielle Ausschlüsse.

Die Option der Militanz gehört dazu – unberechenbar nach außen, aber immer überlegt und hinterfragt eingesetzt von den Akteur_innen. Ob sie gezückt wird, hängt von der Situation, den Zielen und den Bedürfnissen der Beteiligten ab.

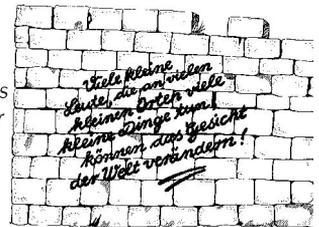
Aus: Christoph Spehr, „Die Aliens sind unter uns“ (S. 184)

54 Wer nicht in der Lage ist, der anderen Seite weh zu tun, hat nichts Nennenswertes zu erwarten: dieser simplen Regel sind auf ihre Art alle Sektionen des Maquis gefolgt. Sie haben sich nicht ins Ghetto der „Gewaltlosigkeit“ einsperren lassen und sich darum bemüht, Fakten zu schaffen. Gewalt kann vielerlei bedeuten, vom

Befreiungskrieg bis zum Streik, vom verbalen Angriff bis zum Outing, von der Enteignung bis zur Verweigerung reproduktiver Leistungen. ... Fanon betont, daß die Gegenmacht über den Aspekt der Durchsetzung hinausgeht, daß die Anwendung von Gewalt (welcher Art auch immer) eine Form der Selbstheilung ist, ein Bruch mit der eigenen Opfer-Identität, ein notwendiger Schritt, der eigenen beschädigten Identität die Erfahrung, sich wehren und ausbrechen zu können, zurückzugeben.

Aus Jochen Schilk, „New rAge“, in: Oya Nov. 2012 (S. 16f.)

Ob es klug ist, bei der nicht minder schweren Aufgabe, das derzeit wütende Wirtschaftsmonster zu stoppen, prinzipiell jede Form von Selbstverteidigungsgewalt auszuschließen, möchte ich hier jedoch ausdrücklich bezweifeln. Meine bis dato kaum reflektierten pazifistischen Überzeugungen sind durch Jensens zweibändiges Buch „Endgam/Das Öko-Manifest“, jedenfalls gehörig ins Wanken geraten. Ich kann nach der Lektüre nicht mehr daran glauben, dass die vom System erlaubten demokratischen Aktionsspielräume zu einer Überwindung des Alten können, geschweige denn zu erfolgreichem Widerstand gegen die Zerstörungsmaschine, die heute einen großen Teil des Lebens auf der Erde bedroht.



Für eine Protestkultur emanzipatorischer Vielfalt&deren Aneignung

Wirksame Aktionsstrategien sind oft Mangelware – zumal wirksam ein relativer Begriff ist, d.h. er hängt von der diskutierten Zielsetzung ab. Dummer- und unverständlicherweise ist aber selbst diese oft ziemlich unklar. Eine entsprechende Analyse der Qualität von Aktionsformen im Nachgang einer Handlung fällt dann schwer oder unterbleibt einfach. Dieser Mangel politischer Bewegung muss überwunden, d.h. über Aktionsformen und -strategien künftig mehr und intensiver diskutiert werden. Das ist wichtig für alle folgenden Aktionen. Protest ist Prozess, Selbstentfaltung und Entwicklung von Handlungsmöglichkeiten. Streit und Kritik dienen dabei der Verbesserung von Inhalt und Strategie, nicht der Ausgrenzung.

Die meisten der in jüngster Zeit gelaufenen Aktionen und Kampagnen zeigen ein enormes Defizit politischer Strategie. Es gilt, die eigenen Aktivitäten wieder intensiver zu hinterfragen und weiter zu entwickeln. Besonderes Ziel wird sein, vielfältige Aktionsansätze zu schaffen, d.h. das Mit- und Nebeneinander verschiedener Aktionsformen, darunter auch gewaltfreier und militanter. Sie sind nicht die einzigen Unterschiede, deren Mosaik das unberechenbare, vermittlungreiche Ganze ergibt. Es wird noch vieles entworfen und ausprobiert werden müssen, damit sich Unterschied-

lichkeit zu einer Stärke entwickelt, sich die einzelnen Aktionen gegenseitig stärken, unterstützen und insgesamt wirkungsvolle, vielfältige Strategien hervorbringen. Ein Nebeneinander von Militanz und gewaltfreier Aktion ist möglich und fördert die öffentliche Debatte – das beweisen die Castor-Auseinandersetzungen, die seit Jahren die große Ausnahme bilden, weil sie mit ihrem Streckenkonzept die Eigenarten verschiedener Strömungen nicht nur zugelassen sind, sondern sich auf mannigfaltige Art aufeinander beziehen und unterstützen. Das bedeutet, von den durchorganisierten Zentralveranstaltungen zu einer Kooperation der vielen handlungsfähigen Teile zu kommen – Bürger_innen-Initiativen, Basisgruppen, revolutionäre Zellen, was auch immer.

Reinhard Jessel, „Über Gewalt“ in: Junge Welt, 7.2.2009 (S. 7)

Warum sich auf Rechte berufen, die nutzlos sind, oder die man sich nicht leisten kann? Politische Phantomrechte in Anspruch zu nehmen, wie z.B. sich als Stimmvieh von einer Horde größtensinniger Staubsaugervertreter verarschen zu lassen oder demonstrierend am Demokratiefasching teilzunehmen und sich damit zu begnügen, zeugt unserer Meinung nach nicht gerade für einen kritischen Intellekt, der die Mächtigen schlecht schlafen lassen muß. Denn wie bereits Carl von Clausewitz bemerk-

te, besteht in einer kriegerischen Auseinandersetzung ein entscheidender Vorteil darin, sich das Schlachtfeld selbst auszusuchen, und damit dem Gegner die Bedingungen seiner Reaktionen aufzuzwingen.

Statt aufwendige Show-Veranstaltungen wie in Heiligendamm zu besuchen, wo Sitzblockaden aus den bürgerbewegten 80er Jahren nachgestellt werden, die anscheinend den Zweck erfüllen, einerseits Polizeieinheiten ein Gratistraining für den Bürgerkrieg zu spendieren, den wir in 20 Jahren haben werden, wenn sich nichts ändert, andererseits den Protestierern eine Stärke vorzugaukeln, die sie freilich gar nicht haben, sollte man sich eher wieder darauf konzentrieren, gezielte Aktionen an neuralgischen Punkten durchzuführen, für die es wiederum keine hunderttausend Demonstranten braucht, sondern ein paar glückliche gut Organisierte.

Sich auf Strategien festlegen, ohne die Situation zu kennen, ist nicht nur unsinnig, sondern wird von Hegemonialinteressen einzelner Strömungen geprägt. Sie wollen, dass alle nach ihren Vorstellungen ticken. Wer solche Hierarchien nicht will, muss schon deshalb andere Fragen stellen: Nicht die nach der Gewalt als solcher, sondern um deren Qualität. Damit gilt für die Gewaltfrage nichts anderes als für andere strategischen Fragen und alle Protestformen: Für jede Aktion und jedes politische Ziel, passend zu den Rahmenbedingungen und den aktionstragenden Gruppen, muss neu diskutiert werden, welche Aktionsformen jeweils sinnvoll sind.

Heinz von Förster/Bernhard Pörksen (8. Auflage 2008), „Wahrheit ist die Erfindung eines Lügners“, Carl Auer Verlag in Wiesbaden (S. 154)

Worauf es ankommt ist, daß ethische Fragen nicht zurückgelehnt im Lehnstuhl besprochen werden können; sie ergeben sich in einer konkreten Situation, sie sind nicht abgehoben und losgelöst debattierbar. Natürlich bin ich auch ein Erkenntnistheoretiker und war Mitglied einer Universität, aber wenn Sie nach einer ethischen Dimension fragen, dann geht es um die Praxis, um Down-to-earth-Probleme und nicht um jene Kategorien und Begriffssysteme, die akademische Clubs und ihre Spezialisten so sehr faszinieren.

Der Frage einer Anwendung von Gewalt bzw. der Akzeptanz auch militanter Vorgehensweisen kommt dabei keine besondere Dominanz zu. Sie ist eine der vielen zu diskutierenden Punkte, wenn es um Aktionsformen geht – neben anderen Fragen wie der nach politischen Grundaussagen (Motto oder der Titel einer Aktion), Zeitpunkt, Ort usw. Im Allgemeinen gehört die Gewaltfrage aber nicht zu den Fragen, bei denen eine Einigung auf eine einengende Strategie nötig ist, weil ohne Probleme verschiedene Stile neben- und miteinander möglich sind. Wie das jeweils erfolgen kann, welchen Abstand (zeitlich und/oder räumlich) sie – wenn nötig – zueinander halten sollten, ist eine Frage strategischer Absprachen innerhalb vielfältiger Aktionskultur. Diese Form der Vielfalt gilt für die Frage der

Militanz genauso wie für viele weitere Fragen, in denen nebeneinander verschiedene Positionen bestehen können. Gruppen können diese Unterschiedlichkeit sogar benennen – wie das z.B. bei Castor-Aktionen auch gemacht wird. Dort gibt es offen dargestellt die Vielfalt mit unterschiedlichen Ansätzen in der Militanzfrage: Gruppen wie X-tausendmal quer mit ihrer dogmatischen Gewaltlosigkeit neben aggressiv-militanten Gruppen und solchen, die beide Positionen akzeptieren. „Gewaltfrei oder militant – wichtig ist der Widerstand“ ist hier Tradition (wenn auch selbst eine Verkürzung auf diese Frage). Vielfalt gibt es im Castorprotest auch bei anderen Fragen, z.B. bei den Zielen. Die einen beschränken ihre Aussage auf den Castortransport, andere wollen eine komplett andere Welt.

Unkalkulierbar werden und bleiben

Ein wichtiges Ziel emanzipatorischer Aktionsformen ist kreative Unberechenbarkeit. Flexibilität und die Fähigkeit, Aktionsstrategien jederzeit variieren, ergänzen und weiterentwickeln zu können, sind wichtig. Dogmatische Selbstbeschränkungen, vor allem die nach außen benannten, machen es dem mit Gewaltmonopol ausgestatteten Staat, aber auch politischen Gegner_innen leichter, mit den Aktionen umzugehen. An den Strategien der Polizei ist das längst

sichtbar. Diese haben Massendemonstrationseinsätze geübt und drängen deshalb Veranstalter_innen zu geschlossenerem Auftreten (siehe G8-Proteste 1999 in Köln oder das Drängen der Polizei, spontane Aktionsformen wie RTS oder Critical Mass als geordnete Demonstrationen anzumelden). Statt solchen Wünschen nachzukommen, hätten neue und kreative Aktionen entwickelt werden müssen, um die auf Konformität eingestellte Polizei zu überfordern. Die Polizei würde nach einiger Zeit wieder reagieren, d.h. Aktionsformen müssen ständig weiterentwickelt werden. Dafür bedarf es einer Aktions- und Streitkultur, die Abweichung fördert. Denn aus Kreativität und Unzufriedenheit mit dem Status Quo erwächst das Neue. Hierarchien und Vereinheitlichung stehen dem ebenso im Wege wie deren Repräsentant_innen. Leider läuft der Mainstream politischer Bewegung im deutschsprachigen Raum in eine andere Richtung. Sie ist durchzogen vom Festhalten an alten Verhaltensmustern, weil diese den jeweiligen Eliten ihren Status bzw. ihr Einkommen sichern. Modernisierungen wie das Aufkommen der hauptamtlich geführten Bewegungsagenturen (AVAAZ, Campact usw.) verschlimmern die Lage. Protest wird als Instantangebot organisiert. Politisches Engagement ähnelt dem Einkaufen: Zahlen – Konsumieren. Das gilt teilweise selbst im anarchistischen Lager, wo Platzhirsche (dominante Personen mit Hang zur

Pfründe- und Einflussphärensicherung) neuen Ideen mit Ausgrenzung, Diffamierungen und anderen schmutzigen Tricks statt offener Debatte entgegenzutreten. Ergebnis ist die aktuelle Phantasie- und Inhaltslosigkeit, die zu ein-punkt-bezogenem Aktionismus oder zur Anbiederung an Machtstrukturen (NGOs, Bewegungsagenturen, interne Hierarchien) führt.

Modelle für eine organisierte Vielfalt eigenständiger, kreativer Aktion statt geschlossener Einheiten sind selten – aber es gibt sie:

► Nachdem 1999 in Köln 30.000 Menschen in einer langweiligen Demo fast unbemerkt durch die Stadt latschten, entwickelte eine Gruppe den Slogan 1000 mal 30 statt 1 mal 30000. Idee war, Aktionen mehr auf Vielfalt und Selbstorganisation aufzubauen statt auf Masse und Geschlossenheit. Die Idee fand in der deutschen sozialen Bewegung allerdings kaum Widerhall. Dort herrschte von radikalen bis angepassten Strömungen Einigkeit: Hierarchie, Zentralismus und Einheitlichkeit sind gut. Nur um die Posten der Führung wird gestritten.

► Deutlich spannender verlief es im gleichen Jahr in Seattle. Dort konnte ein großes Welthandelstreffen sogar verhindert werden, indem in der ganzen Stadt unabhängige Gruppen in vielen

Netzwerken und auf unterschiedliche Art und Weise Kreuzungen, Zufahrten und Tagungsgebäude lahm legten. „The Battle of Seattle“ ist seitdem ein Synonym für erfolgreiche Blockadestrategien.

► In Rostock zum G8-Gipfel 2007 agierten ca. 80000 Menschen, meist jedoch als Einheit. 4000 Aktionsgruppen mit je 20 Personen hätten ein interessantes Bild abgegeben. In Seattle beruhte die Wirkung besonders auf dieser vernetzten Selbstorganisation. Ob eine Kleingruppe militant agierte oder nicht, war dort ein Nebenaspekt. Rostock war anders, ganz anders. Dabei hatte es im Vorfeld einige kleine selbstorganisierte Aktionen gegeben: Ein leerstehendes Hochhaus wurde bemalt, die Gentechnikfabrik in Lüsewitz tagelang attackiert, die Siegestsäule erklommen, manch Brandsatz gezündet. Doch als die Masse sich formte, verschwand die Vielfalt weitgehend. Die Apparate hatten das Sagen. Die Masse folgte willig und offensichtlich froh, nicht selbst über Aktionsformen und -inhalte nachdenken zu müssen.

Klare Positionen benennen

Aktionen sollten klare Positionen benennen – am besten radikale. Wann, wenn nicht bei öffentlichen Aktionen, könnten die „rei-

nen“, also von politisch-taktischen Überlegungen freien Forderungen formuliert werden? Neben dem speziellen Anlass oder Motto einer Aktion können allgemeinerpolitische Positionen eingebunden werden und Grundlage von Bündnisbildung sein. Beispiele:

- ▶ Eine Aktion gegen einen Abschiebeknast verbunden mit der Forderung eines Abschiebestopps oder offenen Grenzen insgesamt.
- ▶ Die Aktion gegen den Castor-Transport verbunden mit der Forderung nach Atomausstieg, Energiewende oder Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln.

- ▶ Proteste gegen die Agrogentechnik, im Rahmen derer auch für Ernährungssouveränität, Land und Freiheit gestritten wird. Usw.

Solch weitergehende Zielrichtungen gefährden das klare Profil einer Aktion nicht. Im Gegenteil: Die Vision einer besseren Welt tritt neben die Detailforderung und übt eine zusätzliche Anziehungskraft aus, mit der die eigenen Positionen vermittelt werden können. Zudem erleichtert es den Zugang zu anderen Gruppen und Organisationen, die die Detailforderung sonst für sich nicht interessant genug finden würden. Der Mut zu klaren Positionen ist unabdingbare Grundlage politischer Wirkungsfähigkeit. Auch bei den Inhalten und Forderungen ist organisierte Vielfalt möglich. Abweichungen befeuern den produktiven Streit.

kabrack!

archiv

...für das ende der gemütlichkeit







Gewalt

Spannende Fragen ... oder nur identitäre Phrasen? Ein kritischer Blick auf Militanz und Gewaltfreiheit

Autor: Jörg Bergstedt
Erschienen 2014 im SeitenHieb-Verlag, Reiskirchen.
www.seitenhieb.info ++ ISBN 978-3-86747-061-2

zeitungen
★ bücher
★

★ videos
★ papierkram

kabrack! aktions- und ideenarchiv für
 politische bewegung, projektwerkstatt,
 ludwigstr. 11 35447 reiskirchen-saasen.
 tel: 06404 303283, www.projektwerkstatt.de/kabrack

Fazit: Mehr Hirn!

Gewalt muss angemessen, kommunikativ und zielgenau sein

Welche Gewalt ist wann angemessen? Wie jede politische Position oder Aktionsform muss auch jede militante Protestform diskutiert und strategisch vorbereitet werden. Ebenso kann jede gute oder schlechte Erfahrung im Nachhinein der kritischen Analyse dienen, um Strategien weiterzuentwickeln. Dazu gehört, dass verschiedene Vorschläge abgewogen werden – gewaltfreie, militante, einfach alle! Sowohl die Kritik an gewaltfreien Positionen, Strategien oder Dominanzen kann voranbringen als auch die an militanten Konzepten und Verhaltensweisen. In allen Fällen kann auch gefordert werden, dass bestimmte Strategien, Positionen oder politische Zielaussagen insgesamt oder innerhalb eines Bündnisses für alle gelten sollen. Aber das wird für den Einzelfall zu begründen sein und darf nicht, weil einmal beschlossen, Ausgangspunkt der nächsten Debatte werden. Denn das Tradierte hat immer Vorteile bei der Durchsetzung. Wenn die Trickkiste der Konsensfetischist_innen greift, wäre eine Veränderung sogar nur möglich, wenn niemand ein Veto einlegt – welch Privileg derer, die das Bestehende erhalten wollen, weil es ihnen nützt.

Das gilt auch für die Gewaltfreiheit – aber auch für Militanz. Wer einfordert, eine Ak-

tion müsse insgesamt militant ablaufen, muss das aus Lage, Strategien, Möglichkeiten und Zielen heraus begründen. So gilt es für alle. Immer wird erst die Frage nach der Angemessenheit zu stellen sein: Welche Form ist wann richtig? Ist es überhaupt nötig, dass Entscheidungen für alle gelten?

Der grundsätzliche Verzicht auf Gewalt engt die Aktionsmöglichkeiten stark ein. Widerstand wäre einigen Optionen beraubt und besser kalkulierbar für die Staatsmacht, deren Anwesenheit jede Aktion potentiell gewalttätig macht, weil sich der Staat nicht auf den Gewaltverzicht einlässt. Für einige Fragestellungen und Situationen könnten gar keine Aktionsformen mehr übrigbleiben, wenn auf Gewalt gänzlich verzichtet wird. Das muss in jeder Situation neu geprüft werden. Es sind bereits genügend Beispiele für Gewalt gegen Menschen beschrieben worden, die überlegt und passend zur Situation wirkten. Wer nicht sagt: „Georg Elser, Beate Klarsfeld – das war falsch“, kann auch keinen dogmatischen Gewaltfreiheitsansatz vertreten.

Zur Erinnerung:

- Georg Elser, lange vergessener Attentäter: Er höhlte einen Pfeiler im Münchener Hofbräuhaus aus, um Hitler per Bombe zu töten. Das Attentat ging schief. Elser wurde im KZ hingerichtet. Er handelte vor Beginn des zweiten

Weltkrieges – und geriet in Vergessenheit. Abgefeiert wurden hingegen die Mächtigen-Deutschlandretter um den Faschisten Stauffenberg, die erst handelten, als der Krieg verloren war. Bis dahin unterstützten die meisten von ihnen Hitler, Angriffskriege, Vernichtungsfeldzüge und Deportationen. Das gefällt in Deutschland und wird jeden 20. Juli abgefeiert. Elser dagegen war lange vergessen. Aber seine Tat: Wer wollte die kritisieren?

- ▶ Beate Klarsfeld: Lange Zeit versuchte sie, mit klassischen Mitteln die Nazi-Vergangenheit des deutschen Bundeskanzlers Kiesinger zu thematisieren. Briefe an alle Bundestagsabgeordneten, Presstexte – keine Chance. Dann schlug sie zu: Am 3.11.1968 verpasste sie Kurt Kiesinger eine Ohrfeige – und erreichte ihr Ziel, dass die Nazi-geschichte endlich thematisiert wurde. Wer will diese Handlung in Frage stellen?

Und als weiteres Beispiel:

- ▶ Als Marathonläuferin Kathrine Switzer im Jahr 1967 mit abgekürztem Vornamen an einem Marathon in Boston teilnahm, fiel zunächst nicht auf, dass eine Frau mitlief, was in der damaligen patriarchalen Gesellschaft verboten war. Sie postulierte eine Gefahr, dass die Gebärmutter beim Laufen herausfallen

könnte und verbot Frauen den Langlauf. Als Switzer entdeckt und von Medien sensationsgeil fotografiert wurde, stürzten sich die Veranstalter auf sie und versuchten sie, aus dem Rennen zu zerren. Mitlaufende Männer gaben ihnen auf die Nuss. Switzer wurde zwar als Reaktion aus der Amateur Athletic Union ausgeschlossen, aber der Vorgang machte das Ganze berühmt und trug zum Ende der krassen Diskriminierung in diesem Bereich bei.

Vergleichen wir die Handlung von Beate Klarsfeld einmal mit der von Rosa Parks. Letztere ist (auch das wissen viele, die sich auf Gewaltfreiheit beziehen, gar nicht), eine der wichtigsten Aushängeschilder gewaltfreier Aktion. Sie hatte sich geweigert, in Zeiten der Apartheid in den USA einen der für Schwarze vorgesehenen Plätze im Bus einzunehmen. Ihre Weigerung und die Reaktionen lösten die überregional wirkungsvollen Proteste der schwarzen Bürgerrechtsbewegung (mit) aus. Die Courage von Rosa Parks gilt heute als Sternstunde gewaltfreier Aktion. Ob sie das allerdings wirklich war, lässt sich im Nachhinein nicht beurteilen. Denn als Werbung für den Gewaltfreiheitsdogmatismus würde sie nur taugen, wenn sie aus solcher Ideologie, also einer Bekenntnis-Gewaltfreiheit erfolgt wäre. Hätte Rosa Parks (vielleicht auch zusammen mit anderen) aber ihre Aktionsform überlegt und als ausreichend provoka-

tiv bewertet, so wäre das konkrete Handeln einfach die angemessene Entscheidung gewesen, die von einer Person in der konkreten Situation als sinnvoll eingestuft worden wäre – so wie Beate Klarsfeld ihre Ohrfeige als angemessen bewertet und Kiesinger eine runtergehauen hatte (was ihr erstinstanzlich ein Jahr Haft einbrachte – soviel dem deutschen Richter eine symbolische Geste gegen Nazi-Täter wert!). Wenn beide Handlungen, die von Rosa Parks und die von Beate Klarsfeld, die in der jeweiligen Situation und für die ausgewählten Ziele angemessenen Formen waren, dann haben beide eine hohe Qualität. Doch die dogmatische Gewaltfreiheit würde sie zwei scheinbar diametral gegenüberstehenden Kategorien zuordnen. Das ist, weil es das menschliche Denken in feste Schubladen eines situations- und menschenunabhängigen „Richtig“ und „Falsch“ presst, anti-emanzipatorisch. Denn es hat nicht den Menschen und seine Entfaltung im Blick, sondern eine starre Regel.

Die Alternative wäre die Aneignung von Knowhow, Entscheidungskompetenz, das Analysieren von Situationen und – nach einer Handlung – die kritische Reflexion, um uns in jedem Einzelfall für die angemessene, d.h. vom Grad der Intervention, von Außenwirkung und Vermittlung her passende Aktion zu entscheiden. Wenn wir es dann noch hinbekommen, repressive Folgen mit kreativen Mitteln zu vermeiden,

ohne unsere Ansprüche an die Aktion aufzugeben – umso besser. Aus emanzipatorischem Blickwinkel ist immer der Mensch selbst Akteur_in und Entscheider_in – aber mit analytischem Interesse, d.h. abwägend, hinterfragend und kreativ.

Aus dem Kommentar „Autonomer Krawall“, in: Junge Welt, 3.7.2007 (S. 3)

Es gab in der Vergangenheit immer wieder politisch und strategisch kluge Aktionen von autonomen Aktivistinnen und Aktivisten. Selbstbestimmt, daher der Begriff. Rostock zählt wohl nicht dazu. Eine Bundestagsabgeordnete stellte bei einer nachbereitenden Anhörung die Frage, was denn gewesen wäre, wenn Autonome die Spähpanzer der Bundeswehr angegriffen hätten. Gute Frage!

Leider, aber auch erwartungsgemäß, griffen die Autonomen und andere Beteiligte solche Ziele nicht an. Ihre Militanz war und ist fast immer nur eines: Niveaulos.

Gewaltfreiheit auch

Überlegt und reflektiert vorzugehen, gilt aber nicht nur für militante Aktionen, wenn es auch dort eine besondere Wichtigkeit hat angesichts möglicher Folgen. Gewaltfreie Aktionen wirken ebenso oft schematisch, auf bloße Massenmobilisierung und nette Sonntagsausflüge ausgerichtet. Event und Happening stehen im Mittelpunkt. Angesprochen davon fühlen sich vor allem bürgerliche Kreise, deren Leben auch an-

sonsten zu einer weitgehenden Routine mit überdurchschnittlichem Verdienst, Eigenheim, Erst- und Zweitauto sowie regelmäßigem Einkauf im Bioladen verkommen ist. Es ist wichtig, dass in diesen Kreisen wieder eigene Handlungsfähigkeit entwickelt wird. Denn emanzipatorische Veränderung ist keine Sache von Events mit bunten Einladungskarten oder Massenmails, sondern Handarbeit jederzeit und überall. Je größer der Fundus angeeigneter Fähigkeiten ist, desto besser lassen sich in den konkreten Situationen Anwendungschancen nutzen. Was jeweils passt, muss nach konkreter Lage ausgewählt werden. Wer aber regelmäßig an große NGOs spendet, 1-2x im Jahr an vorgekauften Events teilnimmt und schließlich noch eine vorgedachte Protest-Email an die Bundeskanzlerin schickt, lebt alles andere als widerständig. Solch ein Protest ist perfekt eingepasst in die Normalität der Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft. Emanzipatorische Protestkultur lebt im Alltag und von selbstorganisierten Gruppen der Menschen, ihren Ideen und Kooperationen. Sie zehren aus dem Wissen um Handlungsmöglichkeiten, um möglichst selten ohnmächtig oder ideenlos weggucken zu müssen.

In Bezug auf den Anteil der Gewalt an solcher Handlungsfähigkeit empfiehlt es sich dann, Mahatma Gandhi endlich einmal zu lesen. Dann würde klarer, welche Rolle diese Legende der Gewaltfreien gewaltför-

migen Handlungen tatsächlich zugebilligt hat. Er war erkennbar ein Gegner der Gewalt und suchte – bekannterweise recht erfolgreich – Aktionsformen, die ohne Gewalt funktionierten. Aber er war nicht so ideologisch verblendet wie die meisten der heutigen Prophet_innen oder Anhänger_innen dogmatischer Gewaltfreiheit, dass sein Wunsch immer in Erfüllung gehen würde. Daher räumte er in seinen Überlegungen der Gewalt einen Platz ein: Wenn es gewaltsame Lösungen gäbe und keine anderen, dann sollte die Gewalt dem Nichtstun vorgezogen werden. Gandhi kam nie an diesen Punkt. Jedenfalls ist nichts Anderes überliefert oder die Geschichte passend gemacht worden. Gandhi wusste, dass es keine Garantie geben konnte. Er hat die Gewalt nicht verteuelt, sondern ihr als Handlungsoption einen Platz auf der Skala der angemessenen Aktionsformen eingeräumt.

Das wäre das Mindeste, was als Update einer emanzipatorischen Gewaltfreiheit nötig wäre: Das Dogma zu verlassen und das eigene Abwägen zuzulassen. Wenn am Ende herauskommt, dass Gewaltfreien immer etwas einfällt, wie in einer konkreten Aktion Widerstand ohne Gewalt möglich ist – umso besser. Sie wären damit Teil einer Nachdenkkultur um Aktionsmöglichkeiten, der die Handlungskompetenz immer weiter vorantreibt. Das wäre ein wichtiger Beitrag zur Emanzipation. **63**

Mahatma Gandhi, zitiert in Gordon, Uri (2010): „Hier und jetzt“, Nautilus in Hamburg (S. 121)

Ist Gewalt in unserem Herzen, ist es besser, Gewalt auszuüben, als sich den Mantel der Gewaltlosigkeit umzuhängen, um unsere Impotenz zu verhüllen. Gewalt ist immer der Impotenz vorzuziehen. Ein gewalttätiger Mensch kann noch gewaltlos werden, für den Impotenten besteht solche Hoffnung nicht.

Clara Wichmann (1889-1922), Feministin (zitiert von Seite der GWR, dort als „gewaltfrei“ genannt, was aber sichtbar nicht stimmt)
Es hat seine tiefe Bedeutung, daß die Gewaltlosigkeit heute für uns alle ein Problem ist, denn dies ist ein Zeichen, daß wenigstens unter vielen Revolutionären das soziale Gewissen in diesem Punkt feinfühlicher geworden ist. ... Sie alle würden ohne Gewalt kämpfen wollen – während für die früheren Menschen – und jetzt noch für die Mehrheit – die Gewalt eine Selbstverständlichkeit war und ist. ... Aber zweierlei (ist ihnen), meine ich, nicht deutlich: 1. Daß es wohl besser sein kann – obgleich nicht immer ist –, Gewalt gegen Unrecht anzuwenden, als gar nichts dagegen zu tun; aber daß es jedenfalls noch viel besser ist, das Unrecht auf eine andere Weise zu überwinden.

2. Daß Gewalt selbst wieder gewalttätige Kräfte weckt.

Deshalb: Aktionsknowhow entwickeln und aneignen

Im Zentrum emanzipatorischer Aktionskultur steht also die Aneignung von Handlungsfähigkeit. Das hilft in alle Richtungen. Es vermeidet Gewalt, weil viele der Angriffe auf Material oder Menschen eine Folge gefühlter Ohnmacht und fehlender Handlungsoptionen sind. Diese folgen aus mangelnder Vorbereitung und/oder fehlendem Knowhow. Viele militante Attacken strahlen eine bemerkenswerte Hilfs- und Orientierungslosigkeit aus. Insofern sind die gewaltfreien Zusammenhänge schlecht beraten, mit ihren Einheitskonzepten und Instantaktionen selbst dazu beizutragen, Menschen unselbständig zu machen. Vor dem Hintergrund ihrer Jagd nach Spender_innen und willigen Mitläufer_innen ist das zwar erklärbar, aber weder ein emanzipatorischer Ansatz noch eine Stärkung der Idee gewaltfreier Aktionen.

Den Militanten könnte die Aneignung von mehr Aktions-Knowhow aber genauso helfen. Denn bessere Wirkung und Effizienz würden deren Aktivität mehr Sinn und auch mehr Befriedigung verleihen. Für alle Protestformen nützlich wäre zudem das Wissen um Vermittlungsmöglichkeiten, von Medienarbeit über Kommunikationsguerilla und verstecktem Theater bis zu Gegenöffentlichkeit z.B. in Form eigener Medien.



Gewaltfreiheit ist legitim – wenn sie eine gleichberechtigte Option unter vielen ist

Der Dominanzanspruch von Gewaltfreiheit ist nicht akzeptabel. Das ändert aber nichts daran, dass gewaltfreie Positionen legitim sind. Gerade im Sinne einer gewollten Vielfalt, d.h. die Autonomie der Gruppen stärkenden Aktionsstrategie müssen gewaltfreie Aktionen nicht nur geduldet, sondern ihnen aktiv Raum geschaffen werden, damit sie in ihrer besonderen Form auch zur Geltung kommen. Aktionen sind also so zu planen, dass Gewaltfreiheit nicht durch militante Aktionen zur gleichen Zeit am gleichen Ort oder in unmittelbarer Nachbarschaft unkenntlich wird. Die Debatte über Sinn und Zweck von Gewaltfreiheit hat nämlich weder einen Anspruch auf Dominanz noch darf sie ignoriert werden. Sie hat den gleichen Anspruch auf Verwirklichung wie alle anderen Aktionsformen. Sie muss sich – wie andere auch – bei der Entscheidungsfindung über konkrete Abläufe und Orte auf die Absprachediskussion mit allen anderen einlassen. Jede Form von Dominanz ist falsch: Sowohl die der Gewaltfreien gegenüber den anderen, die gewaltbereit sind oder die Anwendung von Gewalt akzeptieren, als auch umgekehrt die gegenüber den Gewaltfreien und ihren Aktionsformen. Denn schon von der Mobilisierbarkeit her schafft eine Aktionsstrategie, die verschiedene Aktionsformen zu-

lässt, deutliche Vorteile. Denn dann können sich alle Menschen mit ihren bestimmten Neigungen und Einstellungen bewusst „ihre“ Aktion aussuchen oder selbst eine entwickeln. Das Streckenkonzept im Castor-Widerstand bietet dafür ein positives Beispiel – was nicht heißen soll, dass dessen politisch-inhaltliche Qualität bereits ausreichend ist. Das wäre eine andere Frage.

Gewaltfrei oder militant – wichtig ist die Qualität: Wir brauchen eine Charmeoﬀensive für kreative, reflektierte, inhaltsreiche und direkte, also einfache „gute“ Aktionen!

Mit der Aneignung und Anwendung kreativer, durchdachter und gut vermittelter Aktionen kann und sollte eine Werbung für solche Aktion einhergehen – sowohl für die Teilnahme an Protest wie auch für die Entwicklung eigener, selbstorganisierter Handlungen. Freude, nicht nur klammheimliche, über gelungene Aktivitäten – gewaltfrei wie militante –, Trainings (ruhig auch öffentlich und plakativ) und viel mehr Vermittlung von Wissen und Beispielen können eine Charmeoﬀensive für das Einmischen ins öffentliche Leben bilden. Es wird Zeit, das Sich-Wehren sowohl aus der Ecke der verbissen-einfältigen Militanz wie auch aus den zur Begleitfolklore für das Unvermeidliche verkommenen Instant- und

Schaffherdenmobilisierungen heraus zu bringen. Auf dass Protest zu einem attraktiven, wirksamen Alltagswiderstand unbeugsamer, kreativer und abwägender Menschen wird!

Aus dem Papier des AK Vermittlung: „Militante Praxis“

Militante Praxis ist anschlussfähig. Bei Plünderungen machen Dritte begeistert mit. Abschiebungen von geliebten, bekannten Menschen animieren NachbarInnen und KlassenkameradInnen zum Blockieren. Wer es wagt, Grenzen zu übertreten, Regeln zu brechen, entdeckt eine Erweiterung der eigenen Kraft. Der Horizont endet nicht mehr beim Fahrkartenkontrolleur. Militante Praxis vermittelt die Erfahrung dass wir Viele sind und Kontrolle verweigern können. Dadurch wird erfahrbar, dass Grenzen nicht da enden wo ein Gesetzgeber sie festlegt. Grenzen können erweitert und selbst bestimmt werden. ...

Militante Praxis ist mehr als Sachschaden anrichten oder Steine werfen! Deswegen noch einmal ausdrücklich: Es geht auch, aber nicht per se um Steine werfen, sondern darum, gesellschaftlich vorgegebene Spielregeln für politische Opposition bewußt zu brechen. Es geht darum, eine unvereinbare Haltung gegenüber dem herrschenden System einzunehmen, so wie durch das eigene Handeln den Auswirkungen dieses Systems direkt entgegenzuwirken.

1. Militante Praxis bedarf hoher Verantwortung. Menschen unterlaufen Fehler und Irrtümer. Militante Praxis muß mit Achtsamkeit geplant und ausgeübt werden.

2. Militante Praxis ist nur horizontal denkbar. Vertikale Organisation lehnen wir ab. Unser Bezugsrahmen hierfür ist, wie gesagt, der europäische Raum. Unter anderen Rahmenbedingungen muß sich Widerstand unter Umständen militärisch organisieren.

3. Den Aktionen und Planungen anderer linker politischer AkteurInnen begegnen wir mit Respekt. Mit Respekt ist ein nicht-instrumentelles Verhältnis zu Anderen gemeint. Aktionen Anderer sollen nicht für Militante Praxis vereinbart werden. Z.B. muss in einer Bündnisdemonstration vorsichtig abgewogen werden, welche Auswirkungen eine Aktion auf das Gesamtgeschehen hat. Dies bedeutet nicht, dass daraus der Umkehrschluss aufgemacht wird, Militante Praxis sei abzulehnen und zu vermeiden, wo Planungen anderer berührt würden.

4. Auch wenn zum Geheimrezept von Massenedilitanz Spontaneität und Impulsivität gehören, läßt sie sich planen und führt so zu größerem Erfolg. Dies wird sich leider immer seltener zu Eigen gemacht. ...

5. Die körperliche Unversehrtheit aller Beteiligten ist eine Grundvoraussetzung für Militante Praxis. Dazu gehört, MitaktivistInnen nicht zu verletzen; sei es durch Steinwürfe aus der 10. Reihe oder das Erzeugen hektischer und unübersichtlicher Situationen, bei denen z.B. Kinder oder langsame Menschen umgerannt werden. Genauso wichtig ist uns die körperliche Unversehrtheit Dritter. Das bedeutet etwa, keine Gebäude anzuzünden in denen sich Menschen aufhalten oder deren Brand sich auf andere Gebäude ausbreiten könnte. ...

7. Ziele von Militanz sind solche, die die Herrschenden (wer auch immer das sein mag) treffen, Herrschaftsstrukturen, Zwangsräume (wie z.B. Lager, Knäste oder Schulen) demontieren, sowie Kriegs- oder Zwangsmaterialien (Fahrzeuge, Zäune, Kameras) zerstören. Ziel kann auch das Entern einer Bühne der eigenen Bündnispartnerin sein, um einen ausgebooteten Redebeitrag durchzusetzen.

8. Der Besitz von Privatpersonen (Kleinwagen, Vorgärten, Gartenzäune) oder öffentliche Infrastruktur (Bushaltestellen, Briefkästen) sollte kein Ziel Militanter Praxis sein. Kontextbezogen sind andere Einschätzungen möglich, wie z.B. Schienen beim Castor-Transport, Innenstädte beim G8 oder das Anzünden eines Kleinwagens für eine wichtige Barrikade. In all diesen Fällen kommt es auf die Abwägung und politische Begründung an!

9. Die Motivation für Militante Praxis muß stets reflektiert werden. Unhinterfragte Massenmilitanz reproduziert hegemoniale Männlichkeit. Militante Praxis darf kein identitäres Ritual sein.

...

11. Militanz schafft Erregungskorridore. Deutungsversuche Militanter Praxis, insbesondere der Massenmilitanz, werden zu oft kommerziellen Medien, staatlichen Autoritäten und Nichtregierungsorganisationen überlassen. Wir müssen uns diese Deutung wieder aneignen und unsere Argumente verstärkt in den Diskurs einbringen. Mehr Aufmerksamkeit für linksradikale Politik!

Aus Ilija Trojanow, „Freiheit, Skepsis, Totenkopf“, in: „Anarchistische Welten“ (2012, Nautilus, S. 12f.)

Überwindung ja ja, durchaus, aber wie hältst du es mit der Gewalt?, werden Anarchisten mit frapperender Beharrlichkeit gefragt, als seien sie für alle Gewalt auf Erden verantwortlich. Die Frage der Gewalt ist für den Anarchismus weder typisch noch prägend, den Anarchismus relevant oder nebensächlich wie für jede andere politische, soziale und moralische Position. ... Die Forderung, der Gewalt abzuschwören, ist absurd, denn kaum einer wird die Gewaltfrage grundsätzlich beantworten können, fast jeder würde das Recht auf Selbstverteidigung oder auf Unterbindung von brutalem Unrecht für sich in Anspruch nehmen. Es gibt keine klare Dichotomie zwischen Pazifismus und Gewalt, die Gewaltfrage lässt sich stets nur im Einzelfall beantworten. Moralisch widersinnig ist es aber, wenn die Gewalt des Staates unter einem geringeren Rechtfertigungsdruck steht als die Gewalt des sich widersetzenden Individuums.

Aus Jakob Augstein, „Nicht ohne meinen Körper“, Vorabdruck aus „Sabotage“, in: Freitag, 8.8.2013 (S. 6f.)

Die Gewalt in der Politik ist zum Tabu geworden. Und die Abschottung der Gesellschaft gegen die Gewalt wird immer dichter. Das Körperliche ist ungebildet und roh und etwas für einfache Leute. ... Wer die Gewalt aus der politischen Auseinandersetzung vollständig entfernen wollte, müsste Demonstrationen verbieten und dürfte nur noch die elektronische Akklamation zulassen. ... Denn die Entkörperlichung

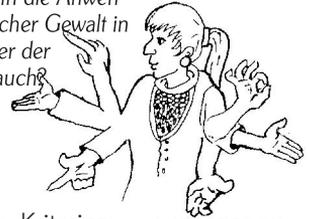
der Politik nutzt nur denen, die es nicht nötig haben, demonstrieren zu gehen, um ihre Interessen durchzusetzen. Die zumindest in Westeuropa langsam, aber stetig voranschreitende Befriedung der politischen Auseinandersetzung wird als zivilisatorischer Fortschritt empfunden.

...

Wenn der Protest sich an die Regeln hält, bleibt seine Wirkung schwach. Aber je mehr er die

Regeln bricht, desto mehr schwindet seine Akzeptanz. Das ist eine Herausforderung für die politischen Bewegungen. Sie sollten sich darum bemühen, eine Debatte darüber zu führen, wo die Gewalt anfängt, von wem sie ausgeht und was sie bewirkt. ...

Was tun wir, wenn die Anwendung von politischer Gewalt in die Irre führt, aber der Verzicht darauf auch?



Menge wichtiger Kriterien – was genau davon Menschen wichtig ist, müssen diese selbst entscheiden. Hier sollen ein paar Aspekte aufgezählt werden, die in Frage kommen. Sie gelten für alle Aktionsformen, also für gewaltfreie wie militante, offene wie heimliche, legale wie illegale, zurückhaltende wie offensive.

► Emanzipatorische Inhalte zum Ausdruck bringen

Politische Aktion soll Inhalte (Kritik, Positionen, Forderungen, Utopien) vermitteln (ist zwar eine Binsenweisheit, wird aber oft vergessen). Verbandssymbole sind kein Inhalt, Dresscodes auch nicht. Steine und Unterschriftensammlungen allein auch nicht. Bei vielen Demos oder Infoständen fragen sich Beobachter_innen, um was es eigentlich geht. Das ist von außen kaum erkennbar. Für

Die wichtigen Fragen stellen

Die Qualität von Aktionen macht sich nicht daran fest, ob eine bestimmte Aktionsmethode angewandt wird oder nicht. Denn ob eine Methode passt oder nicht, hängt vom Ziel, noch mehr aber von der Situation ab. Ob ich ein Genfeld zerstören oder den Castor stoppen will, ist eine ganz andere Entscheidungsgrundlage als wenn gerade ein Abschiebehäftling ins Flugzeug geschleift wird oder ein Kampfbomber in den Krieg startet. Will ich unabhängig von konkreten Vorkommnissen mit Straßentheater oder Verteilen von Fakes informieren oder zum Nachdenken bringen, ist das wieder eine andere Sache. Wer Aktionsformen festlegt, ohne zu wissen, für was, agiert mit einem Dogma oder einer religiösen Identität.

Das bedeutet aber nicht, dass es gleichgültig ist, wie mensch agiert. Es gibt eine

eine emanzipatorische Politik ist das Vorhandensein und die Erkennbarkeit von Inhalten aber nur die Voraussetzung für mehr. Es geht auch um deren befreiende Qualität. Herrschaft und Gewalt (Zwang) „von oben“ scheiden sowohl als Ziel wie auch als Mittel emanzipatorischer Veränderung aus. Die meisten politischen Forderungen aktueller Zeit beinhalten aber genau das: Mehr Staat, mehr Kontrolle, Nazis in Knäste, härtere Strafen (aber für andere), mehr Gesetze, internationaler Institutionsaufbau bis Weltregierung usw. Das Problem tritt bei Gewaltfreien und Militanten auf, ist aber nicht deren Kennzeichen, sondern wiederholt sich in den meisten politischen Strömungen.

► **Kommunikativer werden**

Die moderne Welt ist kommunikativ organisiert. Symbole und Überzeugungen, Normen und Diskurse zählen immer mehr, die harten Formen des Zwangs verschwimmen hinter ihnen. Sie werden nicht entfernt, sondern durch Symbolik überprägt – ein Kampfbomber wird zum Demokratieträger, ein Polizeiknüppel dient dem sicheren Leben aller usw. Emanzipatorische Politik basiert auf horizontaler Kommunikation. Die fehlt bei Reden Weniger vor Vielen. Sie lebt nur, wo es direkte Gespräche zwischen Menschen gibt. Aktionen sollten so ange-

legt sein, dass sie Interesse oder sogar Erregung wecken und dann in direkte Kommunikation münden.

► **Widerstandsformen für den Alltag entwickeln**

Eventhopping oder das Warten auf professionell gesteuerte Kampagnen zum Mitmachen a la Greenpeace und Campact haben viel mit Profi-PR, Mitglieds- und Spendenwerbung, aber wenig mit gesellschaftlicher Veränderung von unten zu tun. Wichtig ist widerständiges Leben, das sich unabhängig voneinander und an vielen Orten, in vielen Facetten, aber auch untereinander kommunizierend, solidarisch und kooperativ zeigt.

► **Know-How aneignen**

Soll politische Aktion stärker in den Alltag getragen werden, dann hilft es, wenn sich mehr Menschen Know-How zu Aktionsformen aneignen. Wer wozu lust hat oder was wichtig ist, bedarf keiner zentralen Steuerung: Kommunikationsguerilla, Layout von Flugblättern, Sabotagetechniken, verstecktes Theater, Schlösser öffnen, direkte Intervention, Mollis bauen – Emanzipation heißt immer auch, die eigenen Handlungsmöglichkeiten zu erweitern. Nur dann kann ich frei entscheiden, was ich wann in welcher Situation will – und brauche nicht mehr diese nervigen Bewegungs-Eliten, die Menschen als

Schafe in ihrer Herde haben wollen. Ideen und Beispiele unter www.direct-action.de.vu.

► **Mut zu Utopien: Neue Spinner braucht die Welt!**

Kann es sein, dass viele politische Akteur_innen, vor allem aber die Eliten von Bewegungen und Organisationen ein Hauptaugenmerk darauf richten, mit ihrer Form von Protest genau bei denen auf Anerkennung zu stoßen, denen sie selbst vorwerfen, überdurchschnittlich viel zu Unterdrückung, Umweltzerstörung usw. beizutragen? Die Welt verändert sich, wenn Menschen etwas Abweichendes vom Bestehenden zum Ausdruck bringen: Widerständig, symbolisch oder experimentell. Wer das tut, läuft Gefahr, als Spinner_in dazustehen in den Augen und in der Propaganda derer, die vom Normalen nicht genug kriegen können. Wer Rückgrat hat, wird spüren, dass das unumgänglich und bei genauerer Betrachtung eher ein Lob ist. Kritik der Herrschaft und Utopien unter www.herrschaftsfrei.de.vu.

70 ► **Dominanz und Hierarchien abbauen**

Innerhalb von kleinen Gruppen bis hin zu den Führungskadern von Strömungen und Verbänden ist fast alles von starken formalen, Wissens- und Stellvertretungshierarchien durchzogen.

Das liegt auch daran, dass Wenige sich viel Know-How aneignen oder gerne im Namen von vielen auf den Bühnen dieser Gesellschaft posieren, während Viele sich wohl fühlen in der trägen Masse, die ohne eigene Ideen den Vorgaben hinterher läuft. Eine andere Organisierungskultur ist möglich – und nötig! Für Gegenentwürfe und konkrete Methoden siehe www.hierarchie.de.vu.

► **Selbstorganisation und Unabhängigkeit stärken**

Wer am nächsten Tag arbeiten muss, kann viele Aktionen nicht mitmachen. Nach einigen Jahren wird er/sie auch gar nicht mehr über solche Aktionen nachdenken und sich Kreise suchen, die nur in den vorgegebenen Normen aktiv sind. Wer nicht ständig um seine Lebensbasis fürchten muss, kann anders agieren. Hilfreich sind Formen der Selbstorganisation im Leben und die Stärkung von Kooperation. Anregungen unter www.alltagsalternative.de.vu.

Die genannten Themen spielen in Aktionsplanungen selten eine wichtige Rolle. Fragen dazu werden kaum gestellt oder diskutiert, bei gewaltfreien wie militanten Gruppen. Das spricht für sich und zeigt, dass politische Aktion wenig mit Emanzipation zu tun hat. Das Ergebnis ist verheerend: Die meisten sowohl der militanten als auch der gewaltfreien Aktionen sind platt, inhalt-

lich und methodisch langweilig. Militanz überzeugt zur Zeit selten, aber nicht wegen ihrer Gewalt, sondern weil die Gewalt primitiv ist, meist aus Hilflosigkeit resultiert und ohne Vermittlung daher kommt. Gleiches gilt für Mahnwachen, Latschdemos und Postkartenaktionen. Notwendig wäre eine deutliche Weiterentwicklung von Zie-

len, Visionen, Gesellschaftskritiken und Methoden von Aktionen – und ihrer Außenvermittlung. Wenn dann im Zuge politischer Kämpfe kreative, vermittlungsstarke militante und gewaltfreie Aktionen nebeneinander geschehen oder sogar intelligent miteinander verknüpft werden können – wer wollte sich darüber ärgern?

quadratisch. praktisch.
theoriestark.



Gefangen.
Kritik an Gefängnissen, Alternativen zur Strafe.
64 S., 3,- €.



Herrschaft.
Warum herrschaftsfrei? Thesen und Theorien.
64 S., 3,- €.

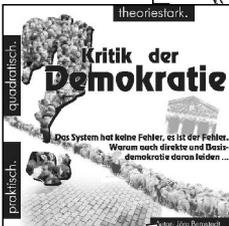
Macht und Umwelt.
Herrschaft produziert Umwelsterörung.
64 S., 3,- €.



Den Kopf entlasten?
Kritik an vereinfachten Welt-erklärungen.
76 S., 3,- €.



Weitere Theoriebüchlein: (je 3 €)
• Demokratiekritik
• Offene Räume
• Gentechnik und Macht



Die weiteren Bücher dieser Reihe.
www.aktionsversand.de.vu

Anarchie.
Bestandsaufnahme zu
anarchistischen Strömungen
im deutschsprachigen
Raum. 408 S., 14 €



**Freie Menschen in
freien Vereinbarun-
gen**

Gegenbilder zu Verwer-
tung, Herrschaft und Kapi-
talismus – Theorie der
Herrschaftsfreiheit, Selbstorga-
nisierung, Selbstentfaltung,
Mensch-Natur-Verhältnis,
emanzipatorische Be-
wegung. 354 S., A5, 14 €



**Demokratie. Die Herrschaft
des Volkes. Eine Abrechnung**

Demokratie ist zur Zeit das Lieb-
lingsthema fast aller politischen Klas-
sen, Strömungen, Parteien, sozialen
Bewegungen und internationaler Poli-
tik. Mit seinem Buch will der Autor
Keile in die Harmonie treiben: Ist
Herrschaft des Volkes wirklich etwas
so Gutes? 208 S., 14 €

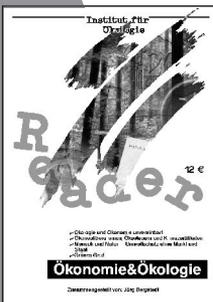
**Herrschaftsfrei
wirtschaften:**

„Fragend voran“ zu Kritik
und Utopien der Ökonomie.



**Technik –
für ein gutes
Leben oder
für den Profit?**

Technik als Werkzeug, Debatte um
Technikkritik, Perspektiven. A5, 112
S., 4,- €



Kritische Reader zu Öko-
nomie von unten, Agenda 21,
und Ökonomie&Ökologie. Gesam-
melte Texte, Dokumente, Sta-
tements. A4, je ca. 70 S., 6 €.

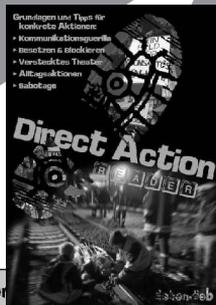
**Autonomie und Ko-
operation:** Konkrete
Utopien für eine herr-
schaftsfreie Welt mit Ka-
pitel zu „Alternativen zur
Straße. A5, 196 S., 14 €.



**Herrschaft, Utopien
und politische Theorie**



Reader „Direct Action“
Aktionstipps zu Straßentheater, Kommunikationsguerilla, kreativen Demonstrationen und mehr. A4, 68 S., 6 €



Direct-Action-Kalender 2015

(und Folgejahre)
Handlich, praktisch, gefährlich ... mit vielen Aktionstipps.
A6, 3,50 €.

Direkte Aktion



oder
Die kleine Blockadefibel

Blockadefibel

Tipps für Blockaden, Lock-Ons, Besetzungen und mehr. A5, 52 S., 2 €.

Direct-Action-Hefte im A5-Format

Themen: Aneignung, Subversion, Protestlieder, kreative Antirepression, Umgang mit Polizei, Antisemitismus, kreativ demonstrieren, Gerichtsverfahren, Genversuchsfelder, Schlossöffnung, Blockadetipps und mehr (siehe im Internet). 1 oder 2 €.



DVD „Die Mischung macht's!“

Ton-Bilder-Schau zu Strategien des Widerstands – am Beispiel der Agrotechnik.
Ca. 100min, 7 €.

Direct-Action und kreativer Widerstand

Selbstbestimmt vor Gericht verteidigen

Die offensive Prozessführung ist eine Strategie, die das Ohnmachtsverhältnis zwischen einzelnen Menschen und den Repressionsbehörden aufbrechen soll. Denn wenn Repression bestehende Herrschaftsverhältnisse sichert und Menschen einschüchtert und isoliert, um sie von ihrem Ungehorsam abzuhalten, kann es eine mögliche Gegenstrategie sein, die Repression umzudrehen und gegebenenfalls gegen sie selbst zu verwenden.

Die Idee ist, dass der/die Angeklagte zu jedem Zeitpunkt das Prozessgeschehen mitbestimmt. Mit Hilfe von Anträgen und Stellungnahmen kann der Raum für eigene Inhalte geschaffen werden, ohne der Justiz eine schnelle Verurteilung durch Aussagen zur Sache zu erleichtern. Durch inhaltliche Einmischung und ein aktives Publikum kann der reibungslose Ablauf erschwert oder sogar eine Einstellung erzielt werden.



Gegen Unwissenheit hilft die Aneignung von Wissen, gegen Ohnmacht hilft Selbstermächtigung und gegen Vereinzelung und Isolierung helfen Solidarität und Kooperation.

Juristisches Wissen lässt sich auch ohne AnwälteInnen, die oft einen Haufen Geld kosten und selten in der Materie unserer Kämpfe und Auseinandersetzungen stecken, aneignen. U.a. durch das gemeinsame Studium mit RichterInnen und StaatsanwältInnen bewegen sie sich sozial eher in einem Kreis, der genau für die oben genannten Mechanismen steht und somit im Sinne einer „gerechten Bestrafung“ agiert. Es gibt auch AnwälteInnen, die mit ihren vorgegeben Rollen brechen, jedoch sind sie selten zu finden.

Wenn ihr euch tiefergehend mit dieser Strategie auseinandersetzen wollt oder konkrete Fähigkeiten und Kenntnisse für eigene Prozesse erlernen wollt z.B. in Form von Workshops und Trainings, könnt ihr euch auf folgenden Webseiten informieren:

www.prozessfipps.de.vu

Wir trainieren politische und Aktionsgruppen, können für Vorträge, Workshops oder Seminare angefragt werden oder beteiligen uns an Diskussionen. Die Veranstaltungen können im Seminarhaus der Projektwerkstatt oder bei Euch vor Ort organisiert werden. Es wäre nett, möglichst mehrere Veranstaltungen an aufeinanderfolgenden Tagen in benachbarten Städten zu organisieren, damit sich die Anfahrt lohnt.

www.vortragsangebote.de.vu

Beispiele für Veranstaltungen:

- ▶ Die Ton-Bilder-Schauen „Fiese Tricks von Polizei und Justiz“, „Die Mischung macht’s“ und „Monsanto auf Deutsch“
- ▶ Lesungen wie „Radikal mutig“, „Alternativen zu Knast und Strafe“ oder „Im Namen des Flummiballs“
- ▶ Diskussionen oder Seminare zu „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“, „Demokratiekritik“ oder „Macht macht Umwelt kaputt“
- ▶ Trainings zu kreativen Aktionsmethoden, Selbstverteidigung vor Gericht, Umgang mit Polizei usw.

**Mehr Themen im Web: www.vortragsangebote.de.vu
... die Fundgrube für viele Themen und Methoden.**

Um was es geht	3
Bekennnissache Gewaltfreiheit?	4
Was ist eigentlich Gewalt?	10
Verwirrung hoch zehn: 20. Juli 1944	13
Gewalt als zentraler Punkt - pro & contra	15
Die Argumente pro Gewaltfreiheit - und was davon zu halten ist	15
Offene Fragen & blinde Flecken der dogmatischen Gewaltfreiheit	27
Gut und Böse: Identitätsstiftende Kraft der Gewaltfreiheit	34

www.gewaltdebatte.de.vu

Gewalt: Notwendig oder Fetisch?	39
Fetisch Militanz	40
Militante Macker jammern über militante Fascho-Macker	41
Zur Bedeutung von Militanz als Protestform	42
Perspektiven	51
Vorschläge und Positionen	52
Für eine Protestkultur emanzipatorischer Vielfalt	55
Fazit: Mehr Hirn!	60
Die wichtigen Fragen stellen	68